

Preußische Allgemeine



Nr. 45 · 8. November 2024

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 4,40 €



Stürmische Zeitenwende

Während in Deutschland die Ampel wackelt und die US-Amerikaner ihren neuen Präsidenten wählen, steht Europa vor strategischen Herausforderungen **Seiten 1 und 3**



Geschichte So erkannte Ernst Fraenkel in Diktaturen den Doppelstaat **Seite 10**



Mensch & Zeit Eine neue Ära in der Raumfahrt hat gerade begonnen **Seite 12**

VON HANS HECKEL

AMPEL-AUS

Wir stehen am Rande eines Epochenwechsels

Das Ende der Täuschung von der „Fortschrittskoalition“ fällt in eine Zeit, in der Verirrungen und Fehlentwicklungen fundamentalen Ausmaßes ans Licht treten

Als Christian Lindner die letzten Monate des Jahres 2024 zum „Herbst der Entscheidung“ erklärt hat, war dies die Frucht einer Einsicht, die ihm reichlich spät kam. Kritiker fragen den FDP-Chef, dessen Partei und die übrigen liberalen Kabinettsmitglieder zu Recht, warum sie die maßgeblich von den Grünen geprägte Politik der gegenwärtigen Bundesregierung denn zunächst drei Jahre lang mitgetragen haben, um dann erst zu erkennen, welch verheerende Folgen sie für das Land auf allen Ebenen hervorbringt. Als wäre das Desaster der Ampel vollkommen unabsehbar über uns gekommen.

Eine Mogelpackung von Anfang an

Schon das Zustandekommen des großspurig „Zukunftscoalition“ genannten Bündnisses vor drei Jahren basierte auf Täuschung und Selbsttäuschung hinsichtlich jener Partei, welche als durchsetzungswilliges ideologisches Zentrum dieser Regierung von Anfang an die Richtung vorgab: die Grünen.

Die größte Täuschung bestand in der Behauptung, die Grünen hätten sich zur „liberalen“ Partei neuen, zeitgemäßen Typs gemausert. Liberal waren die Grünen nie, und sie sind es auch nie geworden, so sehr geneigte Medien und illusionsfreudige Freidemokraten sich dies auch herbei-phantasieren wollten. Von den Gründervätern gingen etliche aus den sogenannten K-Gruppen der 70er Jahre hervor – wie beispielsweise Jürgen Trittin. Diese kommunistischen Gruppen waren vom radikalen Flügel der 68er-Bewegung übrig geblieben. Folgerichtig waberte schon in der 80er Jahren die angebliche Notwendigkeit einer „Öko-Diktatur“ durch den grünen Debattendschungel. Hier schlug sich der autoritär-sozialistische Ansatz der K-Gruppen ungefiltert nieder.

Nur den „Feind“ hatte man ausgetauscht: Zuvor war dies die „Bourgeoisie“

und deren marktwirtschaftliche Gesellschaftsordnung, weil sie angeblich die Arbeiterschaft ausbeutete. Im grünen Gewand geriet dann der Mensch an sich als angeblicher Feind der Natur ins Visier, was die Eiseskälte erklärt, mit welcher heute die Grundlagen von Freiheit und Wohlstand der Bürger im Namen von Klima und „Transformation“ geschreddert werden.

Der kalte, autoritäre Gestus ist in der Politik der Ampel manifest geworden und hat die Täuschungsversuche, die Grünen als „liberale“ Partei zu verkaufen, als Lüge überführt. Dabei fand der „Herbst der Entscheidung“ in Wahrheit schon vor einem Jahr statt. Zunächst versuchten die Ampel-Partner ihr Scheitern an der Realität zu tarnen, indem sie die explodierenden Belastungen mit herbeigetrichtertem Geld, also regelwidrigen neuen Schulden, zu verkleistern trachteten. In dem Moment, als das Bundesverfassungsgericht dem Spiel Ende 2023 einen Riegel vorschob, war es vorbei. Seit Januar fliegt den Koalitionären die Wahrheit gleichsam im Wochentakt um die Ohren.

Mehr als das Ende einer Regierung

Wie es aussieht, geschieht gerade aber etwas sehr viel Größeres als das bloße Wegdämmern einer Regierung, die von Beginn an auf morschem Fundament stand. Womöglich markiert die Ampel überdies den Höhe- und zugleich Endpunkt einer ganzen historischen Epoche.

Einer Epoche, in welcher die Grünlinken die gesellschaftliche, politische und geistige Richtung vorgaben.

Ein Symptom für einen grundlegenden Bruch zeigt sich darin, dass auch bei Union und SPD diejenigen in die Defensive geraten, welche in der „Vergrünung“ ihrer einstigen Volksparteien den Weg in die Zukunft sehen wollten.

Dabei geht der Epochenbruch über die Entzauberung nur der grünen Speerspitze weit hinaus. Das wirksamste moralische Schwert linker Dominanz insgesamt stellte zwei Generationen hindurch die wahllose Indienstnahme der NS-Vergangen-

heit als Waffe gegen das Lager rechts der Mitte dar. Dort zitterten viele vor dem Niedersausen jener „Nazikeule“.

Entlarvte Lebenslügen

Als am 7. Oktober 2023 jedoch das größte Judenpogrom seit 1945 die Welt erschütterte, ergoss sich von links nur ein klebriger Schwall von „Wenns“ und „Abers“ oder von fühlbar hohlen Phrasen, die nicht allein den Gratismus nachträglicher linker NS-Bekämpfer in dessen ganzer Erbärmlichkeit enthüllte. Der Schwall legte auch den zynischen Missbrauch des NS-Judenmordes offen, der nur dann ins Zentrum linker Propaganda rücken durfte, wenn man ihn zu aktuellen Zwecken gebrauchen konnte – so, wie es Martin Walser schon 1998 feststellte, wofür er seinerzeit einen maßlosen Sturm der (gespielten?) Entrüstung geerntet hatte.

Den Einstieg in einen Epochenbruch markiert beispielsweise auch das „Selbstbestimmungsgesetz“. Alle Fortschritte der Emanzipation von Geschlechtern und Lebensentwürfen wurzeln in der Frauenbewegung. Mit dem Gesetz aber sehen Frauen die hart erkämpften Rechte in Gefahr. Entsprechend wächst der Widerstand gerade aus der Frauenbewegung.

So gesehen erscheint die Agonie der Ampel tatsächlich nur als Aspekt eines größeren historischen Wandels, der die Welt, an die wir uns gewöhnt haben, gehörig durchschütteln dürfte.



In eigener Sache

● **Aufgrund des Produktionsschlusses** dieser Ausgabe, der vor der Auszählung der Stimmen bei der US-Präsidentenwahl lag, kann die PAZ erst in der nächsten Ausgabe auf deren Ergebnis eingehen. Aktuelle Beiträge zur Wahl finden Sie auf unserer Webseite **www.paz.de**

IN DIESER AUSGABE

Politik

Deutschland und die EU geraten auf die Verliererstraße **Seite 7**

Kultur

Kaiser Marc Aurel war als Philosoph Vorbild von Friedrich dem Großen **Seite 9**

Das Ostpreußenblatt

Weedern, ein Gestüt mit Tradition, züchtet wieder edle Pferde **Seite 13**

Die Pommersche Zeitung

Wie Schriftstellerin Agathe Lindner-Welk ihrem Mann ein Museum erschuf **Seite 19**



Lesen Sie die PAZ

auch auf unserer Webseite **paz.de**



ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

Als Hüter des Grundgesetzes hat das Bundesverfassungsgericht schon viele bemerkenswerte Urteile gesprochen. Seit der Pandemie-Rechtsprechung wird allerdings erstmals ein leichtes Misstrauen spürbar

Garant des Rechtsstaats

Seit fast einem dreiviertel Jahrhundert beweisen die Karlsruher Richter ihre Unabhängigkeit gegenüber der Politik

VON BERNHARD KNAPSTEIN

In den vergangenen zehn Jahren ist viel zur Demokratieverdrossenheit geschrieben worden. Die von Altkanzlerin Angela Merkel zugelassene illegale Masseneinwanderung mag den Ausschlag dafür gegeben haben, dass nicht nur der Politik, sondern auch den verschiedenen verfassungsrechtlichen Institutionen Misstrauen entgegenschlägt. Die Lockdown-Politik in den ersten Corona-Jahren war der zweite kritische Pflock, den die Politik in den Boden rammte, was womöglich damals das Staatswesen sichern sollte, de facto aber eher zu Misstrauen gegenüber dem politischen System beigetragen hat. „Wir haben in Deutschland eine gewisse Politikverdrossenheit, bei einigen vielleicht sogar eine Demokratieverdrossenheit“, konstatiert der Verfassungsjurist Hans-Jürgen Papier aus Anlass des 75. Jahrestags der Begründung des Grundgesetzes in der „Neuen Zürcher Zeitung“. Fels in der Brandung scheint dabei das Bundesverfassungsgericht zu sein.

Das höchste deutsche Gericht genießt seit Jahrzehnten einen guten Ruf, weil es sich in vielen Entscheidungen, etwa in Normenkontrollverfahren, auch mal gegen Bundesregierung oder Parlament gestellt hat. Es dokumentiert damit eine spürbare Unabhängigkeit. Karlsruhe wirkt vor diesem Hintergrund wie eine Bastion gegen eine Unterwanderung des Rechts. Zumal auch einfache Bürger das Gericht anrufen können, wenn sie nach Ausschöpfung aller Rechtsmittel sich noch immer in ihren Grundrechten verletzt sehen.

Meilensteine der Rechtsgeschichte

Große Entscheidungen des Gerichts in der deutschen Verfassungsgeschichte haben zu einem hohen Ansehen des Bundesverfassungsgerichts geführt. 1959 entschied Karlsruhe beispielsweise, dass bei streitigen Erziehungsfragen zwischen Ehepartnern der sogenannte Stichtent-scheid des Vaters nichtig sei und brachte damit die elterliche Sorge zugunsten einer Gleichberechtigung beider Elternteile ins Gleichgewicht (BVerfGE 10, 59 ff.).

1973 setzten sich die Karlsruher Richter im aufsehenerregenden Grundlagenvertragsurteil mit dem Rechtsstatus Deutschlands auseinander und entschieden, „das Deutsche Reich existiert fort,

besitzt nach wie vor Rechtsfähigkeit, ist allerdings als Gesamtstaat mangels Organisation, insbesondere mangels institutionalisierter Organe selbst nicht handlungsfähig“, die Bundesrepublik sei insoweit teildentisch mit dem Deutschen Reich, und bestätigte in der Folge auch das Wiedervereinigungsgebot, das kein Verfassungsorgan aufgeben dürfe.

Und 1985 sicherte das Bundesverfassungsgericht im sogenannten Brokdorf-Urteil die Demonstrations- und Versammlungsfreiheit gegen exzessive Reglementierungen per Gesetz oder durch Verwaltungshandeln. Eingriffsmaßnahmen dürfe der Staat nicht an Polizeigesetzen orientieren, sondern nur anhand des grundrechtsschonenden Versammlungsrechts. Eingriffe dürften auch nicht mit dem bloßen Hinweis auf eine gewaltbereite Minderheit erfolgen.

Umstrittene Entscheidungen

Solche Urteile, welche die Gleichheits- und Freiheitsrechte stärkten, fanden in der Bevölkerung oft mehr Respekt als bei Regierungen.

Blickt man heute auf das Bundesverfassungsgericht, so mag einem die Entscheidung des Gerichts zum Euro-Rettungsschirm ESM und Fiskalpakt 2014 erinnerlich sein, mit dem Karlsruhe die Haftung Deutschlands für Schulden anderer europäischer Staaten unter Auflagen für statthaft erklärt hatte.

Mehr Aufregung erzeugte die Entscheidung des 1. Senats zum sogenannten Bundesnotbremsegesetz (Viertes Gesetz zum Schutz der Bevölkerung bei einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite) vom 19. November 2021. Damals stützte das oberste Gericht in mehr als 450 Verfassungsbeschwerden die der Bevölkerung gesetzlich auferlegten Ausgangsbeschränkungen, die selbst nachts auf dem platten Land gelten sollten, wenn der Inzidenzwert über 100 liegen würde. Die damaligen Eingriffe in die Grundrechte findet auch Verfassungsrechtler Papier heute angreifbar. „Infektionsschutz durch Verbote war sicher notwendig, aber vieles war nicht verhältnismäßig, beispielsweise rigorose Ausgangssperren oder zahlreiche Kontaktverbote.“ Papier war und ist nicht

der einzige Verfassungsrechtler, der die damalige Entscheidung des höchsten Bundesgerichts für problematisch erachtet. Und die aktuellen Forderungen nach Aufarbeitung der vom Gericht bestätigten Lockdown-Politik belegen, dass sich Karlsruhe hierbei angreifbar gemacht hat.

Dass das Misstrauen wächst, ist daran erkennbar, dass in früheren Dekaden nie Anstoß genommen wurde an schon früher üblichen Arbeitstreffen zwischen Bundeskanzleramt und Präsidenten des Verfassungsgerichts. Als im Juni 2021 die Verfassungsbeschwerden gegen die „Bundesnotbremse“ auf den 1. Senat einprasselten, erregte hingegen das Arbeitsessen des Gerichtspräsidenten Stephan Harbarth und seiner Vizepräsidentin Doris König im Bundeskanzleramt internationale Aufmerksamkeit.

Zu viel Einfluss auf die Politik

Der Ruf des Bundesverfassungsgerichts als Hüter der Vorgaben des Grundgesetzes ist auch heute gut. Dennoch ist inzwischen laut Umfragen jeder dritte Deutsche der Ansicht, „dass das Gericht einen

zu großen Einfluss auf die Politik“ ausübt. Dieser Wert ist im Übrigen unabhängig von der parteipolitischen Präferenz der Befragten. Zum 60. Jahrestag waren nur 25 Prozent derart skeptisch.

Der Vertrauensverlust in Bundesregierung und Bundesverfassungsgericht geht einher mit dem Zuwachs der Stimmenanteile an den politischen Rändern, allen voran AfD und BSW. Es passt daher ins Bild, dass der Bundestag und auch die meisten Staatsrechtler das Bundesverfassungsgericht nun gegen politische Eingriffe im Wege einfacher parlamentarischer Mehrheiten durch Anpassungen im Grundgesetz absichern wollen.

GERINGE QUOTE

Das Gericht ist nur schwer zu überzeugen

Das Bundesverfassungsgericht mit Sitz in Karlsruhe besteht aus zwei Senaten mit je acht Richtern. Der 1. Senat befasst sich vornehmlich mit Normenkontrollverfahren und Verfassungsbeschwerden, der 2. Senat mit Streitigkeiten zwischen staatlichen Organen, zwischen Bund und Bundesländern sowie mit Wahlbeschwerden und Parteiverbotsverfahren. 2023 hat das Gericht rund 4800 Verfahren auf den Tisch bekommen. Die meisten Verfahren haben keine große Bedeutung und werden in Kammern aus jeweils drei Verfassungsrichtern entschieden.

Um die Arbeitsflut bewältigen zu können, verfügt das Gericht über einen wissenschaftlichen Dienst und insgesamt 270 Mitarbeiter. Sein Budget im Bundeshaushalt liegt aktuell bei rund 40 Millionen Euro. Die Erfolgsquote von Verfassungsbeschwerden ist übrigens eher gering. 2023 gab das Gericht nur 1,66 Prozent recht. Bei offensichtlichem Missbrauch des eingelegten Rechtsmittels kann das Gericht den Beteiligten eine Strafgebühr von bis zu 2600 Euro auferlegen. *bk*



Das Bundesverfassungsgericht mit Sitz in Karlsruhe: Der 1. Senat eröffnet die mündliche Verhandlung zum Versorgungsausgleich bei Ehescheidungen
Foto: picture alliance/dpa/Uli Deck

AKTUELLES URTEIL

Arbeit ist zumutbar – auch für Studenten neben dem Studium

Es gibt kein Grundrecht auf BAföG, da der Staat ohnehin schon auf viele Studiengebühren verzichtet

Das jüngste spektakuläre Urteil des Bundesverfassungsgerichts setzt sich mit dem Thema Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) auseinander. Das Gericht stellte hierzu jetzt fest: Studierende haben keinen verfassungsrechtlichen Anspruch auf BAföG-Zahlungen. In einem Fall, der vor dem Gericht verhandelt wurde, war eine Psychologiestudentin der Universität Osnabrück der Auffassung, dass der BAföG-Satz für sie zu niedrig berechnet sei und klagte. Zunächst gab ihr das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig tatsächlich recht und betonte, dass Studierende ein Grundrecht auf ein „ausbildungsbezogenes Existenzminimum“ haben.

Doch das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe hat die Sache umfassend anders bewertet. Es urteilte, dass die BAföG-Berechnung im fraglichen Zeitraum 2014/2015 nicht gegen die Verfassung verstoßen habe. Es gebe zudem kein Grundrecht auf BAföG, das sich aus dem Grundgesetz ableite. Das Sozialstaatsprinzip erlege dem Staat zwar Fürsorge auf, aber im Rahmen der haushälterischen Möglichkeiten. Der Staat müsse zwar für gleiche Bildungs- und Ausbildungschancen sorgen, habe aber einen großen politischen Spielraum, wie genau die Förderung auszusehen habe.

Das BAföG sei bereits eine Form der Ausbildungsförderung und reiche aus. Da-

mit sei der Handlungsbedarf in Bezug auf das BAföG gering. „Einer beliebigen Ausweitung staatlicher Einnahmen zur Aufgabenerfüllung stehen die Einschränkung der Kreditaufnahme und der Erhalt der Leistungsbereitschaft und -fähigkeit der Steuer- und Beitragszahler entgegen“, heißt es im Beschluss. Ein Verstoß sei nämlich erst dann gegeben, wenn ganze Bevölkerungsgruppen von der Möglichkeit des Studiums ausgeschlossen seien, was aktuell nicht der Fall ist. Das Bundesverfassungsgericht stützt mit seiner grundlegenden Entscheidung vor allem die Not des Bundesfinanzministeriums in schwieriger Haushaltslage viele Herausforderungen finanzieren zu müssen.

„Einer beliebigen Ausweitung staatlicher Einnahmen stehen ... Einschränkungen entgegen“

BVG-Urteil, das Rücksicht auf das bereits klamme Bundesfinanzministerium nimmt

Die Studentenwerke wollen sich damit nicht abfinden und betonen, dass die BAföG-Sätze nach wie vor zu niedrig seien und der Druck für eine Erhöhung bestehe. Dass der Staat über die Bundesländer als Betreiber von Hochschulen auf Studiengebühren bereits weitgehend verzichtet, die Kosten der Unterhaltung der Universitäten auf sich selbst abwälzt, um die Studenten damit nicht zu belasten, wie es etwa in den USA üblich ist, blenden die oft linksorientierten Studentenwerke aus.

Die Frage, ob das Arbeiten neben dem Studium zumutbar ist, wird wohl auch künftig sehr unterschiedlich bewertet werden. Für die BVG-Richter hingegen steht fest: Arbeiten ist zumutbar. *bk*

Schicksalsstunde für Europa

Während die Welt auf die US-Präsidentenwahl schaut, stecken die Europäer in einer Führungskrise. Unabhängig davon, wer künftig den Westen führen wird, sollten sie sich auf ihre eigenen Interessen besinnen. Ansonsten werden andere über sie bestimmen

VON BENCE BAUER

Am Reformationstag kamen in Wien zwei ungleiche Gesprächspartner zusammen: Gerhard Schröder und Viktor Orbán. Der frühere Bundeskanzler und der ungarische Ministerpräsident hatten sich viel zu sagen. Allen voran eint sie ihr Bekenntnis zur Realpolitik, zu einer starken Europäischen Union und zur strategischen Souveränität unseres Kontinents.

Der Erfolgsministerpräsident und der Agendakanzler, das ist nur auf den ersten Blick ein Widerspruch, vielmehr belegen die heutigen Umstände der Weltpolitik, dass es einer Neubewertung der aktuellen Politik bedarf. Dabei müssen vielleicht auch Frontbeogradigungen vorgenommen werden, unabhängig vom politischen Hintergrund. Beiden Politikern ist gemein, dass sie die Erfahrung und den Weitblick haben, die kritischen Entwicklungen in Europa schonungslos anzusprechen und mutige Lösungsvorschläge zu machen. Dabei drehen sich die Fragen um die aktuelle Wirtschaftskrise, den Krieg in Europa und die zukünftige Rolle der Europäischen Union in einer multipolaren Welt, deren Hegemonie die in vielerlei Hinsicht geschwächten, doch immer noch starken Vereinigten Staaten von Amerika sind.

Die neue europäische Mitte

Angelehnt an die Begrifflichkeit der Reformpolitik von Gerhard Schröder geht dabei die ungarische Regierungspolitik davon aus, dass die traditionellen politischen Einordnungen von Rechts bis Links so in dieser Form kaum mehr aussagefähig sind, wenn es um die Herausforderungen der heutigen Zeit geht. Dabei sind die Ungarn zwar nicht werteneutral, aber dennoch sehr pragmatisch. Ungarn besinnt sich auf seine jüdisch-christlichen Wurzeln und hält die Grundlagen unserer Zivilisation hoch, indem es sich auf seine nationale und europäische Identität besinnt und die Grundlagen der europäischen Werte achtet. Dies sind aber Fundamente, die unabhängig von den politischen Couleuren für jeden Europäer offensichtlich sind. „In Europa ist auch der Atheist kulturell gesehen ein Christ“, so der erste freigewählte ungarische Ministerpräsident József Antall.

Ungeachtet der politischen Verortung will in Ungarn – und wohl auch in Deutschland – die breite Mitte der Gesellschaft gar nichts anderes als in einem friedlichen, freien und sicheren Land leben, in dem man gut und gesichert sein Auskommen findet. Die Menschen wollen durch Arbeit und Leistung vorankommen, durch Anstrengung und Mühe den Lohn für ihr Leben finden, Eigentum und Eigenheim sowie Werte schaffen und ihren Kindern und Kindeskindern eine gute Zukunft sicherstellen. Sie möchten ein erfülltes Leben, mit der Bewahrung ihrer kulturellen, geistigen und moralischen Grundlagen. Dabei sind die Ungarn wohl kaum fundamental anders als die breite Mitte der deutschen Gesellschaft. Allein, es hilft ihnen dort nichts, denn in Deutschland wird durch die aktuelle Ampelpolitik ein ganz anderes Gesellschaftsbild verfolgt und den Leuten zu verkaufen versucht. In Ungarn hingegen wird diesem Lebensgefühl gut entsprochen, auch nicht-konservative Parteigänger unterstützen die Regierung in ihrer Migrations-, Gesellschafts-, Wirtschafts-, Energie- und Friedenspolitik. Daher kann die von Viktor Orbán verfolgte Politik auch gut und gerne als „neue politische Mitte“ betrachtet werden.

Die neue politische Mitte ist ein Bekenntnis, diesen einfachen Grundannahmen der Menschen, die in einem normalen Land leben wollen, zur Entfaltung zu verhelfen. Ungeachtet alter Befindlichkeiten der alten politischen Strömungen entfaltet sich diese neue



Sieht Europa unter seiner derzeitigen Führung geschwächt: Der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán – hier beim Hören einer Rede von EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen unlängst im Europäischen Parlament

Mitte gegenwärtig in vielen europäischen Ländern, ob deren Protagonisten nun Christdemokraten, Konservative, Freiheitliche, Liberale oder Sozialdemokraten sind. Davon zeugt auch die Zusammenarbeit der patriotischen Kräfte im Europaparlament und die Kooperationen mit Regierungen, die diesem klaren Politikbekenntnis folgen.

Patriotisch zu sein ist etwas, das die Menschen verbindet und nicht entzweit. Erinnerung ist auch das gegenseitige Einverständnis von Realpolitikern, die nicht Illusionen oder Utopien anhängen, sondern ganz pragmatisch auf der Lebenswirklichkeit der Menschen beruhend gute und nützliche Rahmenbedingungen zu setzen imstande waren – unabhängig von der politischen Herkunft stehen dabei Respekt und Wertschätzung im Mittelpunkt. Es soll nicht der moralische Zeigefinger erhoben werden, sondern Unterschiede sind zu akzeptieren, Toleranz ist walten zu lassen und andere Politikansätze sind zu respektieren. Sicherlich ist die aktuelle geopolitische Lage ein Katalysator dieser Entwicklung, gleichwohl können wir Europäer es uns schlicht nicht leisten, uns jetzt in Grabenkämpfe zu verirren.

Die Führungskrise Europas

In der Zeit der heutigen Krisen ist nicht nur ein Bekenntnis zu einem starken Europa nötig, sondern es sind alle Schritte zu unternehmen, dieses starke Europa auch abseits der Lippenbekenntnisse konkret zu verwirklichen. Dabei bedarf es einer politischen Führung, die ihren Namen auch verdient. Europa ist heute in einer Führungskrise, nur ganz wenige der politischen Leader haben ein starkes Mandat, die meisten verzetteln sich in innenpolitischen Konfliktherden, in langwierigen Koalitionsverhandlungen. Sie sind in ihren Heimatländern in Dreier- und Vielfachkoalitionen Getriebene ihrer selbst und müssen ständig in mühseligen Verhandlungen faule Kompromisse erzielen und einen schlechten Kuhhandel nach dem nächsten Kuhhandel abschließen.

Europa und seine tragenden Mitgliedsländer können aber nur dann stark sein, wenn sie starke und herausragende politische Füh-

rungspersonlichkeiten hervorbringen. Solche waren zweifellos Helmut Kohl und Gerhard Schröder. Sie folgten längerfristigen strategischen Zielen und gaben Halt und Mut. Dem Bekenntnis der Ungarn zufolge gäbe es den aktuellen Krieg um die Ukraine wohl nicht, wenn heute Persönlichkeiten wie der damalige deutsche Bundeskanzler die Geschicke des Kontinents bestimmen würden. Statt dessen erleben wir ein führungsschwaches Deutschland und ein führungsschwaches Frankreich – eine gefährliche Kombination. Der deutsch-französische Motor stockt und Europa ist den starken geopolitischen Akteuren hoffnungslos ausgeliefert. Aus diesem Grund betonten die Ungarn immer wieder, sie wollten Europa zu alter Stärke zurückführen.

Die strategische Autonomie Europas

Europa ist heute reich und schwach – eine gefährliche Mischung. Viele Länder des aufsteigenden Ostens sind hingegen (noch) arm, doch sie werden (militärisch und wirtschaftlich) immer stärker. Und sie werden die weltweite Hegemonie des westlichen Lebensentwurfs und die Dominanz der Vereinigten Staaten von Amerika immer mehr anzweifeln und künftig andere Wege gehen. Dabei darf Europa nicht im Abseits stehen, sondern muss sich zu einem starken Partner möglichst vieler globaler Akteure machen. Europa steht fest zur transatlantischen Gemeinschaft, was aber nicht bedeuten kann, anstands- und kritiklos die nicht immer erfolgreiche und zielführende Politik der Vereinigten Staaten zu unterstützen.

Stattdessen nähme sich ein selbstbewusstes, selbstbestimmtes Europa global besser aus – auch zum Vorteil der transatlantischen Staatengemeinschaft. Europa muss dabei seine eigenen Interessen erkennen, sie mutig verteidigen und in den Mittelpunkt stellen. Dabei müssen diese auch ohne oder notfalls gegen die Vereinigten Staaten formuliert und artikuliert werden. Die Rolle der USA wird von immer mehr Ländern des globalen Südens, der BRICS-Staaten und anderen infrage gestellt. Kürzlich bekundeten immer mehr Länder, auch ein NATO-Mitgliedsstaat, Interesse an der Staatengemeinschaft der BRICS.

Sicherlich spielen hier auch die eigenen historischen Erfahrungen eine Rolle und auch der koloniale Blick, den die USA aus Sicht vieler Länder manchmal einnehmen oder einzunehmen imstande sind.

Ein Europa, das unabhängig und autonom seine eigene Politik vorbringen und beherzt vertreten kann, kann ein geachteter und geschätzter Partner vieler anderer Länder sein. Die ungarische Strategie der Konnektivität – also des Aufbaus starker Netzwerke zu möglichst vielen globalen Akteuren, anstelle des Ziehens von Trennlinien zu diesen – kann ein erster Schritt in die Richtung eines autonomen Europas sein. Die strategische Souveränität des Kontinents kann also durch ein Entstehen für die eigenen europäischen Interessen verwirklicht werden.

Der Krieg um die Ukraine

Dabei kommt dem Krieg um die Ukraine eine wichtige Rolle zu. Er kann zum Katalysator einer neuen europäischen Einheit werden und die strategische Souveränität unseres Kontinents verwirklichen helfen. Es steht wohl nicht im Interesse der Europäer, diesen Krieg bis zum letzten Mann, das heißt konkret: bis zum letzten Ukrainer, zu führen. Es kann auch nicht in ihrem Interesse sein, die eigene Zukunft zu verspielen und sich wirtschaftlich und politisch zugrunde zu richten. Aus diesem Grund können Europa und die Ukraine gar – ohne die USA – an einem Strang ziehen, die Ukraine könnte zum Geburtshelfer einer neuen strategischen Autonomie werden, wenn sie mit den Europäern eine Friedensinitiative startet und das Heft des Handelns den US-Amerikanern und Russen entreißt.

Internationale Großmächte wie China oder die Türkei wären dabei, wie unter anderem die Friedensmission von Viktor Orbán im Juli 2024 und die Istanbul Friedensgespräche im April 2022 eindrucksvoll belegt haben. Notwendigerweise muss sich Europa mit diesen globalen Führungsmächten verständigen, um einen dauerhaften Frieden im vom Krieg gebeutelten Land zu erreichen. Dies liegt auch im Interesse der Ukrainer. Egal, ob Donald Trump oder Kamala Harris im Januar 2025 ins Weiße Haus einziehen wird, es steht zu erwarten, dass die USA und Russland Verhandlungen einläuten werden, bei denen die Europäer und auch die Ukrainer nichts zu sagen haben werden. Aus diesem Grund müssen Deutschland und Frankreich selbst die Initiative ergreifen – und möglichst bald zwischen Russland und der Ukraine vermitteln, mit chinesischer und gar mit türkischer Hilfe.

Eine starke europäische Führung, die die Interessen der eigenen Bevölkerung ernstnimmt, seine Handlungsmaxime danach ausrichtet, was für die Europäer gut und richtig ist, ist dringender denn je. Diese europäische Führung muss sich zusehends um eine neue gesellschaftliche Mitte gruppieren, die fernab jeglicher Ideologien ein gutes, sicheres und friedliches Leben führen will. Dabei braucht es starke Führungspersonlichkeiten, allen voran in Deutschland und Frankreich. Die strategische Autonomie des alten Kontinents kann durch Konnektivität und durch eine auf gegenseitigen Respekt fußende Außenpolitik verwirklicht werden, in der die Europäer ihren eigenen strategischen Handlungsrahmen erkennen, formulieren und international danach handeln. Nur so gelingt es, Europa wieder groß und stark zu machen. Die Ungarn sind dabei, denn die Ungarn sind für ein starkes und souveränes Europa.

● **Bence Bauer** ist Direktor des Deutsch-Ungarischen Instituts am Mathias-Corvinus-Collegium in Budapest. Zuletzt erschien „Ungarn ist anders“ (MCC Press 2024). www.mcc.hu <https://magyarnemetintezet.hu/de/>

Eine starke europäische Führung, die die Interessen der eigenen Bevölkerung ernstnimmt, seine Handlungsmaxime danach ausrichtet, was für die Europäer gut und richtig ist, ist dringender denn je

● MELDUNGEN

Neue Bauern-Proteste voraus

Berlin – Der aus den Bauernprotesten im vergangenen Winter entstandene Verein „Hand in Hand für unser Land“ hat für den 23. November eine Großdemonstration an Berlins Brandenburger Tor angekündigt. Der Verein hat zu der Demonstration zehntausend Teilnehmer sowie tausend Traktoren, Lastwagen und andere Fahrzeuge angemeldet. Über agrarpolitische hinaus erhebt der Verein auch allgemeinpolitische Forderungen, etwa zur Meinungsfreiheit oder zum Asylrecht. Bereits im September hatte Joachim Rukwied, Präsident des Deutschen Bauernverbandes (DVB), der Bundesregierung die Möglichkeit neuer Bauernproteste angekündigt. Hintergrund ist die Enttäuschung über das Entlastungspaket der Ampel-Regierung. Aus Sicht vieler Landwirte kompensiert das Paket die Folgen der Agrardiesel-Abschaffung nur unzureichend. N.M.

Illegalenanzahl ist unbekannt

Berlin – Auf eine Große Anfrage der AfD-Fraktion nach der Zahl der in Deutschland illegal Eingewanderten antwortete die Bundesregierung, keine Aussage darüber machen zu können, wie viele der im Ausländerzentralregister (AZR) registrierten Ausländer auf regulärem oder irregulärem Weg eingereist sind. Aus der Statistik der Bundesagentur für Arbeit geht hervor, dass im Jahresdurchschnitt 2023 rund 2,6 Millionen Leistungsberechtigte nicht-deutscher Staatsangehörigkeit Regelleistungen in Höhe von 19,9 Milliarden Euro nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch erhalten haben. 2015 waren es noch 1,41 Millionen Leistungsberechtigte gewesen, die 8,24 Milliarden Euro erhalten haben. Die Regierung gab an, dass die Zahl der Langzeitgeduldeten reduziert und die Kettenduldungen beendet werden müsse. Geduldeten Ausländern, die am Stichtag 31. Oktober 2022 seit fünf Jahren in Deutschland leben, soll eine Aufenthaltserlaubnis für die Dauer von 18 Monaten erteilt werden. **MRK**

Wieder mehr Verweigerer

Berlin – Im vergangenen Jahr betrug die Zahl der Personen, die einen Antrag auf Kriegsdienstverweigerung gestellt hatten, insgesamt 1609. Laut Angaben der Bundesregierung waren davon 835 Anträge von Ungedienten (Wehrpflichtige, die bereits gemustert, aber noch nicht herangezogen wurden), und 178 Anträge von Soldaten. 596 Anträge wurden von Reservisten gestellt. Das Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben erkannte 844 Anträge auf Kriegsdienstverweigerung an, 126 Anträge lehnte die Behörde ab. Aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Gruppe Die Linke geht ferner hervor, dass die Zahl der Kriegsdienstverweigerer in diesem Jahr noch gestiegen ist. Zum 31. August lagen bereits 2053 Anträge auf Kriegsdienstverweigerung vor, davon 1268 durch Ungediente, 92 Anträge stellten Soldaten und von Reservisten kamen 693 Anträge. **MRK**



FOTO: IMAGO/CHROMORANGE

Viel zu düngen verspricht viel Gewinn – diese Gleichung wird aufgrund der aktuell hohen Düngerpreise diesmal wohl nicht aufgehen

AGRARMISERE

Knapper Dünger treibt Preise

Energiekrisen und Kriege verteuern aktuell Lebensmittel für Verbraucher

VON WOLFGANG KAUFMANN

Die Herstellung von Düngemitteln erfordert sehr viel Energie. Daher führen Energiekrisen regelmäßig zu Preisexplosionen beim Dünger. Das war unter anderem 2007/08 der Fall, als das Rohöl plötzlich deutlich teurer wurde. Nachfolgend verdreifachten sich bis 2010 auch die Preise für Reis, Mais, Weizen und Soja.

Der nächste große Inflationsschub kam im Herbst 2021 aufgrund der Gaspreise, welche bereits vor dem russischen Einmarsch in der Ukraine binnen kürzester Zeit auf das Fünffache gestiegen waren. Deswegen schnellte der Preis für Stickstoffdünger in Deutschland zwischen Anfang September und Ende Oktober 2021 um mehr als 90 Prozent nach oben. Im gesamten Verlauf des Jahres 2021 betrug der Anstieg sogar fast 300 Prozent.

Dieses hohe Preisniveau wurde dann 2022 wegen der Auswirkungen des Ukrainekrieges auf die europäische Energiever-

sorgung nochmals überboten. Die Folge war nicht zuletzt eine Verdopplung des Weizenpreises im Vergleich zu 2020. Und nun steht höchstwahrscheinlich wohl der nächste große Schock bevor.

Lieferketten in Gefahr

Angesichts der heftigen geopolitischen Spannungen im Nahen Osten wächst die Angst vor Versorgungsausfällen bei Gas und Öl. So droht beispielsweise ein Krieg zwischen Israel und dem Iran, der zur totalen Unterbrechung von Lieferungen aus dem Reich der Mullahs führen könnte. Vor diesem Hintergrund erreichten die Erdgaspreise an den europäischen Energiebörsen Mitte Oktober ein Zehnmonatshoch von 40 Euro pro Megawattstunde. Zum Vergleich: Im Februar waren für die Megawattstunde lediglich 26 Euro fällig.

Das wiederum hat bereits zu ersten Konsequenzen am Düngemittelmarkt geführt. Aus den nahöstlichen und nordafrikanischen Exporthäfen kommen jetzt Meldungen über deutliche Preisaufschlä-

ge bei harnstoffhaltigem Dünger, und in Frankreich stieg dessen Preis innerhalb von nur zwei Wochen um zehn Prozent. Dahingegen fand in der Bundesrepublik bislang noch keine nennenswerte Aufwärtsbewegung statt: Der Harnstoffdünger kostet in den deutschen Importhäfen konstant um die 450 Euro pro Tonne.

—
40

EURO pro Megawattstunde kostete Erdgas an europäischen Energiebörsen Mitte Oktober – im Februar waren es hingegen nur 26 Euro

Ebenso bewegen sich die Preisforderungen für Kalkammonsalpeter (KAS), den Flüssigdünger AHL auf der Basis ei-

ner Ammoniumnitrat-Harnstoff-Lösung sowie Diammoniumphosphat (DAP) im Rahmen des diesjährig Üblichen. Kaliumdünger ist mit rund 290 Euro pro Tonne sogar um 25 Euro billiger als Anfang Oktober. Zu den Gründen hierfür schrieb das Fachmagazin „Agrarheute“: „Die Nachfrage aus der Landwirtschaft ist wie eingefroren. Die Landwirte sind derzeit oft noch mit der Maisernte und der Aussaat von Wintergetreide beschäftigt.“

Produktion drosseln

Darüber hinaus halten viele Bauern hierzulande die Düngemittelpreise angesichts der zwischenzeitlich gefallenen Getreidepreise bereits jetzt für zu hoch. Dennoch werden sie irgendwann im Verlaufe des bevorstehenden Winters Dünger einkaufen müssen, bevor die Frühjahrsdüngung ansteht. Spätestens dann wird es den Herstellern der nährstoffhaltigen Substanzen wohl gelingen, ihre steigenden Produktionskosten voll auf die Kundschaft abzuwälzen. Alternativ dazu ist aber auch ein noch ungünstigeres Szenario denkbar. Weil die Landwirte 2021 oft nicht bereit waren, die geforderten Preise zu bezahlen, drosselten etliche Düngemittelhersteller wie BASF oder das norwegische Unternehmen Yara International ihre Produktion. Dadurch wurde der Dünger nach und nach knapp, was die Preise zusätzlich nach oben trieb.

Ansonsten führt Sparsamkeit beim Düngen oder die Verwendung von Alternativen zum Kunstdünger auch zu geringeren Erträgen. Aus all diesen Gründen steht zu erwarten, dass die Entwicklung auf dem Düngemittelmarkt im nächsten Jahr zu einer weiteren weltweiten Verteuerung der Grundnahrungsmittel Reis, Mais, Weizen und Soja führt.

Dramatische Preissprünge drohen

Doch damit nicht genug: Pflanzliche Agrarprodukte sind auch wichtige Ausgangsmaterialien für die Herstellung von Viehfutter. Deshalb dürften die Verbraucherpreise für tierische Produkte aller Art ebenfalls steigen. Oder anders ausgedrückt: Wenn Energie und damit einhergehend die Düngemittel nicht bald wieder billiger werden, drohen 2025 neuerliche Preissprünge im gesamten Lebensmittelsektor. Und das könnte dramatische Auswirkungen haben.

So resultierte die Protestbewegung des Arabischen Frühlings, welche im Dezember 2010 in Tunesien begann und dann weite Teile Nordafrikas und des Nahen Ostens erfasste, auch aus den stark gestiegenen Nahrungsmittelpreisen dort. Die Folge davon waren Unruhen und Bürgerkriege, welche dann wiederum auch zur bis heute nicht überwundenen europäischen Asylkrise führten.

ENERGIEWENDE

„Rückschritt“ und „Armutszuzeugnis für Deutschland“

Robert Habecks neuer Gesetzentwurf zur Verbreitung digitaler Stromzähler stößt auf breite Kritik

Digitale Stromzähler, sogenannte Smart Meter, gelten nicht nur der amtierenden Bundesregierung als ein Schlüsselement der Energiewende. Schon Angela Merkel lobte als Bundeskanzlerin im Jahr 2016 die Smart Meter als „intelligente, kommunikationsfähige Stromzähler“, über die man Angebot und Nachfrage auf dem Strommarkt flexibler zusammenführen kann, die man laut Merkel „endlich zu Hause haben will“.

Andere europäische Länder haben Deutschland mittlerweile überholt und längst flächendeckend digitale Stromzähler eingeführt. In Dänemark, Schweden, Italien und Spanien sind beispielsweise bereits neun Zehntel der Haushalte mit Smart Metern ausgestattet. Obwohl bereits im September 2016 die damalige Große Koalition aus Union und SPD ein

„Gesetz zur Digitalisierung der Energiewende“ beschlossen hat, dümpelt hierzulande der Anteil digitaler Stromzähler in den privaten Haushalten noch immer im Bereich von einem Prozent vor sich hin.

Ein vergangenes Jahr von der Ampel-Koalition beschlossenes Smart-Meter-Gesetz sieht hierzulande erst für 2032 vor, dass digitale Stromzähler den Standard darstellen und die althergebrachten Stromzähler ersetzt haben.

Nun liegt ein Gesetzentwurf aus dem Bundeswirtschaftsministerium vor, den Verbraucherschützer und Energieunternehmen als einen Rückschlag bei der flächendeckenden Einführung der neuen Stromzähler werten. Laut Medienberichten sieht der Entwurf aus dem Ministerium Robert Habecks deutliche Preiserhöhungen für Privathaushalte vor, die

über einen Digitalzähler ihren Stromverbrauch messen wollen. Zudem sollen Verbraucher offenbar auch kein verpflichtendes Anrecht auf Installation eines Smart Meter erhalten. Vorgesehen ist lediglich die Option, dass private Verbraucher einen Smart Meter anfordern können. Der Messstellenbetreiber darf den Kundenwunsch allerdings ablehnen, wenn er dafür eine nachvollziehbare Begründung nennen kann. Aus Sicht von Kritikern bremst die Ampel-Regierung mit diesen Regelungen aus, was sie sich von dem intelligenten Stromzähler eigentlich erhofft, nämlich die Möglichkeit, Strom flexibler zu nutzen. Die Digitalzähler sollen es zum Beispiel den Versorgern ermöglichen, in Zeiten von wenig Stromnachfrage und hohem Stromangebot den Verbrauchern niedrigere Preise

anzubieten. Bereits ab Anfang nächsten Jahres sind alle Energieversorger verpflichtet, zeitvariable oder dynamische Tarife anzubieten. Allerdings sollen die neuen Zähler für Wärmepumpen und Ladepunkte für E-Autos künftig auch steuerbar sein, um bei Strommangel reagieren zu können. Im Klartext: Fehlt der wetterabhängige Strom von Windrädern und Solarpanelen, dann kann notfalls die Versorgung auch zeitweise ausgesetzt werden.

Die Reaktionen auf den bekannt gewordenen Gesetzentwurf fallen in der Energiewirtschaft teilweise verheerend aus. Bastian Gierull vom Stromanbieter Octopus Energy Germany sprach etwa von einem „Rückschritt“ und einem „Armutszuzeugnis für Deutschland“.

Hagen Ritter

NACH DER WAHL

Rasche Einigung birgt Zündstoff

SPD und BSW kommen bei Koalitionsgesprächen in Brandenburg schnell voran – Doch es bleiben Fragen

VON HERMANN MÜLLER

Thüringen und Sachsen haben bereits Anfang September einen neuen Landtag gewählt. Doch obwohl Brandenburgs Bürger erst drei Wochen später zur Wahl gingen, sind in Potsdam bereits Koalitionsverhandlungen zwischen dem Wahlsieger SPD und dem Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) gestartet.

Im benachbarten Sachsen befinden sich CDU, BSW und SPD zwei Monate nach der Landtagswahl immer noch in Sondierungsgesprächen. Die SPD hatte die Gespräche zeitweilig sogar unterbrochen, nachdem das BSW im Landtag einen Antrag der AfD zur Einsetzung eines Corona-Untersuchungsausschusses zugestimmt hatte. In Thüringen hat das von CDU, SPD und BSW ausgehandelte Sondierungspapier wiederum zu einer ersten schweren Krise in der Wagenknecht-Partei geführt. In einem einstimmigen Beschluss hat der BSW-Bundesvorstand um Parteichefin Wagenknecht das Thüringer BSW aufgefordert, in den Ende Oktober aufgenommenen Koalitionsverhandlungen die außen- und sicherheitspolitischen Positionen nachzubessern oder andernfalls in die Opposition zu gehen.

Heftige Kritik aus Bundes-SPD

Von Wagenknecht ausdrücklich als „guter Kompromiss“ gelobt wurde dagegen das Sondierungspapier, das SPD und BSW in Brandenburg ausgehandelt haben. Im Papier heißt es zur geplanten Stationierung von US-Raketen in Deutschland: „Wir sehen (...) die geplante Stationierung von Mittelstrecken- und Hyperschallraketen auf deutschem Boden kritisch.“ Geeinigt haben sich die Verhandlungsführer von SPD und BSW auch auf die Formulierung, dass der Krieg in der Ukraine „nicht durch weitere Waffenlieferungen beendet werden“ könne. Im Thüringer Sondierungspapier bekannten sich CDU und SPD ausdrücklich zur Westbindung der Bundesrepublik. Brandenburgs SPD verzichtete im gemeinsamen Papier mit dem BSW dagegen auf eine solche Erklärung.

Heftige Kritik am Verhandlungsergebnis der Brandenburger Genossen übte der SPD-Außenpolitiker Michael Roth. Er warf der märkischen SPD vor, das Sondierungspapier „stellt in mehrfacher Hin-



Hat gut lachen: Sahra Wagenknecht (BSW), während Dietmar Woidke kritisch bleibt und Michael Roth (beide SPD) entrüstet ist

sicht einen Bruch mit der Politik des Bundeskanzlers und der SPD dar“. Zusammen mit dem Lob für die Lebensleistung des Ex-Kanzlers Gerhard Schröder durch den neuen SPD-Generalsekretär Matthias Miersch wurde das Verhandlungsergebnis der Brandenburger Sozialdemokraten von Kommentatoren schon als Hinweis für eine „Zeitenwende“ bei der SPD insgesamt gewertet. Der Kölner Politikprofessor Thomas Jäger kritisierte mit Blick auf das Sondierungspapier in Brandenburg sogar: „Die Moskau-Connection hat sich durchgesetzt.“

Der SPD-Verteidigungsexperte Andreas Schwarz ordnete das Verhandlungsergebnis dagegen als „Grundlage für eine Regierungszusammenarbeit auf Landesebene“ ein. Die Außen- und Sicherheitspolitik aber werde in Berlin gemacht, so der Bundestagsabgeordnete.

Obwohl beide Parteien recht zügig die Sondierungen abgeschlossen haben und in die Koalitionsverhandlungen gestartet sind, ist ein Scheitern der Regierungsbil-

dung nicht ausgeschlossen. Brandenburgs SPD hält nämlich weiterhin an der Befürwortung von Waffenlieferungen an die Ukraine fest. In einer Mitteilung, die nach Abschluss der Sondierungsgespräche an die Mitglieder ging, erklärte die Brandenburg SPD, es bestehe „eine moralische Pflicht, die Ukraine – auch mit Waffen – zu unterstützen“.

„Klimapolitik“ spielt keine Rolle

In ihrer Berichterstattung über das Sondierungspapier gingen viele Medien meist nur auf die Formulierungen zur Ukraine und zur Stationierung von US-Raketen ein. Beachtenswert ist allerdings auch, dass im Papier dem öffentlichen Nahverkehr kein Vorrang eingeräumt wird. Anders als bei der bisher regierenden Koalition von SPD, CDU und Grünen heißt es nun: „Wir unterstützen alle Verkehrsmittel.“ Zur Verärgerung der nun nicht mehr im Landtag vertretenen Grünen spielt die sogenannte Klimapolitik im Sondierungspapier überhaupt keine Rolle mehr. Dies

ausschließlich als Handschrift des BSW deuten zu wollen, wäre allerdings voreilig.

Auch Brandenburgs SPD-Finanzministerin Katrin Lange übte im Interview mit dem „Tagesspiegel“ unlängst sehr scharfe Kritik an den Grünen. Sie erklärte: „Die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland verläuft außerordentlich schwach. Das ist wesentlich eine Folge der verfehlten grünen Wirtschaftspolitik Robert Habecks. Brandenburg kann sich davon nicht freimachen.“

Die Finanzministerin war es dann auch, die auf düstere wirtschaftliche Aussichten für Brandenburgs neue Landesregierung hinwies. Laut der aktuellen Steuerschätzung muss das Bundesland im Jahr 2024 mit 403,7 Millionen Euro weniger Einnahmen als erwartet rechnen. Die immer wieder als mögliche Woidke-Nachfolgerin gehandelte Lange rief angesichts der Steuerschätzung dazu auf, die Ausgaben auf den Prüfstand zu stellen: „Da könnte die neue Koalition mal einiges entrümpeln.“

INNERE SICHERHEIT

Clan aus Gaza terrorisiert Berlin

Unklar, wie die Mitglieder überhaupt nach Deutschland gelangt sind – Politik erweist sich als machtlos

Als Araber am 7. Oktober 2023 in Berlin-Neukölln Siegesfeiern aufführten, wurde auch von der Ampelregierung gefordert, ein Bekenntnis gegen Antisemitismus bei Asylanörungen als verpflichtend einzubauen. Eigentlich hätten sich seitdem keine Antisemiten mehr unter dem Deckmantel des Asyls in Deutschland einschleichen können. Das Gegenteil war offenbar der Fall. Seit diesem Datum hat sich sogar eine arabische Großfamilie, die Barbakhis, aus dem Gazastreifen per Asylgesuch in Berlin heimisch gemacht. Dies berichten „Bild“-Zeitung und „Focus“. Vor allem sind es junge Männer im Kampfesalter, die in der Hauptstadt die fast täglich abgehaltenen Palästinademos und arabische Wohnviertel unsicher machen.

Ähnlich aussehende Männer wie die Barbakhis waren auch am 7. Oktober 2023 in Israel als Schlächter unterwegs. Jetzt

sorgen sie auch in Berlin für Angst und Schrecken. Der 16-jährige Mohammed Barbakh soll in einem Jahr bereits 50-mal verhaftet worden sein, wurde aber wegen seines Alters immer wieder freigelassen. Eine Frage ist, wie der Clan aus Gaza heraus und nach Berlin hereingekommen ist. Diese Frage stellte sich auch „Bild“. Wenn man indes weiß, wie es im Gaza zugeht, kann man sich einige Fragen beantworten.

Die Hamas ist immer noch nicht besiegt, sie verfügt in Gaza nicht nur immer noch über Waffen, sondern auch über massenhaft Nahrung und Geld. Dass sich ägyptische Grenzbeamte bestechen lassen, ist schon seit Langem bekannt. Für 10.000 US-Dollar werden Hamas-Leute nach Ägypten durchgelassen, obwohl man auch in Ägypten vor ihnen Angst hat. Deswegen wollen auch die Ägypter, dass die Hamas-Mitglieder schnell wieder aus ih-

rem Land verschwinden. Rund 300 Barbakh-Clanmitglieder sollen 2023 nach Berlin gezogen sein. Dort treten sie bei gewalttätigen Palästinenser-Demos auf, wo die Terroristen der Hamas verherrlicht und regelmäßig Polizisten gewaltsam angegriffen werden. Im Netz posieren die Barbakhis von Berlin und in Gaza mit Gesten und Symbolen der Terroristen wie dem IS-Finger oder dem Hamas-Dreieck, das in Neukölln an jeder Straßenecke hängt. Gerne bezeichnen sie sich wie in Gaza als „Al-Qassam-Jugend“. Die Al-Qassam-Brigaden sind der militärische Arm der Hamas.

„Bild“ erfuhr vom Bundesinnenministerium unter Nancy Faeser, dass man dort fast keine Informationen über die Anzahl der seit dem Hamas-Massaker nach Deutschland eingereisten Asylsucher aus Gaza hat. Offenbar leben viele unange-

meldet bei Familienangehörigen. Auch über die Anzahl der bereits vor dem 7. Oktober 2023 anwesenden palästinensischen Gefährder oder Islamisten liegen keine spezifischen Daten vor.

Die Opposition, insbesondere die CDU, warf der Ampelkoalition vor, die Gefahren zu unterschätzen. In Berlin wagen sich Juden nicht mehr als solche auf die Straßen, auch die Polizei wird immer mehr gewaltsam angegriffen. Die Bundesbeauftragte für Antidiskriminierung, Ferda Ataman, beklagt jedoch mangelnde Empathie für die dem „Völkermord“ durch die Hamas entflohenen Asylsucher aus dem Gazastreifen. Den polizeibekannten Barbakh-Brüdern, die ihre Verehrung für die Hamas offen zur Schau stellen, droht keine Abschiebung, wie „Bild“ berichtet, denn die Gazabewohner gelten als staatenlos. *bob*

● KOLUMNE

Enttäuschend

VON THEO MASS

Das Theater „Komödie am Kurfürstendamm“ hat am 2. November sein 100. Jubiläum gefeiert. Die Intendanz liegt in der dritten Generation bei der Familie Wölffer: erst Großvater Hans von 1935 bis 1942 und dann wieder ab 1950, danach Jürgen bis 2004 und seither Martin Wölffer. Allerdings muss das Jubiläum in einem Ausweichquartier begangen werden. Ursprünglich war das Theater im Ku’damm-Karree beheimatet – einem in den Jahren 1969–74 errichteten Komplex mit einem 102 Meter hohen Baublock zwischen Kurfürstendamm, Uhlandstraße, Lietzenburger Straße und Knesebeckstraße.

Obwohl keineswegs baufällig wurde das Gebäude vom letzten Eigentümer abgerissen, um ein noch höheres zu errichten. Bemühungen, den Komplex unter Denkmalschutz zu stellen, scheiterten aus unerfindlichen Gründen, obwohl die Denkmalschutzbehörde ansonsten schnell dabei ist, gleichsam jeden Ziegelstein als schützenswert einzustufen. Mit dem Abriss des Karrees 2018 flogen auch die beiden traditionsreichen Bühnen (Theater am Kurfürstendamm und Komödie am Kurfürstendamm) aus ihrer Behausung. Kultursenator Klaus Lederer (damals Linkspartei) handelte einen Kompromiss aus. Nach Fertigstellung des neuen Komplexes – vermutlich erst 2026 – werden die beiden Bühnen in einer zusammengefasst und erhalten ein Domizil im Keller zugewiesen, wo ein Theatersaal mit 640 Sitzplätzen entsteht.

Jürgen Wölffer, Vater des Intendanten: „Vorher hatten wir mehr, weil wir ein Theater mit 600 Plätzen und eins mit 800 hatten.“ Selbst die Ausweichquartiere erwiesen sich als „Wanderzirkus“. Die Komödie spielte erst im Schillertheater, zog 2022 ins Theater am Potsdamer Platz um und muss nun auch dort wegen der hohen Mietforderungen raus. Zweifellos hätte Berlin Mittel und Möglichkeiten finden können, die Entwicklung aufzuhalten. Der Hauptfehler war es wohl, die Genehmigung zu erteilen, das Ku’damm-Karree überhaupt abzureißen.

● MELDUNG

Findlinge statt Parkplätze

Berlin – Mit 28 Findlingen geht das Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg gegen Parkplatzsucher vor. Solche Steine dienten schon in der Bergmannstraße und der Palisadenstraße dazu, Autofahrer zu behindern. In der Ruhlsdorfer Straße wurden 37 Parkplätze abgeschafft. Die kleine Sackgasse mit Wendekreis, unweit des Tempelhofer Ufers, steht derzeit voller Bauzäune und Steine. Es geht um 18 Bäume, deren Wurzeln in den Asphalt drücken. Die Bezirksverordnetenversammlung beschloss zuvor, dass ab dem 1. Januar 2023 „jährlich zwei Prozent der im Bezirk vorhandenen Parkfläche zu entsiegeln und zu begrünen“ seien. Das Bezirksamt: „Die Entsiegelungen sichern den Erhalt und verbessern die Situation der vorhandenen Bäume, außerdem bieten sie Versickerungsflächen bei Starkregen.“ Auf eine Anfrage des Abgeordneten Timur Husein (CDU) teilt das Bezirksamt mit: Der Umbau koste 183.000 Euro. *F.B.*

● MELDUNGEN

Kein Sorry für Sklaverei

London – Großbritannien lehnt es ab, sich für die koloniale Ausbeutung und den Sklavenhandel durch das Empire zu entschuldigen und dazu finanzielle Entschädigungen zu leisten. Auf dem Weg zum Commonwealth-Gipfel in Samoa sagte der britische Premierminister Keith Starmer an die Adresse der auf Wiedergutmachung drängenden Politiker aus den früheren Kolonien, er werde diesbezüglich keinerlei Diskussionen führen: „Natürlich ist Sklaverei abscheulich, daran besteht kein Zweifel. Aber ich kreppe lieber die Ärmel hoch und arbeite mit ihnen zusammen, um die vor uns liegenden Probleme zu lösen, als viel Zeit mit der Vergangenheit zu verschwenden.“ Dem schloss sich König Charles III. mit einem eigenen Appell an: „In Zeiten starker globaler Spannungen, schrecklicher Konflikte und großer Herausforderungen“ sollten alle Commonwealth-Vertreter „die Sprache des Respekts wählen und die Sprache der Spaltung aufgeben.“ *W.K.*

Frankreich überholt Italien

Paris – Frankreich hat Italien vom ersten Platz in der Rangliste der EU-Mitgliedsländer mit der höchsten Staatsverschuldung verdrängt. Die Außenstände der „Grande Nation“ belaufen sich aktuell auf 3,2 Billionen Euro beziehungsweise 110 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Daher muss Paris dieses Jahr allein 60 Milliarden Euro für die fälligen Zinszahlungen aufbringen. Gleichzeitig hält die Rating-Agentur Fitch einen weiteren Anstieg der französischen Staatsverschuldung auf 118,5 Prozent des BIP bis zum Jahr 2028 für möglich. Angesichts dessen stuft sie den Ausblick auf Frankreichs künftige Kreditwürdigkeit von „stabil“ auf „negativ“ herab – ein Schritt, den nachfolgend auch die beiden anderen großen internationalen Ratingagenturen Moody's und S&P Global gingen. Um die Verschuldung abzubauen, plant die neue französische Regierung Ausgabenstreichungen und Steuererhöhungen im Umfang von 60 Milliarden Euro. *W.K.*

Russen legen in Policen an

Moskau – Russische Versicherungsunternehmen rechnen mit einem Gewinn in Höhe von umgerechnet 3,2 Milliarden Euro bis Jahresende, das sind etwa sechs Prozent mehr gegenüber 2023. Im Vergleich zum Vorjahr, als sich der Gewinn verdoppelte, hat sich das Wachstumstempo allerdings verringert. Das größte Wachstum erwarten die Gesellschaften in diesem Jahr bei Lebensversicherungen mit 30 Prozent. Bei Krankenzusatzversicherungen beträgt der Anstieg etwas mehr als zehn Prozent. Als Grund für das Interesse der Russen an Sparverträgen und Kapitallebensversicherungen sehen die Anbieter die Erhöhung des Leitzinses, wodurch auch die Rendite von Einlagen und Schuldtiteln steigt, in die Versicherungsunternehmen investieren. Der Höchstzinssatz für Einlagen von Privatpersonen lag im September bei knapp 20 Prozent. Im kommenden Jahr rechnen die Experten jedoch mit geringeren Kapitalerträgen. *MRK*



Nach der Parlamentswahl: Proteste der Opposition in Tiflis

Foto: imago/Le Pictorium

GEORGIEN

Gerät der „Georgische Traum“ allmählich zum Albtraum?

Nach der Richtungswahl – Ein neuer Konflikt im Südkaukasus, ähnlich dem in der Ukraine und in Moldau, wirft seine Schatten voraus

VON MANUELA ROSENTHAL-KAPPI

Die Parlamentswahl in Georgien wird im Westen als Richtungswahl gesehen, als Abkehr vom EU-Beitrittskurs und Hinwendung zu Russland. Am 26. Oktober siegte nach offiziellen Auszählungen die als russlandfreundlich geltende Regierungspartei „Georgischer Traum“ mit knapp 54 Prozent der Stimmen vor der prowestlichen Opposition, die offiziell auf 38 Prozent kam. Sofort wurde der Vorwurf der Wahlmanipulation und russischer Einflussnahme laut. Den Befehl zu Fälschungen habe die Wahlleitung vom Milliardär Bidsina Iwanischwili erhalten, der Gründer und Ehrenvorsitzender der Regierungspartei „Georgischer Traum“ ist.

Selbst Präsidentin Salomé Surabischwili, die als Parteilose bisher von der Regie-

rungspartei „Georgischer Traum“ gestützt wurde, machte Russland für Wahlfälschungen verantwortlich. Beweise legte sie nicht vor. Dafür, dass die Wahlfälschungen von der Opposition initiiert worden sein könnten, spricht, dass es Videoaufnahmen angeblicher Manipulationen gibt. Ist es nicht eher unwahrscheinlich, dass ein Betrüger sich bei seinem Tun filmen lässt?

Fakt ist, dass es in Georgien, einem Land, das an der Schnittstelle zwischen Europa und Asien liegt, eine Spaltung der Bevölkerung gibt, die durch den Ausgang der Parlamentswahl noch tiefer werden könnte. In einigen Wahlbezirken wurden nach Massenprotesten die Stimmen zwar neu ausgezählt, am Ergebnis soll sich laut Wahlkommission jedoch nichts ändern. Das endgültige Wahlergebnis muss bis zum 21. November veröffentlicht werden.

Wie die Ukraine vor dem Euromajdan oder auch die Republik Moldau, wird Georgien zwischen West und Ost zerrissen. Aus Protest gegen die „Wahlfälschung“ kündigten unterlegene Oppositionspolitiker an, ihre Mandate nicht anzunehmen. Bei der Parlamentswahl vor vier Jahren war es schon einmal zu einem Boykott der Regierung gekommen. Damals konnte durch die Vermittlung von EU-Führern ein Kompromiss gefunden werden. Damit ist derzeit kaum zu rechnen, da die EU georgische Politiker seit einiger Zeit mit Sanktionen belegt. Auslöser hierfür war die Annahme eines umstrittenen Gesetzes gegen „ausländische Agenten“ – ähnlich dem russischen – durch das georgische Parlament.

Nach dem 26. Oktober sieht die EU einen Beitritt Georgiens in weite Ferne gerückt. Der EU-Außenbeauftragte Josep

Borrell sagte, die georgische Regierung habe das Land von den Werten und Prinzipien der EU entfernt. Außerdem betonte er, dass ein Beitrittsanwärter keine Beziehungen zu Russland aufrechterhalten und gleichzeitig erwarten könne, Teil der Europäischen Union zu werden. Das betrifft neben Georgien auch Moldau und die Türkei. Der türkische Präsident Erdoğan hat jedoch vor Kurzem am BRICS-Gipfel in Kasan teilgenommen und gar Interesse an einer Mitgliedschaft bekundet.

Entweder-Oder-Taktik scheitert

Georgien hat bereits 121 Millionen an Direkthilfen von der EU verloren und könnte noch mehr einbüßen, wenn die geforderten Reformen nicht umgesetzt werden. Sanktionen seitens der EU und den USA könnten folgen. Die USA hatten bereits im Frühjahr gegen Regierungsmitglieder der Partei „Georgischer Traum“ wegen des Agentengesetzes Strafen verhängt.

Auch in der georgischen Bevölkerung wurde die Parlamentswahl als Richtungswahl betrachtet. Durch die Einmischung der Weltmächte droht der Südkaukasus zu einer neuen Arena geopolitischer Auseinandersetzungen zu werden. Möglicherweise führte der Druck aus dem Westen gerade dazu, dass die Wähler sich für den „Georgischen Traum“ entschieden haben, aus Furcht vor dem Albtraum, eine zweite Ukraine zu werden. Seit Jahren wurde Georgien schon mit einer EU-Mitgliedschaft geködert. Die seit Mitte der 1990er Jahre bestehende strategische Partnerschaft mit der NATO nutzte dem Land während des Georgienkriegs 2008 ebenfalls nichts. So könnte bei vielen Georgiern der Eindruck entstanden sein, sich auf den Westen nicht verlassen zu können.

Die Entweder-Oder-Bedingung für eine Mitgliedschaft in der EU hat sich in der Vergangenheit als kontraproduktiv erwiesen und treibt die Gerügten geradezu in die Arme anderer Partner. Deutlich sichtbar ist das am Beispiel Türkei, die sich offen anderen Bündnissen zuwendet. Die Republik Moldau, in der bei einer Stichwahl zwischen der EU-freundlichen Präsidentin Maia Sandu und dem als prorussisch geltenden Herausforderer Alexandr Sotianoglo die Präsidentin gewann, kann sich nun über Gespräche für einen beschleunigten Beitritt freuen. Ebenso wie die Ukraine, deren Regierung sich klar zum Westkurs bekennt. Der russische Einfluss in Moldau ist damit aber keineswegs gestoppt.

Während die EU Georgien ächtet, kündigten die Nachbarn Aserbaidschan und Armenien sowie Ungarn, die Türkei und China eine engere Zusammenarbeit mit der Kaukasusrepublik an. Als Transitland für Öl von Aserbaidschan in die Türkei spielt das Land eine geostrategische Rolle.

ARGENTINIEN

Milei schreibt harte Erfolgsgeschichte

Der Präsident schafft die wirtschaftliche Kehrtwende – Linke Ideologen kämpfen dagegen an

Dass der Umbruch schwer ist, muss auch der argentinische Präsident Javier Milei anerkennen. Ein Jahr nach seiner Wahl scheiden sich die Geister an dem libertären Politiker. Von Beginn an wurde sein Siegeszug von in- und ausländischen Medien mit Argwohn begleitet.

Noch vor einem Jahr explodierte die Inflation in dem südamerikanischen Land. Die Preise stiegen um ein Prozent pro Tag. Milei, ein 54-jähriger Wirtschaftswissenschaftler, hatte die alten, linken Eliten für den Absturz des Landes verantwortlich gemacht. Mit einer „Kettensäge“ wollte er die Bürokratie abholzen. Kettensäge nennen ihn seine Gegner noch heute. Und seine Bilanz ist nach rund einem Jahr verblüffend. Lag die Inflation bei seinem Amtsantritt bei 25,5 Prozent, bewegte sie sich derzeit unter einer Marke von vier

Prozent. Der Internationale Währungsfonds IWF lobte die Fortschritte: „Die Umsetzung des Programms hat zu einem erheblichen Rückgang der Inflation und des Haushaltsdefizits geführt, und es gibt Anzeichen für eine beginnende Erholung der Wirtschaftstätigkeit und der Reallöhne.“ Doch wo gehobelt wird, fallen bekanntermaßen auch Späne.

Aufwärtstrend im Gegenwind

Milei hat die Säge an die Fundamente des nicht mehr finanzierbaren Wohlfühlstaates gelegt. Er hat die Zahl der Ministerien halbiert, zehntausende Stellen im öffentlichen Dienst gestrichen, Renten gekürzt und Subventionen abgebaut. Es wäre vermessen zu sagen, dass bereits alles rund läuft. Mit der Inflation ist auch die Konjunktur eingebrochen. Wer Geldreserven

hat, gibt diese erst einmal nicht aus. Mehr als die Hälfte der Einwohner Argentiniens gilt derzeit als arm. Doch wer etwas von Ökonomie versteht, weiß, dass Mileis Weg alternativlos ist, und nach der Talsohle ziemlich sicher ein Aufschwung folgen wird. Doch die nötige Geduld haben längst nicht alle. Die Gewerkschaften überziehen das Land mit einem Generalstreik nach dem anderen. Auch die Studenten protestieren. Dabei sprechen die nackten Zahlen durchaus für die Radikalur des Präsidenten.

Die Renten liegen heute real um zehn Prozent höher als vor einem Jahr, und die Löhne wachsen seit vier Monaten in Folge stärker als die Inflationsrate. Ganz langsam steigen sogar die Verbraucherausgaben wieder. Doch mit nackten Zahlen lassen sich die Gemüter kaum beruhigen. Es

geht auch um einen Kulturkampf. Milei hat beispielsweise das Frauenministerium abgeschafft und Genderprojekte an Unis auf Eis gelegt. Das gefällt vielen Lobbyisten ebenso wenig wie sein Buhlen um Investoren. „Für uns ist derjenige, der Geld verdient, kein Übeltäter, sondern ein sozialer Wohltäter. Wir verfolgen ihn nicht, sondern wir unterstützen ihn, wir applaudieren ihm“, sagte der Präsident kürzlich bei einem Unternehmertag.

Ausländische Investoren sollen mit der Aussicht auf Gas- und Ölreserven gelockt werden. „Mit den Investitionen in Öl und Gas wird Argentinien wahrscheinlich zu einer viel stärker aufgewerteten Währung übergehen. Machen Sie sich darauf gefasst, denn von dort kommt ein enormer Schub an Dollar“, verspricht der Präsident. *Peter Entinger*

VON HERMANN MÜLLER

Parallel zu der in Deutschland geführten hitzigen Debatte über die Ausrichtung der Wirtschaftspolitik haben nun auch auf Ebene der EU führende europäische Wirtschaftsverbände ein starkes Zeichen gesetzt. Der Verband Europe Unlocked, ein Zusammenschluss von 19 Wirtschaftsverbänden, darunter die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), fordern in der EU tiefgreifende Reformen statt immer mehr staatliche Eingriffe und immer höhere Subventionszahlungen für die Wirtschaft.

Zusammen mit dem European Round Table for Industry (ERT) hat der Verband Europe Unlocked am 28. Oktober ein Positionspapier vorgelegt, das sich wie eine Warnung vor der derzeit verfolgten Wirtschaftspolitik der EU-Kommission liest. In ihrem Papier fordern beide Organisationen die EU-Staats- und Regierungschefs auf, den Fokus auf offenen Handel und marktorientierte Investitionen zu legen. Zudem fordern beide Organisationen in der EU Reformen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit. Sollten die Reformen ausbleiben, befürchten die Wirtschaftsverbände das Ausbrechen eines kostspieligen Subventionswettlaufs mit China und den USA.

Der Anlass, auch die USA namentlich zu nennen, dürfte vor allem der „Inflation Reduction Act“ sein, den US-Präsident Joe Biden im Sommer 2022 unterzeichnet hatte. Vordergründig soll das Gesetz der Inflation in den USA entgegenwirken. Verbunden ist dies allerdings auch mit rund 369 Milliarden US-Dollar an Staatsgeldern für Investitionen der Wirtschaft und Subventionen für den Kauf von E-Autos sowie einer knallharten Bevorzugung einer einheimischen Produktion. Die Staatsgelder fließen nämlich nur, wenn die Firmen in den USA herstellen und die Elektroautos mit Komponenten aus Nordamerika hergestellt werden.

Esken und Draghi einig

Hierzulande forderte die SPD-Co-Vorsitzende Saskia Esken unlängst ebenfalls, der Staat solle 400 bis 600 Milliarden Euro zusätzlich in die Hand nehmen, um die Wirtschaft anzukurbeln und zukunftsicher zu machen. Esken sagte gegenüber der Funke-Mediengruppe, es sei jetzt nicht die Zeit zu sparen, jetzt müsse investiert werden, damit man auch in Zukunft stolz auf „Made in Germany“ sein könne. Der Ex-EZB-Chef Mario Draghi hatte im September sogar mit Blick auf die gesamte EU „zusätzlich jährliche Mindestinvestitionen von 750 bis 800 Milliarden Euro“ gefordert. Wie Esken sprach sich auch Draghi dafür aus, zusätzliche



Mario Draghi und Saskia Esken: Beide setzen auf kreditfinanzierte Schulden, um die lahrende Wirtschaft anzukurbeln

GLOBALER HANDEL

Deutschland und EU auf der Verliererstraße

Brüssel und Berlin setzen bei Investitionen auf Schuldenfinanzierung, hingegen raten Expertenverbände zu Reformen, Bürokratieabbau und Freihandel

Schulden zu machen, um die von ihnen geforderten gewaltigen Finanzspritzen zur Ankurbelung der Wirtschaft finanzieren zu können. In seinem Bericht an Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hatte sich Draghi auch für Einfuhrzölle zum Schutz der europäischen Industrie ausgesprochen. Hierzulande erregten die Vorschläge des italienischen Technokraten vor allem dadurch Aufmerksamkeit, dass damit erneut eine gemeinschaftliche Schuldenaufnahme samt deutscher Mithaftung ins Gespräch gebracht wurde.

Kieran O’Keeffe, Geschäftsführer von Europe Unlocked, warnt allerdings: „Wir sehen in der aktuellen politischen Debatte die Gefahr, dass sich die Politik um Autarkie und staatliche Interventionen dreht, eine Sackgasse für die europäische Wirtschaft.“ Die EU solle besser auf Re-

formen, den Abbau von Bürokratie und den Abschluss weiterer Freihandelsabkommen setzen: „Wenn Europa diesen Beziehungen keine Priorität einräumt, werden es andere tun“, so das Positionspapier der Wirtschaftsverbände. Diese sehen die EU ohnehin nicht in der Lage, einen Subventionswettlauf mit den USA und China zu gewinnen. Der EU fehle es an finanzieller Schlagkraft „um ihre globalen Konkurrenten auszustechen“.

Wegbrechen der Absatzmärkte

Ebenfalls Ende Oktober hat sich der US-Finanzanalyst Michael Hudson in einem Gastbeitrag für die „Berliner Zeitung“ mit den wirtschaftlichen Aussichten Deutschlands beschäftigt. Er warnt in seinem „Deutschland verliert“ überschriebenen Artikel vor der Isolierung der Exportna-

tion Deutschland von seinen „zwei natürlichsten Handelspartnern“, nämlich China und Russland. Schon jetzt sind die Energie- und Rohstoffexporte Russlands nach Europa unterbrochen. Der Absatzmarkt für deutsche Industrieexporte und für Direktinvestitionen in Russland existiert nicht mehr, so Hudson. Nach seiner Darstellung drängen in den USA „Strategen des neuen Kalten Krieges“ nach dem Muster der Russland-Sanktionen, auch eine wirtschaftliche Abspaltung von China herbeizuführen. Im Erfolgsfall könnte dann die deutsche Industrie keine Hightech-Produkte mehr aus China importieren: „Washington will am liebsten entscheiden, welche Waren China nach Europa liefern darf und welche nicht ... um keine Wettbewerbsnachteile hinnehmen zu müssen.“

RÜSTUNG

Gerangel um U-Boot-Werft von Thyssenkrupp

Nach US-Absage: Die Aussichten auf einen rein deutschen Marine-Konzern steigen

Bleibt Deutschlands U-Boot-Hersteller Thyssenkrupp Marine Systems (TKMS) komplett in deutscher Hand? Der angeschlagene Stahlkonzern aus Essen sucht für sein Tochterunternehmen, hervorgegangen aus Howaldtswerke-Deutsche Werft (HDW), bereits seit über zwei Jahren einen Käufer. Noch vor Kurzem schien es ausgemachte Sache, dass die US-Beteiligungsgesellschaft Carlyle Group einen Mehrheitsanteil an der U-Boot-Werft übernimmt. Einen Minderheitsanteil von 25 Prozent sollte möglicherweise die Bundesrepublik über die staatliche KfW-Bank erwerben.

Überraschend teilte Thyssenkrupp am 22. Oktober allerdings mit, die Beteiligungsgesellschaft Carlyle Group sei aus dem Bieterprozess für die Marinesparte des Konzerns ausgestiegen. Als Grund für

das Platzen des Geschäfts, das kurz vor dem Abschluss gestanden haben soll, nennen Beobachter die Nähe Carlyles zu den US-Republikanern unter Donald Trump. Dies Verhältnis soll in der Bundesregierung zunehmend auf Bedenken hinsichtlich des sicherheitspolitisch heiklen Geschäfts gestoßen sein. Laut „Handelsblatt“ soll das Bundeswirtschaftsministerium den Verkauf der Marinewerft an einen US-Investor kritisch gesehen haben.

Wie die Zeitung ebenfalls berichtet, sollen der Rüstungskonzern Rheinmetall und die Bremer Lürssen-Werft Interesse an Thyssenkrupp Marine Systems zeigen. Sollte sich der deutsche Staat beteiligen, wäre Lürssen offenbar bereit, das eigene Geschäft mit TKMS zusammenzulegen.

Sowohl Rheinmetall als auch die Lürssen-Werft würden als Käufer von TKMS

Sinn machen. Rheinmetall könnte sich mit dem Einstieg in das Marinegeschäft breiter aufstellen und würde seinem Ziel, einer der größten Rüstungsanbieter in Europa zu werden, ein Stück näherkommen. Lürssen bringt zwar keine Expertise im Bau von U-Booten mit, dafür aber eine lange Erfahrung als Hersteller von Kriegsschiffen.

Aufträge über Bürgschaften sichern

Wie schon bei den Gesprächen mit der Carlyle Group dürfte eine Minderheitsbeteiligung des Bundes auch beim Einstieg von Rheinmetall und Lürssen eine wichtige Bedingung des Geschäfts sein. TKMS hat Aufträge im Milliardenwert unter anderem von Israel und Norwegen erhalten. Diese Kunden wollen allerdings sichergehen können, dass die bestellten U-Boote

und Fregatten auch fertig gebaut werden. Die Staatsbeteiligung würde es erlauben, letztendlich die Aufträge über Bürgschaften abzusichern.

Der mit wirtschaftlichen Problemen kämpfende Stahlkonzern Thyssenkrupp ist offenbar aktuell selbst nicht finanziell in der Lage, derzeit solche Bürgschaften zu leisten. Zudem benötigt die Werftengruppe des Essener Konzerns auch selbst hohe Investitionen, um weiterhin ein führender Anbieter von Kriegsschiffen zu sein. Über seine Beteiligung kann der Bund zudem auch Einfluss nehmen, dass bei einer künftigen Fusion mit ausländischen Werften im Ausland Deutschland die Führung behält und insbesondere das Expertenwissen zum Bau konventioneller U-Boote nicht ins Ausland abfließt. H.M.

MELDUNGEN

Philip Morris sagt tschüss

Dresden/Berlin – Der internationale Tabakkonzern Philip Morris will seine Produktionsstätte im Berliner Bezirk Neukölln schließen. Nach Unternehmensangaben soll die Fabrik in der ersten Jahreshälfte 2025 den Betrieb einstellen. Wie der Konzern mitteilte, ist in den vergangenen Jahren die Nachfrage nach Zigaretten in Europa deutlich zurückgegangen. Das Unternehmen erwartet, dass sich dieser Trend in den kommenden Jahren fortsetzt. Phillip Morris kündigte ebenfalls an, Mitte 2025 sein Zigarettenwerk in Dresden zu schließen. Von den Werkschließungen sind in Berlin knapp 100, in Dresden etwa 300 Mitarbeiter betroffen. Vergangenes Jahr hatte das Unternehmen den Ausbau seiner polnischen Fabrik in Krakau angekündigt. Die Investition in das polnische Werk soll mehr als 215 Millionen Euro betragen. Seit 1996 hat Philip Morris in Polen bereits etwa 5,5 Milliarden Euro investiert. H.M.

Otto wird aktiv in Schlesien

Hamburg – Knapp zweieinhalb Jahre nach der Grundsteinlegung hat die Hamburger Otto Group in der niederschlesischen Stadt Halbau [Iłowa] ein neues Logistikzentrum in Betrieb genommen. Investiert hat das Hamburger Versandunternehmen in Halbau einen dreistelligen Millionenbetrag. Entstanden ist nach Unternehmensangaben einer der modernsten und größten Logistikstandorte Europas. Verteilt auf neun Hallen hat der Komplex eine Fläche von rund 16 Fußballfeldern. Das neue Logistikzentrum wurde im Oktober in Anwesenheit von Krzysztof Gawkowski, dem stellvertretenden Ministerpräsidenten der Republik Polen, und Michael Otto, dem Aufsichtsratsvorsitzenden der Otto Group, feierlich eröffnet. Betreiber des Standorts ist die polnische Hermes Fulfilment Sp. z o.o., eine 100-prozentige Tochter der Hermes Fulfilment Gruppe mit Sitz in Hamburg. H.M.

Leasing als Markttreiber

Moskau – Der russische Leasingmarkt wächst rasant. Im Autoleasing-Segment stieg die Nachfrage nach Pkw und leichten Nutzfahrzeugen, besonders seit dem Weggang westlicher Automarken, um 37 Prozent. Beliebte ist jedoch nicht nur das Mieten von Fahrzeugen, auch in anderen Branchen wie der Industrie und Landwirtschaft wird Leasing als komfortables und flexibles Finanzierungsinstrument genutzt. Insgesamt verzeichnet der Leasingmarkt einen Anstieg bis zu 80 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Da russische Unternehmen Schwierigkeiten bei der Kreditvergabe haben, mieten viele Industriebetriebe die benötigten Geräte und Maschinen. Russische Agrarbetriebe erneuern per Leasing ihre stark veralteten Landmaschinenparks. Auch auf dem Bau und im Handel werden Spezialfahrzeuge wie Bagger, Kräne, Betonmischer oder ebenso Kurierfahrzeuge zunehmend geleast. Die beliebtesten Segmente im Leasing sind Pkw und Straßenbauausrüstung. MRK

KOMMENTAR

Abschiebedesaster

HERMANN MÜLLER

Wäre der Khalil El-Zein ein investigativer Journalist oder ein Polit-Aktivist, dann müsste man ihm zugestehen, dass er es versteht, haarsträubende Zustände an das Licht der Öffentlichkeit zu bringen. Tatsächlich ist der 35-Jährige aber bei Polizei und Justiz als Intensivstraf Täter bekannt, der im Bundeszentralregister mit zehn Strafurteilen vermerkt ist.

Die kriminelle Karriere führte schließlich dazu, dass El-Zein im März dieses Jahres in den Libanon abgeschoben wurde. Die Berliner Ausländerbehörde verhängte obendrein ein Einreiseverbot. Davon offenbar nicht beeindruckt, reiste El-Zein vermutlich bereits am 13. Oktober wieder illegal ein.

Am 21. Oktober ging der mit einem Einreiseverbot Belegte zum Ankunfts-zentrum für Flüchtlinge in Berlin-Tegel und stellte ein Asylgesuch. Vier Tage später erschien er dann samt Anwalt beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), um einen Asylantrag zu stellen. Der im Frühjahr Ausgewiesene erhielt daraufhin eine schriftliche Aufenthaltsgestattung.

Kein Einzelfall

Nach dem Termin wurde El-Zein zur Vorbereitung der Abschiebung festgenommen, einen Tag später war er jedoch wieder auf freiem Fuß. Ein Berei-chschaftsgericht hatte zwar befunden, es spreche einiges dafür, dass von El-Zein „eine erhebliche Gefahr für Leib und Leben Dritter“ ausgehe. Den Antrag auf Gewahrsam lehnte das Gericht jedoch ab. Der Asylantrag und damit die Ent-scheidung über eine Abschiebung habe Vorrang, so das Gericht.

Das BAMF hat den Asylantrag inzwischen als „unbegründet“ abgelehnt. Da-raufhin zerbrachen sich Innensenatorin, Bundespolizei, Landesamt für Flücht-lingsangelegenheiten, das BAMF und Berlins Landesamt für Einwanderung den Kopf, wie sie El-Zein „so schnell wie möglich“ wieder zurückgeführt werden kann. Doch der Clan-Angehörige erlöste Politik und Behörden davon, mühselig eine Lösung für ihn zu finden. Denn er stieg freiwillig am 4. November in einen Flieger in Richtung Türkei.

Der Umstand, dass El-Zein trotz Ab-schiebung und Einreiseverbot wieder in Deutschland auftauchte, ist ungeachtet des großen Medienechos kein Einzelfall.

Im Jahr 2023 wurden aus Deutschland etwas mehr als 17.000 ausreisepflichtige Ausländer abgeschoben. Mehr als 4000 von ihnen kamen allerdings wieder zu-rück. Bei einer ohnehin schon sehr nied-rigen Zahl von Abschiebungen von aus-reisepflichtigen Ausländern taucht da-mit fast jeder vierte Abgeschobene hier wieder auf. Mehr als die Hälfte dieser Rückkehrer war mit einer Wiedereinrei-sesperre belegt gewesen.

Worten folgten keine Taten

Im Zusammenhang mit dem Fall El-Zein hat Berlins Innenverwaltung auf Mängel bei der Neufassung des Aufenthaltsge-setzes im Jahr 2020 hingewiesen. Be-reits vor vier Jahren, als das neue Gesetz vorlag, hatte der ehemalige Berliner Staatsanwalt Roman Reusch gewarnt, einige der Regelungen seien zu ungenau formuliert, sie enthielten zu viel Ausle-gungsspielraum. Als Folge sei zu be-fürchten, dass die Entscheider in den Ausländerbehörden lieber gleich einen Aufenthalt bewilligen, als einen langen Streit und eine Schlappe vor einem Ver-waltungsgericht zu kassieren.

Angesichts der Flut von Asylent-scheidungen kommen die Verwaltungs-gerichte nicht mehr mit ihrer Arbeit hinterher. Am größten deutschen Ver-waltungsgericht, dem Verwaltungsge-richt Berlin, geht es mittlerweile in fast 65 Prozent der Verfahren um Asylrecht. Allein im vergangenen Jahr entschieden am Berliner Gericht 150 Richter über rund 6000 asylrechtliche Klagen oder Eilanträge. Im Schnitt dauern die Ver-fahren länger als ein Dreivierteljahr. Bundesweit sieht es bei vielen Verwal-tungsgerichten ähnlich aus.

Der Justiz ist dabei kein Vorwurf zu machen. Gefordert sind Bundes- und Landesregierungen und der Bundestag als Gesetzgeber. Diese müssen sich im Asyl- und Aufenthaltsrecht ein Versagen vorwerfen lassen, das mittlerweile seit Jahrzehnten andauert. Gerhard Schröder forderte bereits 1997: „Kriminelle Ausländer raus, und zwar schnell!“ Und Angela Merkel kündigte 2017 eine „nati-onale Kraftanstrengung“ zur Rückfüh-rung abgelehnter Asylbewerber an. Erst einige Monate alt ist der Ruf von Olaf Scholz nach einer „Abschiebeoffensive“. Werden solche Äußerungen nicht mit praxistauglichen Gesetzen unterfüttert, dann handelt es sich um bloße Ankündi-gungspolitik, um Phrasendrescherei.



Die Anhänger der Wokismus-Ideologie: Sind nur wenige, tun aber so, als ob sie sehr viele seien Foto: imago/Westend61

LEITARTIKEL

Williger Fake-Mainstream

JENS EICHLER

N och vor wenigen Monaten wurde der Kauf eines teuren Latte Macchiato oder eines Cappuccino bei der aus Seattle stammenden US-Kaffee-kette Starbucks zum gefühlten Umerziehungspro-gramm. Wer bis zum Besuch einer solchen Filiale nicht wusste, was unter „woke“ zu verstehen ist, der erfuhr es hier umso deutlicher. Immer mehr Filialen machten aus einer Damen- und einer Herrentoilette ein „One-for-all“-WC. Regenbogenfahnen wehten an den Decken und vor dem Eingang. Grund dafür? Die Ansage des links-woken CEO Howard Schultz: „Woke is en vogue, it’s mainstream!“

Von wegen! Die weltweite Mehrheit ist weit abseits der LGBTQIA+ Gemeinde zu finden. Nicht jeder ist „L“, „G“ und „B“ oder sexuell anders orientiert. Die meis-ten ticken ganz normal und sind damit der reale mehrheitliche Mainstream. Kein Wunder, dass Starbucks die Kunden da-vonliefen und der Umsatz einbrach. Wer seine Stammkundschaft vergrault, darf sich über sinkende Zahlen nicht wundern.

Woke ist eben nicht der Geschmack der Mehrheit, sondern eine Ideologie von we-nigen, um die ein lauter, meist medialer Hype gemacht wird. Ein gemachter, ge-steuerter Mainstream, der tückisch ist.

„More hope without woke“, heißt es jetzt bei vielen Starbucks-Mitarbeitern

Das hat auch Starbucks erkannt und mittlerweile einen neuen CEO installiert. Seit wenigen Wochen führt Brian Niccol statt Schultz die Geschäfte. Und schon wabert eine neue Losung durch das Kaf-feeunternehmen wie der smarte Duft der Erkenntnis „More hope without woke“.

Wie gefährlich es ist, auf einen künst-lich erzeugten Zeitgeist zu setzen, erfährt gerade der einst größte Autobauer der

Welt VW. Ex-Vorstandsvorsitzender Her-bert Diess wollte im nahezu vorausseilen-den Gehorsam den Grünen und gleich der ganzen Schulschwänzer-Bewegung „Fri-days for Future“ die angebliche Mobilität von Morgen schon heute präsentieren, in-dem er auf Elektro-Autos setzte.

„E-Autos sind der Trend!“, schwadro-nierte er und wehte dabei brav die grüne Fahne. Leider ignorierte er einen wesent-lichen Faktor: die VW-Kunden. Wer Autos für Kunden baut, die diese Autos nicht wollen, macht auch keine Geschäfte mehr. E-Mobilität ist ein Hirnespinst der grü-nen Politik und der Klima-Hysteriker. Kaum ein Kunde hat bis heute je von sich aus nach einem Stromer gefragt – Tesla-Fans einmal ausgenommen. Dennoch sol-len sie nun E-Autos kaufen. Gegen ihren Willen, weil’s angeblich modern ist. Ist es eben nicht! Es ist ein mediales Spektakel, ein Rohrkrepiierer der Marketingindust-rie. Das gestand jetzt auch Diess ein: „Mit dem Verbrenner kann VW noch lange gu-te Geschäfte machen!“, sagte er gegen-über der „Wirtschaftswoche“. Ach, schau mal an, was plötzlich Trend ist, wenn Mainstream sich als Fake entpuppt.

PORTRÄT

Geld regiert Georgien

Wenn eine aus westlicher Sicht falsche Partei eine Wahl dominiert, ist sogleich von Wahlfälschung die Rede. Das war in Moldau so lange der Fall, wie die Russ-land-nahe Opposition bei den Präsident-schaftswahlen vorne lag, bis sich am Ende die EU-freundliche Staatschefin Maia Sandu knapp behaupten konnte. Und das war auch eine Woche zuvor bei den Parla-mentswahlen von Georgien der Fall, wo die Russland-freundliche Partei Georgi-scher Traum eine deutliche Stimmen-mehrheit erzielt hatte (siehe Seite 6).

Wahlen in einer ehemaligen Sowjetre-publik laden aufgrund historischer Erfah-rungen immer zu Spekulation ein. In Ge-orgien kommt hinzu, dass mit Bidsina Iwanischwili beim Georgischen Traum jemand die Fäden zieht, dem man ohne Weiteres zutrauen kann, Wählerstimmen gekauft zu haben. Es wären „Peanuts“ für ihn gewesen, denn mit einem vom US-

Wirtschaftsmagazin „Forbes“ für 2023 ge-schätzten Vermögen von knapp fünf Mil-liarden US-Dollar ist Iwanischwili der reichste Georgier. Zu Reichtum gelangte der 1956 geborene Oligarch nach dem Zu-sammenbruch des Sowjetimperiums, als er von seinen Gewinnen aus dem Handel mit Computern und Telekommunikati-onsmitteln in das damals privatisierte Banken- und Rohstoffgeschäft einstieg.



Wahlsieger: Bidsina Iwanischwili

Nach der Rosenrevolution von 2003 und der Entmachtung Eduard Scheward-nades finanzierte er die Reformen unter Micheil Saakaschwili. Neun Jahre später wagte Iwanischwili den Schritt heraus aus dem Schatten als Strippenzieher der Poli-tik und war ein Jahr lang Premierminister, nachdem sein kurz zuvor gegründetes Bündnis Georgischer Traum die absolute Mehrheit erzielt hatte. Von Wahlfäl-schung war damals noch keine Rede.

Inzwischen zieht er als Ehrenvorsit-zender der Partei wieder im Hintergrund die Fäden. Das „Gesetz gegen ausländi-sche Agenten“, das seine Parteimarionet-te und jetziger Premierminister Irakli Ko-bachidse gegen die massenhaften Protes-te im Mai durchgesetzt hatte, dürfte mit auf seine Initiative entstanden sein. So sichert man sein Vermögen ab – und wen-det sich, anders als Moldau, dauerhaft von EU-Einflussnahmen ab.

H. Tews

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Chef vom Dienst: Jens Eichler; Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbriefe: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ru-off; Buchseite, Ostpreußen heute: Manuela Rosen-thal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schurt; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V.,
Anschrift von Verlag und Redaktion: Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. ISSN 0947-9597.

Die Preußische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der Preußischen Allgemeinen Zeitung (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbebotschaften der von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Juli 2024: Inland 18 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwert-

steuer, Ausland 20,50 Euro, Luftpost 24,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 4,40 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 34.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht haftet.

Telefon	(040) 4140 08-0
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion/Anzeigen	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Vertrieb	(040) 4140 08-51

Internet: www.paz.de

E-Mail: redaktion@paz.de
anzeigen@paz.de
vertrieb@paz.de

Landsmannschaft Ostpreußen: www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle: info@ostpreussen.de

Der Philosoph auf dem Kaiserthron

In Trier wird eine große Ausstellung über Marc Aurel vorbereitet – Der römische Kaiser war ein Vorbild auch für Friedrich den Großen

VON VEIT-MARIO THIEDE

In der alten Römerstadt Trier haben großartige kulturhistorische Ausstellungen Tradition. Sie waren den Kaisern Konstantin und Nero sowie dem Untergang Roms gewidmet. Nun bereitet Marcus Reuter, Direktor des Rheinischen Landesmuseums Trier, die Landesausstellung „Marc Aurel. Kaiser. Feldherr. Philosoph“ vor. Das von Viola Skiba geleitete Stadtmuseum Simeonstift schließt sich mit der Schau „Was ist gute Herrschaft?“ an. Insgesamt werden in den beiden am 15. Juni kommenden Jahres startenden Ausstellungen 380 Exponate aus den eigenen Sammlungen und von 85 internationalen Leihgebern präsentiert.

Reuter kündigt an, dass Marc Aurels Leben nacherzählt und mit dem Zeitgeschehen verknüpft wird. Am 26. April 121 in Rom geboren, wurde er anno 138 von Kaiser Antonius Pius adoptiert und trat nach dessen Tod 161 die Nachfolge an. Zum gleichberechtigten Mitkaiser erhob er seinen Adoptivbruder Lucius Verus, der jedoch schon 169 starb.

Die Regierungszeit Marc Aurels war überschattet von Kriegen und Katastrophen wie Hochwasser und Pest. Im Osten des römischen Reiches machten die Parther die Grenzen unsicher. Kaum waren die besiegt, begannen im Donauraum die Kämpfe gegen die Markomannen und andere „Barbarenvölker“. Die letzten zwölf Jahre seines Lebens, das am 17. März 180 endete, verbrachte Marc Aurel überwiegend im Feldlager. Er war der letzte in der Reihe der Adoptivkaiser. Reuter weist darauf hin, dass sie nur mangels eigener Söhne zum Notmittel der Adoption ge-griffen hatten. Bei Marc Aurel war das anders. Mit seiner Gattin Faustina hatte er 13 Kinder. Zu seinem Mitregenten und Nachfolger ernannte er seinen Sohn Commodus, der jedoch 192 wegen seiner Willkürherrschaft ermordet wurde.

Nachruhm hielt Marc Aurel für „völlig nichtig“, wie er in seinen im Feldlager ver-



Größtes Exponat der Landesausstellung: Die mit preußischer Hilfe zum römischen Stadttor rückgebaute Porta Nigra von Trier

fassten „Selbstbetrachtungen“ darlegte. Und doch ist er ihm in hohem Maße zuteilgeworden. Dazu tragen nicht zuletzt zwei in Rom erhalten gebliebene Kunstwerke bei: sein überlebensgroßes Reiterstandbild aus Bronze, das Vorbild für viele nachfolgende Reiterdenkmäler geworden ist, sowie die zu seiner Ehre vom römischen Senat errichtete Marc-Aurel-Säule. Sie zeigt in 114 Szenen die äußerst grausam geführten Markomannenkriege.

In Trier wird eine Kopie der Säule ausgestellt. Der Kaiser hat darauf 62 Auftritte. Zum Beispiel opfert er den Göttern, empfängt Gesandte und begutachtet die abgeschlagenen Köpfe von Feinden. Der wahre Marc Aurel scheint jedoch nicht so hartgesotten gewesen zu sein wie der auf

der Säule dargestellte. Als ihm das Haupt des Usurpators Avidius Cassius übersandt wurde, wollte er es sich nicht ansehen, sondern ließ es bestatten.

Ein Aurel-Bewunderer aus Preußen

Es grenzt an ein Wunder, dass die „Selbstbetrachtungen“, die Marc Aurel nur für sich allein geschrieben hatte, auf uns gekommen sind. Die erste Druckauflage erschien 1599 in Zürich. Der mächtigste Mann des römischen Reiches, nicht nur Kaiser, sondern auch oberster Priester und oberster Richter, ermahnt sich in seinen „Selbstbetrachtungen“ zu Besonnenheit und Vernunft, Gelassenheit und innerer Ruhe. Kein Hass, kein Neid, sondern Wohlwollen und Nachsicht sollen ihn

leiten, sein Denken und Handeln der Gemeinschaft nützen.

In Spätantike und Mittelalter war Marc Aurel verehrt und verrufen. Kirchenvater Augustinus (354–430) nannte ihn einen der zehn römischen Kaiser, die Christen verfolgen ließen. In der um 400 von einem anonymen Autor verfassten „Historia Augusta“ wird Marc Aurel als Philosoph auf dem Kaiserthron beschrieben, dessen Eigenschaften Mäßigung, Gleichmut, Selbstbeherrschung und Verantwortungsbewusstsein gewesen seien.

In der Neuzeit setzt seine Verklärung zum idealen Herrscher ein. Zu seinen Verehrern gehörte Friedrich der Große. In seinem Werk „Anti-Machiavell“ (1740) heißt es: „Marc Aurel, einer der größten

Kaiser Roms, vereinte Feldherrnglück mit der Weisheit des Philosophen.“ Sein Briefpartner Voltaire wiederum bezeichnete Friedrich als Preußens Marc Aurel.

Das größte Exponat der Landesausstellung ist knapp 36 Meter lang und fast 30 Meter hoch. Es besteht aus etwa 7200 Sandsteinquadern, die bis zu sechs Tonnen schwer sind. Es handelt sich um Triers Wahrzeichen: die zur Regierungszeit Marc Aurels erbaute Porta Nigra. Das am besten erhaltene römische Stadttor nördlich der Alpen hat nur überdauert, weil der Einsiedler Simeon eingezogen war. Er starb dort 1035 und wurde noch im selben Jahr auf Betreiben des Trierer Erzbischofs Poppo vom Papst heiliggesprochen. Daraufhin ließ Poppo Stiftsgebäude errichten und das Stadttor zur Doppelkirche ausbauen. In der Oberkirche feierten die Stiftsangehörigen Gottesdienst, in jener darunter die einfache Bevölkerung. Napoleon besuchte 1804 Trier und befahl den Rückbau der Simeonkirche zum römischen Stadttor. Unter preußischer Verwaltung fand der Rückbau 1816/17 seinen Abschluss.

Neben der Porta Nigra steht das Stadtmuseum Simeonstift, in dem im kommenden Jahr der Frage nachgegangen wird: „Was ist gute Herrschaft?“ Die Antwort kannte schon Aristoteles (384–322 v. Chr.): Es ist die zum Nutzen aller ausgeübte Herrschaft. Anhand von Kunstwerken, Fotografien, Filmen und Büchern veranschaulicht die Ausstellung die Entwicklung des Verständnisses von guter Herrschaft bis in unsere Tage. Als die französische Dichterin Christine de Pizan in „Das Buch von der Stadt der Frauen“ (1405) forderte, die Frauen sollten die gleichen Rechte wie Männer haben, war das noch Utopie. In der Abteilung „Das Volk als Souverän“ wird Gottfried Leglers Gemälde „Wir sind das Volk“ (1990) gezeigt. Der Rundgang wird mit einem Auf-ruf enden: „Demokratie schützen.“

● www.marc-aurel-trier.de

AUSSTELLUNG

Magersüchtige Kunst

Surrealistische Entdeckungen im Max-Ernst-Museum in Brühl – Die langen Dürren des Alberto Giacometti

Kennen Sie diesen alten Bibel-Witz? Fragt einer, ob es im Neuen Testament Hinweise auf eine Freundin von Jesus gibt. Ja, sagt der andere, an einer Stelle steht geschrieben, dass Jesus in die Wüste zog und ihm eine lange Dürre folgte.

Doch Spaß beiseite – im Max-Ernst-Museum in Brühl geht es aktuell wirklich um die langen Dürren. Genauer gesagt: um lange, dünne Gestalten. Die sind quasi das „Markenzeichen“ des Schweizer Bildhauers und Malers Alberto Giacometti (1901–1966).

Manche haben diese seltsam anmutenden, in die (Über-)Länge gezogenen, filigranen menschlichen Körper als Bronzeskulpturen wahrscheinlich schon mal gesehen, entweder auf Fotos oder im Museum, aber wohl kaum im realen Leben. Denn es sind unwirkliche, in gewisser Weise auch surreale Formgestaltungen des Schweizer Künstlers.

Giacometti schuf diese ihn kennzeichnenden hageren Skulpturen in den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg. „Es war die Suche nach Körperlichkeit, nach wesent-

lichen und essentiellen Formen“, sagt Friederike Voßkamp, Kuratorin der Brühler Ausstellung „Alberto Giacometti – Surrealistische Entdeckungen“.

In den 1920er und 1930er Jahren waren es allerdings noch die „bauchigen Formen“, so Voßkamp, die Giacomettis Skulpturen kennzeichneten. Dazu gehören Werke wie etwa „Femme Cuillere“ (Löffelfrau) von 1927 oder „Le Couple“ (Das Paar) von 1926.

Schon 1930 schaffte der junge Künstler die Aufnahme in die handverlesene Gruppe der Surrealisten um André Breton und Salvador Dalí. Ihnen gefiel besonders die – auch eher bauchige – Skulptur „Boule Suspendue“ (Schwebende Kugel), in der sie surreale Kriterien wie Spielerei mit Formen, unbewusste Anspielungen und Mehrdeutigkeit erfüllt sahen. Im Jahr 1935 verließ Giacometti allerdings die recht elitär auftretende Künstlergruppe.

Zu den Surrealisten gehörte auch der aus Brühl bei Köln stammende Bildhauer Max Ernst (1891–1976). Er hatte ein Atelier in Paris, nicht weit weg von Giacom-



Giacometti: „Büste eines Mannes“, 1961

mettis Werkstatt. Die beiden lernten sich 1929 kennen und schätzen. Der freundschaftliche Kontakt blieb bis zu Giacomettis Tod im Januar 1966 bestehen.

Die Fondation Giacometti in Paris, die den künstlerischen Nachlass verwaltet, hat 70 Skulpturen, Gemälde und Zeichnungen nach Brühl gebracht. Werke von Max Ernst ergänzen die Ausstellung und zeigen die enge künstlerische Verbindung der beiden Zeitgenossen. Der aus Graubünden stammende Giacometti und der Rheinländer Ernst – beide aus dem deutschsprachigen Raum – haben sich Briefe auf Französisch geschrieben. Ob sie sich auf Deutsch unterhalten haben, ist unter Kunsthistorikern eine offene Frage. „Vermutlich ja“, sagt Voßkamp, „aber Belege wie Tonbandaufnahmen haben wir dafür nicht.“ *Siegfried Schmidtke*

● Bis 15. Januar im Max Ernst Museum Brühl des LVR, Comesstraße 42, 50321 Brühl, geöffnet täglich außer montags von 11 bis 18 Uhr, Eintritt: 13 Euro, Katalog: 39 Euro. www.maxernstmuseum.lvr.de

MELDUNGEN

Fotos aus dem Sperrgebiet

Potsdam – In der Ausstellung „Geheimen Land“ mit Fotografien von Anne Heinlein zeigt der Kunstraum Potsdam in der Schiffbauergasse 6 vom 9. November bis 15. Dezember einen fotografischen Blick in die Vergangenheit und Gegenwart ehemaliger militärischer Sperrgebiete der DDR. Internet: www.kunstraumpotsdam.de *tws*

Transfer und Transformation

Berlin – Der Hamburger Bahnhof – Nationalgalerie der Gegenwart in der Invalidenstraße 50–51 zeigt vom 8. November bis 4. Mai 2025 die architektonische Installation „Wertewirtschaft“ der Berliner Künstlerin Andrea Pichl. Thema ist der ökonomische Transfer zwischen West- und Mitteldeutschland sowie die Transformation nach 1989. Internet: www.smb.museum *tws*

„DER DOPPELSTAAT“

Ernst Fraenkels Analyse einer Diktatur

Ernst Fraenkel war Jude, und in sein Leben von 1898 bis 1975 fiel die NS-Zeit. Folglich stand er dem NS-Staat negativ gegenüber. Fraenkel war darüber hinaus auch Rechtswissenschaftler. 1921 legte der gebürtige Kölner sein Erstes Staatsexamen ab, 1923 promovierte er und 1925 bestand er das Zweite Staatsexamen. Insofern verwundert es nicht, dass er das Dritte Reich aus rechtswissenschaftlicher Sicht beschrieb, analysierte und kritisierte.

Fraenkel hatte sich 1916 als Kriegsfreiwilliger gemeldet und war 1918 durch eine Handgranate an der Front schwer verletzt worden. Deshalb kam er in den Genuss des Frontkämpferprivilegs. Das bedeutete, dass er seinen Rechtsanwaltsberuf im Dritten Reich vorerst weiter ausüben und damit „aus der Innenansicht die Strukturen dieses Staatsgebildes ... beleuchten“ konnte, um es mit Worten seiner Biographin Simone Ladwig-Winters zu sagen. Das Ergebnis veröffentlichte er bereits 1937 unter Pseudonym in einem Aufsatz in der Exilzeitschrift „Sozialistische Warte. Blätter für kritisch-aktiven Sozialismus“. In „Das Dritte Reich als Doppelstaat“, so der Aufsatztitel, benutzte er bereits die für seine Interpretation des Dritten Reiches signifikante Differenzierung zwischen „Normenstaat“ und „Maßnahmenstaat“. In dieser Zeit entstand das Manuskript zum Buch „Der Doppelstaat“.

Fraenkel nutzte sein Privileg, weiter als Rechtsanwalt tätig sein zu können, nicht nur zur Analyse des NS-Rechtssystems von innen, sondern auch zur Verteidigung von Systemgegnern. Dadurch geriet er ins Fadenkreuz der Gestapo. Nach einer entsprechenden Warnung entzog er sich einer drohenden Verhaftung durch die Flucht über England in die USA. Das Buchmanuskript gelangte in französischem Diplomatengepäck aus Deutschland hinaus in Sicherheit.

In den USA überarbeitete Fraenkel das Manuskript. Wenige Monate nach seiner Ausbürgerung im Juni 1940 veröffentlichte der nunmehr Staatenlose das Werk in seinem Exiland in dessen Sprache unter dem Titel „The Dual State“. Danach beriet er die USA, wie ein besetztes Deutschland nach Kriegsende zu behandeln sei, und wurde im August 1944 US-Bürger.

Als der Krieg dann zu Ende war, wollte er eigentlich weder die nun bestehende Möglichkeit nutzen, in das Land zurückzukehren, in dem es Juden wie ihm so schlecht ergangen war, noch sich weiter mit dem Dritten Reich beschäftigen, das nun Geschichte war. Schließlich kehrte er jedoch nicht nur 1951 nach Deutschland zurück, sondern wirkte auch an einer deutschsprachigen Fassung von „The Dual State“ mit. Deren Veröffentlichung erfolgte im Dezember 1974 durch die Europäische Verlagsanstalt.

Nun setzte wie zuvor in den USA bei der Veröffentlichung der englischsprachigen Fassung auch in Deutschland eine rege wissenschaftliche Auseinandersetzung mit Fraenkels These ein. Dabei gingen wie die Rechtswissenschaftlerin Heidrun Budde auch andere Wissenschaftler, etwa der Historiker am Institut für Zeitgeschichte Jürgen Zarusky, dessen Bochumer Kollege Stefan Plaggenborg oder die Politologin Gesine Schwan, der Frage nach, inwieweit Fraenkels Beschreibung auf stalinistische Staaten wie die UdSSR oder die DDR zutrifft. *Manuel Ruoff*



Nach der ersten und während der zweiten deutschen Diktatur: Ernst Fraenkel im Jahr 1963

Foto: ullstein bild

DDR

Sowohl „Normenstaat“ als auch „Maßnahmenstaat“

Ernst Fraenkels vor 50 Jahren schließlich auch in deutscher Übersetzung erschienenenes Standardwerk „Der Doppelstaat“ beschreibt nicht nur Deutschlands erste Diktatur, sondern zu großen Teilen auch dessen zweite

VON HEIDRUN BUDDE

Der deutsch-amerikanische Jurist und Politikwissenschaftler Ernst Fraenkel hinterließ uns mit seiner erstmals um die Jahreswende 1940/41 in den Vereinigten Staaten von Amerika unter dem Titel „The Dual State“ (Der Doppelstaat) erschienenen Studie über das Dritte Reich ein theoretisches Denkmodell, das helfen kann, die politische Grundstruktur des SED-Staates zu erfassen, ohne eine Gleichsetzung der Systeme vorzunehmen. Fraenkel unterschied im Nationalsozialismus zwischen dem die Gesetze achtenden „Normenstaat“ und einem nur dem politischen Willen verpflichteten „Maßnahmenstaat“. Er zeigt an unterschiedlichen Beispielen auf, dass jeder Lebenssachverhalt in die Kategorie „politisch“ kommen konnte und damit dem „Normenstaat“ entzogen wurde.

So verweist er auf die Verweigerung, einem emigrierten jüdischen Rechtsanwalt eine Geburtsurkunde auszustellen, obwohl das Gesetz über die Beurkundungen des Personenstands die Standesbeamten dazu verpflichtete. Er schreibt: „Daß allerdings unter den damaligen Verhältnissen die Versagung einer Geburtsurkunde für einen jüdischen Emigranten eine Frage von Leben und Tod werden konnte, weil ohne Geburtsurkunde kein Personalausweis zu erlangen war, macht sie in den Augen derjenigen zu einem ‚politischen‘ Problem, für die sich ‚Politik‘ im Freund-Feind-Verhältnis erschöpft.“

Auch in der DDR war die Ausstellung einer Geburtsurkunde ein völlig unpolitischer Vorgang. Die Bürger hatten ein Recht auf eine Ausstellung. Doch alles war

bei geflohenen Deutschen anders, ohne dass jemand die politische Willkür nachlesen konnte. In der Ordnung Nr. 110/76 vom 12. April 1976 des Innenministers wurde der Urkundenverkehr mit Staaten geregelt, die keine diplomatischen oder konsularischen Beziehungen zur DDR hatten. Wurden von dort Geburtsurkunden für die geflohenen Deutschen angefordert, so konnte das erfolglos sein: „Eine Bearbeitung der Ersuchen hat nicht zu erfolgen, wenn im Anforderungsschreiben diskriminierende Staats-, Orts- oder Funktionsbezeichnungen enthalten sind, der Verwendungszweck der Urkunde nicht angegeben ist oder der Verwendungszweck gegen die Interessen der DDR gerichtet ist.“ Die SED-Funktionäre praktizierten ein ähnliches „Freund-Feind-Verhältnis“. Sie konterkarierten mit den heimlich praktizierten Maßnahmen das Recht.

Verweigerung von Geburtsurkunden

Wer intensiv in den einstmals geheim gehaltenen Vorschriften der SED-Funktionäre forscht, erkennt verblüffende Ähnlichkeiten mit dem Nationalsozialismus. Ein politisches System, das den „Antifaschismus“ zur „Staatsreligion“ erklärte,

„Oh Herr, gib uns
das Fünfte Reich
– das Vierte ist dem
Dritten gleich!

Flüsterwitz in der DDR

kopierte ohne Skrupel Vorschriften aus dem Vorgänger-Sozialismus, allerdings immer streng geheim.

Am 14. Juli 1933 wurde das „Gesetz über den Widerruf von Einbürgerungen und die Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit“ in Kraft gesetzt. Darin ist unter Paragraph 2 zu lesen: „Reichsangehörige, die sich im Ausland aufhalten, können der deutschen Staatsangehörigkeit für verlustig erklärt werden, sofern sie durch ein Verhalten, das gegen die Pflicht zur Treue gegen Reich und Volk verstößt, die deutschen Belange geschädigt haben.“

20 Jahre nach Ende des NS-Regimes, am 30. Dezember 1965, erließ Innenminister Friedrich Dickel die Dienstvorschrift IX/12 über die Aufnahme und Kontrolle von Rückkehrern und Zuziehenden sowie über die Eingliederung in das gesellschaftliche Leben als „Vertrauliche Verschlußsache B 3/1-55/65“ mit ähnlichem Inhalt: „Die Staatsbürgerschaft der Deutschen Demokratischen Republik kann Rückkehrern ... aberkannt werden, wenn grobe Verletzungen der staatsbürgerlichen Pflichten vorliegen, insbesondere: ... wenn er während seines Aufenthaltes außerhalb der Deutschen Demokratischen Republik – durch seine Handlungen die Deutsche Demokratische Republik schädigte oder ihre Sicherheit oder Interessen gefährdete; – in der Öffentlichkeit als Gegner gegen die Arbeiter-und-Bauern-Macht, gegen ihre Organe oder gegen gesellschaftliche Organisationen hetzte oder Tätlichkeiten begangen hat.“

Staatsangehörigkeitsaberkennung

Diese Verfahrensweise konnten sie 1965 nicht öffentlich machen, denn viele hät-

ten sich noch an die dunkle Zeit davor erinnern. Der intern gewählte Wortlaut widersprach der offiziellen Rechtslage, denn die „DDR-Staatsbürgerschaft“ wurde erst am 20. Februar 1967 mit einem zweifelhaften Gesetz geschaffen. Intern spielten solche juristischen Fragen allerdings keine Rolle. Dickel führte in seiner geheimen Vorschrift von 1965 einen weiteren Grund für die Aberkennung der Staatsbürgerschaft auf, der sehr an den Nationalsozialismus erinnert: „Schädlingstätigkeit“. Am 15. Juli 1933 titelte der „Niederdeutsche Beobachter“ in der Schlagzeile: „Großtag der Regierungsarbeit. Das Ende des Parteienstaates gesetzlich verankert – keine Staatsangehörigkeit mehr für Landesverräter und eingewanderte Volksschädlinge“.

Die SED-Funktionäre kopierten Verfahrensweisen aus der NS-Zeit und stellten sich in der Öffentlichkeit ganz anders dar, denn am 18. Februar 1965 erließ Dickel gemeinsam mit dem damaligen Vorsitzenden des Ministerrates Willi Stoph eine „Verordnung über die Eingliederung in das gesellschaftliche Leben von Bürgern der Deutschen Demokratischen Republik, die vorübergehend ihren Wohnsitz außerhalb der Deutschen Demokratischen Republik hatten“. Hier findet sich kein Wort von den zahlreichen, streng geheim geregelten Abweisungsgründen und der angeordneten mündlichen Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit. Sie suggerierten der Öffentlichkeit, dass jeder Rückkehrer willkommen war. Wörtlich: „Damit diese Bürger im sozialistischen deutschen Staat schnell Anschluß an das gesellschaftliche Leben finden, ist ihnen Hilfe und Unterstützung zu gewähren.“ Es war das perfekt organisierte „Doppelgesicht“.

Einordnung als „Asoziale“

Diese zwiespältige Vorgehensweise findet man auch an anderer Stelle. Am 1. April 1975 wurde beispielsweise eine „Verordnung über die Aufgaben der örtlichen Räte und Betriebe bei der Erziehung kriminell gefährdeter Bürger“ in Kraft gesetzt. Nach dieser Rechtsvorschrift waren Personen zu erfassen, die zur „Asozialität“ neigten und durch „arbeitsscheues Verhalten“ und „ständigen Alkoholmissbrauch“ auffielen. Politische Gründe waren nicht zu lesen. Doch bereits fünf Jahre früher, am 22. Oktober 1970, erließ Innenminister Dickel die Dienstvorschrift Nr. 31/70 „über Kontrolle von Personen durch die Deutsche Volkspolizei und das Organ Strafvollzug des Ministeriums des Innern“ als „Vertrauliche Verschlußsache I 020 291“. Unter Punkt 6 heißt es: „Es sind auch solche Bürger als kriminell gefährdete Personen unter Kontrolle zu stellen, bei denen Anträge zur Übersiedlung nach Westdeutschland, Westberlin oder nichtsozialistische Staaten abgelehnt wurden und bei denen Hinweise vorliegen, daß sie sich mit dieser Entscheidung nicht abfinden werden.“

Diese Anweisung erfolgte außerhalb der Rechtsvorschriften und war reine politische Willkür. Erfolgreiche Ausreiseträger ins westliche Ausland, die nicht einmal eine Begründung der Entscheidung bekamen und auch keinen Rechtsschutz hatten, wurden „kriminell gefährdeten Bürgern“ gleichgestellt und damit in die Nähe der „Asozialität“ gerückt. Eine ähnlich willkürliche Einordnung von Deutschen als „Asoziale“ gab es im Nationalsozialismus.

Die Analyse des „Maßnahmenstaates“ in der DDR ist mühsam, denn nichts war öffentlich. Die politische Willkür wurde streng geheim und oft nur mündlich angewiesen, damit niemand den Beweis erbringen kann. Dennoch zeigen diese ersten Ergebnisse, dass weitere Nachforschungen unbedingt notwendig sind. Es ist falsch, solche vergleichenden Betrachtungen zu tabuisieren. Erst, wenn der ganze Umfang des „Maßnahmenstaates“ aufgedeckt wurde, zeigt sich das wahre Gesicht hinter der Fassade des SED-Staates.

HOHENZOLLERN

Der Paukenschlag von Charlottenburg

Der preußische König Friedrich Wilhelm III. ging vor 200 Jahren eine morganatische Ehe mit Auguste Gräfin von Harrach ein

VON BERNHARD KNAPSTEIN

Als König Friedrich Wilhelm III. von Preußen am 9. November 1824 Auguste Gräfin von Harrach ehelichte, kam dies einem gewaltigen Paukenschlag gleich. Der verwitwete Monarch hatte es gewagt, eine Frau aus niederem Adel zu ehelichen – noch dazu eine 30 Jahre jüngere Katholikin. Die Charlottenburger Hochzeit von vor 200 Jahren wurde daher zunächst geheim gehalten. Doch nicht lange, denn die in der Charlottenburger Schlosskapelle gestiftete Ehe sprach sich schnell rum. Diplomat Karl August Vornagen notierte nur zwei Tage darauf: „Unser König hat sich vorgestern verheiratet. Wie ein Donner Schlag traf die Nachricht unter die Leute, und die meisten verweigerten ihr allen Glauben.“ Es war, als sei die früh gestorbene und im Volk idealisierte Königin Louise beiseitegeschoben worden. Zwar erwarb sich die Fürstin von Liegnitz und Gräfin von Hohenzollern, zu welcher der König seine zweite Ehefrau erhob, in seiner Familie mit der Zeit einigen Respekt, doch als der König im Juni 1840 starb, durfte seine Gattin, die ihn in seinen letzten Monaten gepflegt hatte, aus protokol larischen Gründen an der Trauerfeier im Berliner Dom nicht teilnehmen.

Eine nicht ebenbürtige Ehe ist in Teilen des Hochadels bis heute nur als sogenannte morganatische Ehe, auch Ehe zur linken Hand genannt, möglich. Der Begriff morganatisch stammt aus dem lateinischen „Matrimonium ad morganaticam“, Ehe auf bloße Morgengabe.

Keine Ehe auf Augenhöhe

Eine morganatische Ehe war vor Friedrich Wilhelm III. bereits dessen Vater und Vorgänger Friedrich Wilhelm II. eingegangen. Der hatte nach geschiedener erster Ehe mit der Welfin Elisabeth von Braun-



Die vor 200 Jahren geschlossene Ehe währte bis zu seinem Tod: Auguste von Harrach am Totenbett Friedrich Wilhelms III.

schweig-Wolfenbüttel, die zur Enttäuschung Friedrichs des Großen nur einer Tochter das Leben schenkte, Friederike von Hessen-Darmstadt geehelicht. Zwar war die Ehe formal ebenbürtig, und aus ihr ging mit dem späteren Friedrich Wilhelm III. ein Thronfolger hervor. Doch noch im ersten Ehejahr nahm der König sich Wilhelmine Encke zur ersten Mätresse. Der König lebte seine Bedürfnisse aus. 1787 nahm sich Friedrich Wilhelm II. Julie von Voß – mit Zustimmung seiner Ehe-

frau – in morganatischer Ehe zur Zweitfrau. Doch die zur Gräfin Ingenheim erhobene Zweitfrau starb bereits nach zwei Jahren. Kurz darauf, 1790, ehelichte Friedrich Wilhelm II. in morganatischer Ehe die Gräfin Sophie von Dönhoff. Die war eine starke Frau, mischte sich in die Politik ein und bemühte sich, wenn auch erfolglos, den Einfluss Wilhelmine Enckes zu schwächen.

Aus den Ehen des Königs gingen 14 Kinder hervor. Weitere sechs Kinder

gebar ihm seine Mätresse Wilhelmine Gräfin von Lichtenau, geborene Encke.

Die morganatische Ehe war von den Kirchen anerkannt und schützte letzten Endes die Familie des Monarchen vor Forderungen seitens der Nachkommenschaft aus der unebenbürtigen Ehe. Den Nichtgewollten blieb der Weg nach ganz oben damit versagt.

Bis heute müssen die Hohenzollern das Hausrecht achten. Der aktuelle Chef des Hauses, Georg Friedrich Prinz von

Preußen, ist mit Prinzessin Sophie von Isenburg verheiratet. Das Fürstenhaus Isenburg geht bis ins 10. Jahrhundert zurück und gehörte zeitweilig dem Reichsfürstenrat an. Die Ehe des Hohenzollern mit der Isenburg-Prinzessin gilt daher als ebenbürtig. Das brandenburgisch-preußische Hausgesetz der Hohenzollern ist zwar, wie auch das Bundesverfassungsgericht aufgrund einer Klage eines Hohenzollern 2004 entschieden hat, in staatsrechtlicher Hinsicht bedeutungslos und verstößt gegen die Eheschließungsfreiheit. Allerdings besteht erb- und vertragsrechtliche Testierfreiheit, und damit kann das Hausrecht bezüglich des Familienvermögens de facto in die Zukunft weitergetragen werden.

Verbürgerlichung von Monarchien

Im Gegensatz zum Hohenzollernchef Georg Friedrich sind Felipe VI. von Spanien, Frederik X. von Dänemark, Carl XVI. Gustaf von Schweden und seine Tochter Kronprinzessin Victoria, Harald V. von Norwegen und sein Sohn Kronprinz Haakon, Charles III. von Großbritannien und Nordirland sowie sein Sohn, der Prince of Wales William, Fürst Albert II. von Monaco und Willem-Alexander der Niederlande Monarchen oder designierte Monarchen oder herrschenden Familien und – wie man früher sagte – unebenbürtig verheiratet mit Nichtangehörigen des Hochadels. Alle Genannten haben einen bürgerlichen Partner geehelicht. Die Mehrheit dieser Partner schillert durch ihre besondere Volksnähe. Die Königshäuser, die diese Persönlichkeiten vertreten, haben die Monarchie mit dem Bürgertum befriedet, vielleicht sogar die Monarchien dem Druck republikanischer Kräfte, die jedem Standesdünkel misstrauen, entzogen. Diese Ehen belegen, dass die morganatische Ehe, wo sie denn noch gepflegt wird, eher ein letztes Relikt der Vergangenheit darstellt.

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

Adenauers Nachfolger als Fraktionschef und Außenminister

Der Tod beendete vor 60 Jahren die politische Karriere des Heinrich von Brentano di Tremezzo

Wie Walter Ulbricht in der Ostzone prägte Konrad Adenauer in den Westzonen die ersten Nachkriegsjahrzehnte. Nach der Gründung der Bundesrepublik und der ersten Bundestagswahl wurde er am 1. September der erste Vorsitzende der größten Bundestagsfraktion. Zwei Wochen später wählte ihn der Bundestag zum ersten Bundeskanzler. Entsprechend dem Ideal der Gewaltenteilung gab er den Fraktionsvorsitz auf. Aber dafür wurde der Kanzler 1951 zusätzlich der erste Bundesaußenminister. Erst als er 1955 die Westbindung mit den Pariser Verträgen einschließlich NATO-Beitritt im Groben abgeschlossen hatte, verzichtete er auf das Außenministerium.

Adenauers direkter Nachfolger sowohl als Chef der CDU/CSU-Bundestagsfraktion als auch als Bundesaußenminister war ein und dieselbe Person: Heinrich Joseph Maximilian Johann Maria von Brentano di Tremezzo. Der Spross eines lombardischen Uradelsgeschlechts war wie Adenauer Katholik. Sein Vater war der hessische Zentrumspolitiker Otto von Brentano di Tremezzo. Wie dieser studierte auch dessen am 20. Juni 1904 in Offenbach am Main geborener Sohn Rechtswissenschaften. Als Promotions-thema wählte Heinrich von Brentano ein staatsrechtliches: „Die Rechtsstellung des

Parlamentspräsidenten nach Deutschem Verfassungs- und Geschäftsordnungsrecht“. Trotzdem war er ab 1932 erst einmal als Rechtsanwalt beim Oberlandesgericht Darmstadt tätig. Erst 1943 wurde er als Staatsanwalt nach Hanau dienstverpflichtet. Nach Krieg und NS-Zeit arbeitete er dann wieder als Rechtsanwalt sowie als Notar in Darmstadt.

Von aktivem Widerstand gegen das NS-Regime oder Maßnahmen des Regimes gegen ihn ist nichts bekannt. Allerdings wurde seiner Mutter im Jahr der „Machtergreifung“ die Pension gestrichen. Zu ihr hatte Brentano eine starke Beziehung. Er wohnte bei ihr bis zu ihrem Tod im Jahre 1948 und pflegte sie zum Schluss. Brentano heiratete nie. Vor diesem Hintergrund kamen Gerüchte auf, er sei homosexuell. Darauf angesprochen soll Adenauer geantwortet haben: „Dat ist mir ejal, solange er misch nit anpackt“ oder „... mich hat er noch nicht anjepackt.“

Nach dem Zusammenbruch gehörte Brentano zu jenen katholischen politischen Menschen, welche eine christliche Einheitspartei oder Sammlungsbewegung wünschten, die im Gegensatz zum Zentrum konfessionsübergreifend ist, traditionelle konfessionelle Gegensätze überwindet und damit aus dem katholischen Ghetto im mehrheitlich protestantischen

Deutschland herauskommt. So fand der Hesse zur CDU.

Dort machte er schnell Karriere. Dem ersten hessischen Landtag, in dem er 1947 den Vorsitz der CDU-Fraktion übernahm, gehörte er ebenso an wie dem Parlamentarischen Rat und dem ersten Bundestag, in den er als Abgeordneter des Wahlkreises Bergstraße direkt gewählt wurde. Zu-

sätzlich gehörte der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende ab 1950 der Beratenden Versammlung des Europarates und ab 1952 der Gemeinsamen Versammlung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, der Vorläuferin des Europäischen Parlaments, an.

Im Juni 1955 erreichte seine politische Karriere mit der Ernennung zum Außen-

minister ihren Höhepunkt. In dieser Eigenschaft vertrat Brentano die inzwischen wenigstens teilweise souveräne Bundesrepublik 1959 auf der Genfer Außenministerkonferenz sowie 1956 und 1961 mit der Unterzeichnung des Saarvertrages und des Deutsch-Türkischen Anwerbeabkommens.

Bei der Bundestagswahl vom 17. September 1961 verlor die Union die absolute Mehrheit und ging anschließend eine Koalition mit einer erstarkten FDP ein. Die forderte einen Staatssekretär in Brentanos Ministerium. Das wollte der Minister nicht und erklärte deshalb am 30. Oktober 1961 rückwirkend zum 28. des Monats seinen Rücktritt. Sein Nachfolger im Amt wurde sein Parteifreund Gerhard Schröder.

Brentano wurde wieder Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Sein bisheriger Nachfolger in diesem Amt, Heinrich Krone, trat in die neue Regierung als Minister für besondere Aufgaben ein.

Bereits im Sommer des darauffolgenden Jahres tauchten bei Brentano Symptome von Speiseröhrenkrebs auf. Im Dezember 1963 unterzog der Kettenraucher sich deshalb einer schweren Operation. Am 14. November 1964 starb er in Darmstadt, wo er auch begraben liegt.

Manuel Ruoff



1957 auf einem Bundesparteitag ihrer Partei: Adenauer (l.) und Brentano (r.)

VON WOLFGANG KAUFMANN

Die Raumfahrt ist in eine neue Phase eingetreten, die zu entscheidenden Umwälzungen führen könnte. So findet in den USA ein immer härterer Wettbewerb statt, in dem bisherige Platzhirsche wie der Luft- und Raumfahrtkonzern Boeing und die staatliche Weltraumbehörde NASA mit Privatfirmen finanziell hochpotenter Visionäre vom Schlage eines Elon Musk konkurrieren. Dabei deutet vieles darauf hin, dass Musk und Co. das Rennen machen werden.

Während Boeings neue Raumkapsel CST-100 Starliner monatelang im All festhing und dann blamablerweise ohne ihre Besatzung landen musste, konnte der Konzern ansonsten nur damit glänzen, dass er von der Human Rights Campaign als „Bester Arbeitgeber für LGBTQ+-Gleichstellung“ gefeiert wurde. Dahingegen gelang Musks Unternehmen SpaceX ein Paukenschlag nach dem anderen.

Parallel zu dem erfolgreichen Testflug der größten und leistungsstärksten Rakete aller Zeiten namens Starship samt einer revolutionären Landung der gigantischen Startrakete auf der Startrampe schoss das Unternehmen in diesem Jahr auch noch vier eigene Raumkapseln vom Typ Crew Dragon ins All. Drei davon steuerten die Internationale Raumstation ISS an, während die vierte im Rahmen des privat finanzierten Unternehmens „Polaris Dawn“ einen neuen Höhenrekord für bemannte Flüge in der Erdumlaufbahn aufstellte. Dazu kamen über einhundert weitere Raketenstarts seit Januar.

Deutsche gefangen in Bürokratie

Da es in Europa keine solchen zukunftsorientierten Unternehmerpersönlichkeiten wie Musk gibt, liegt die europäische Raumfahrt weitgehend am Boden und wird sich wohl auch nicht so schnell wieder erheben – wenn überhaupt. Die neue Großrakete Ariane 6, der Hoffnungsträger der Europäischen Weltraumorganisation (ESA), deren Erstflug im Juli nur in einem Teilerfolg mündete, hinkt dem Stand der Technik mindestens fünf Jahre hinterher, während die Kosten explodieren.

An eigenständige Projekte in der bemannten Raumfahrt ist daher nicht zu denken. Und die Bundesrepublik als einzigartiger Tummelplatz von engstirnigen Paragrafenreitern, eifernden Verbotsfetschisten und inkompetenten Ideologen krönt das europäische Elend dann noch. Hier scheiterten die geplanten zivilen Raketenstarts der German Offshore Space Alliance (GOSA) inmitten der Nordsee bereits am Fehlen eines nationalen Weltraumgesetzes.

Gleichzeitig kristallisieren sich neben den Privatunternehmen wie SpaceX noch zwei weitere neue Leistungsträger in der Raumfahrt heraus. Das sind die Volksrepublik China und Indien. Peking hat die

Entwicklung seiner Mondrakete Langer Marsch 10 und des Mondraumschiffes Mengzhou samt der Landefähre Lanyue in jüngster Zeit derart beschleunigt, dass die Chinesen den Mond vielleicht sogar noch vor der Rückkehr der US-Astronauten betreten. Und auch Indien geht immer ambitionierter vor, wie die Entwicklung des Raumschiffes Gaganyaan zeigt, dessen Erstflug mit zwei Mann an Bord Ende 2025 erfolgen soll. Darüber hinaus plant Indien ebenfalls eine eigene Raumstation und das Absetzen von Menschen auf dem Mond.

Außerdem werden indische und chinesische Unternehmer wie auch die früher laut verlachten westlichen „Spinner“ vom Schlage eines Elon Musk in den kommenden Jahren die Chancen zu nutzen wissen, welche die Verlagerung von Produktionsprozessen ins All mit sich bringt. Beispielsweise können bestimmte Arzneimittel, Halbleiterkristalle, optische Systeme und andere Dinge unter den Bedin-

gungen der Schwerelosigkeit sehr viel effektiver und kostengünstiger hergestellt werden. Manche Unternehmen wie Varda Space Industries, The Exploration Company und Redwire entwerfen daher bereits Roboterfabriken im Orbit.

Der Krieg drängt in den Orbit vor

Redwire will außerdem ein System namens Archinaut nutzen, um aus Weltraumschrott mechanische Strukturen für den Ausbau von Raumstationen gleich direkt im All zu fertigen. Andere Firmen, darunter Origin Space aus China und TransAstra aus den USA, haben sogar die Bodenschätze auf den Asteroiden im Visier, aus denen sich unter anderem Raketentreibstoffe erzeugen ließen. Auf jeden Fall dürfte es nicht mehr sonderlich lange dauern, bis Menschen mit Pioniergeist komplette, in sich geschlossene Wertschöpfungsketten ins All verlagern.

Ansonsten ist noch eine weitere Zäsur in der Raumfahrt zu erwarten – oder in

diesem Falle dann doch eher zu befürchten. Da der irdische Rüstungswettlauf längst auch seine Entsprechung im Kosmos gefunden hat, warnen Experten wie der Zukunftsforscher und Gründer des Hudson Institute in Washington, Arthur Herman: „Der erste Weltraumkrieg steht bevor.“

Mittlerweile befinden sich fast 10.000 Satelliten auf einer Erdumlaufbahn, von denen die meisten essentiell für eine moderne Kriegführung sind. Deshalb arbeiten China, Russland und die USA nun verstärkt an Antisatellitenwaffen. Russland hat schon eine bodengestützte Laserkanone entwickelt, welche die Sensoren von Raumflugkörpern blenden kann. Im Idealfall würde die Unbrauchbarmachung der Satelliten des Gegners dessen Streitkräfte blind, taub und stumm zurücklassen.

Besonders intensiv scheint sich China auf die künftigen Auseinandersetzungen im All vorzubereiten. Die Zahl der Unternehmen im Land, die auf Welt-

raumtechnologie spezialisiert sind, hat sich in den vergangenen Jahren vervierfacht – und die meisten davon kooperieren eng mit der Volksbefreiungsarmee. Deshalb verfügt Peking inzwischen auch über eine einsatzfähige Antisatellitenrakete auf der Basis der Mittelstreckenrakete Dongfeng 21.

Parallel dazu sehen kleinere Staaten wie der Iran in der militärischen Raumfahrt eine Chance, gegenüber ihren Feinden an Boden zu gewinnen. So nutzt das Mullah-Regime jetzt zwei eigene Erdbeobachtungs- beziehungsweise Kommunikationssatelliten namens Kowsar und Hodhod.

Die Bundesrepublik dagegen hinkt dieser Entwicklung ebenso hinterher wie die Fortschritten in der zivilen Raumfahrt. Beispielsweise wartet das Weltraumkommando der Bundeswehr im niederrheinischen Uedem schon seit 2021 vergeblich auf eine regierungsamtliche „Weltraumsicherheitsstrategie“.



Spektakulärer Erfolg für Elon Musks SpaceX: Start der Spaceship-Rakete im texanischen Boca Chica am 13. Oktober

Foto: imago/UPI Photo

EROBERUNG DES ALLS

Die Raumfahrt steht vor fundamentalen Umwälzungen

China, Indien und private US-Investoren wie Elon Musk treten mit Macht auf den Plan. Deutschland und Europa sind derweil dabei, den Anschluss zu verpassen

ERDGESCHICHTE

Wie unser Planet einfrieren konnte

„Kalte Interstellare Wolke“: US-Wissenschaftler legen eine ganz neue Theorie zum Auslöser extremer Kaltzeiten vor

In der Geschichte unseres Planeten kam es immer wieder zu dramatischen Kaltzeiten, für welche die Wissenschaft sehr unterschiedliche Erklärungen hat. Sie reichen vom Vulkanismus über die Platten tektonik und Asteroideneinschläge bis hin zu Änderungen bei der Neigung und Rotation der Erde. Nun erweitern die US-Astronomen Merav Opher, Abraham Loeb und Joshua Peek von der Harvard University die Liste der möglichen Ursachen für die Vereisungen noch um sogenannte Kalte Interstellare Wolken.

Ihre Theorie stellen sie in einem Artikel mit dem Titel „Eine mögliche direkte Exposition der Erde gegenüber dem Kal-

ten Dichten Interstellaren Medium“ im Fachblatt „Nature Astronomy“ vor. Darin heißt es, dass die Wolke vor rund zwei bis drei Millionen Jahren auf die Heliosphäre der Sonne getroffen sei und diese eine Million Jahre lang massiv deformiert habe. Die Heliosphäre ist quasi die „Atmosphäre“ der Sonne und besteht aus einem Strom geladener Teilchen, welche eine riesige Blase erzeugen und damit das Interstellare Medium zurückdrängen, das heiße oder kalte Gas- und Staubansammlungen sowie Magnetfelder enthält und jede Menge schädlicher Strahlung aussendet. Sie bildet somit einen Schutzschirm um sämtliche Planeten des Sonnensys-

tems, dem wir Menschen letztlich wohl auch unsere gegenwärtige Existenz verdanken.

Opher, Loeb und Peek haben anhand von Computersimulationen ermittelt, dass das Sonnensystem aller Wahrscheinlichkeit nach in die Local Lynx of Cold Cloud (LLCC) eintauchte, die heute im Sternbild Luchs steht. Dadurch war die Erde vollständig dem Interstellaren Medium und somit auch den atomaren Auswürfen etlicher explodierender Sterne ausgesetzt. Ein Beweis hierfür sind rund zwei Millionen Jahre alte radioaktive Eisen-60- und Plutonium-244-Ablagerungen, wie man sie beispielsweise in Eisbohrker-

nen der Arktis und Antarktis sowie auf dem Meeresgrund findet.

Der Kontakt mit dem Interstellaren Medium führte zu gravierenden Veränderungen in der Zusammensetzung der Erdatmosphäre. So kam es unter anderem zu einer verstärkten Wolkenbildung, welche die Temperaturen drastisch fallen ließ. Die drei US-Astronomen gehen davon aus, dass dies auch die menschliche Evolution beeinflusste, wobei sie aber keine Aussagen zu Details treffen. Kälte und extrem hohe Strahlungswerte waren allerdings sicher keine förderlichen Faktoren für die Entwicklung unserer Gattung. Zum Mindesten hat das Bombardement

kosmischer Teilchen das Erbgut der Vorfahren des Homo sapiens geschädigt.

Ansonsten fanden Opher, Loeb und Peek noch Hinweise auf weitere Kollisionen der Erde mit kalten interstellaren Wolken. Eine davon verorteten sie in der Zeit vor sieben Millionen Jahren. Selbst jetzt rast das Sonnensystem mit rund 25 Kilometern pro Sekunde durch eine namenlose kosmische Wolke. Diese ist allerdings sehr viel dünner als die LLCC und verursacht dadurch keine nennenswerten Effekte. Das könnte sich aber in rund einer Million Jahren ändern, wenn die nächste, deutlich dichtere kalte Wolke naht.

W.K.



DARKEHMEN

Weedern, ein Gestüt mit Tradition

Jurij Luschkow, Moskaus ehemaliger Bürgermeister, rettete das Gut vor dem Verfall – Heute gibt es wieder eine Pferdezucht

VON CARSTEN KALLWEIT

Anfang der 2000er Jahre wurden das Gelände und die Gebäude des ehemaligen Gutshofes Weedern von neuen Eigentümern erworben, der Familie des früheren Moskauer Bürgermeisters Jurij Luschkow. Er hat als Erstes eine neue moderne Schule für Kinder aus der Umgebung gebaut. Gleichzeitig begann auf dem Gelände des baufälligen ehemaligen Gutshofs und der Reste des einstmaligen soliden Gestüts die Wiederherstellung einer Pferdezucht. So entstand ein erfolgreicher Landwirtschaftsbetrieb mit Pferdesportkomponente. Hier gibt es neben Pferde- auch Schafzucht sowie eine diversifizierte landwirtschaftliche Produktion: Seit einigen Jahren produziert das Unternehmen auch Buchweizen, Honig und Pilze. Geplant ist zudem die Zucht von Wachteln.

Luschkow beteiligte sich mit Leib und Seele an der Wiederbelebung des Gutshofes und fuhr oft selbst einen Traktor in Weedern. Im Dezember 2019 starb er im Alter von 84 Jahren an den Folgen einer Herzoperation an der Universitätsklinik in München. Seine Witwe will aber offenbar das Unternehmen nicht aufgeben.

Der gesamte Gutshof wurde inzwischen im historischen Baustil auf der Grundlage alter Fotos und Zeichnungen restauriert, alle Gebäude entsprechen nun modernen Standards. Das Gestüt wurde wiederbelebt und ist zu einem gemütlichen Zuhause für Elitpferde geworden. Derzeit werden im Gestüt vor allem Hannoveraner und einige wenige Trakehner gezüchtet. Das Herrenhaus soll später zu einem Spitzenhotel ausgebaut werden, dessen Gäste nicht nur die Schönheit und Stille der Landschaft genießen, sondern



Züchtungen auf Gut Weedern: Eine Herde junger Hannoveraner

Foto: C.K.

auch unter Aufsicht eines Lehrers reiten könnten. Somit könnte die lange Tradition des alten Gestüts fortgesetzt werden.

Die erste Erwähnung des Gutes Weedern stammt aus dem 17. Jahrhundert. Es befindet sich bei Darkehmen (ab 1938 Angerapp, ab 1946 Osjorsk) in Ostpreußen und heißt heute Suworowka. Früher bestand es aus dem Hauptgut Weedern mit drei Vorwerken und umfasste eine Gesamtfläche von etwa 1600 Hektar. Im Jahr 1832 wurde es von Alexander von Neumann gekauft, der aus einer Pferdezüchter-Dynastie in Szirgupönen stammte und Trakehner Pferde züchtete. Die Geschichte der alten Reitpferderasse Trakehner begann 1732 mit der Gründung des Hauptgestüts Trakehnen nahe der Hauptstadt

des Regierungsbezirks Gumbinnen durch König Friedrich Wilhelm I.

Im Jahr 1895 heiratete die Erbin des Gutes, Luise von Neumann, Eberhard von Zitzewitz, der Weederns Herr wurde. Dies war der Beginn einer jahrzehntelangen erfolgreichen Zuchtarbeit, denn Zitzewitz war ein begnadeter Pferdezüchter. Damals musste er zahlreiche Bau-, Landschafts- und Entwässerungsarbeiten in Weedern durchführen: Er ließ Ödland und Sümpfe in Wälder und Ackerland verwandeln und den Pferdebestand vergrößern. Dank seiner Bemühungen hat sich Weedern zu einem landwirtschaftlichen Vorzeigebetrieb und Gestüt für die Zucht reinrassiger Pferde von Weltrang entwickelt. Während einer Ausstellung in Ham-

burg im Jahr 1910 erhielten die ausgestellten Pferde aus Weedern zahlreiche Auszeichnungen: acht Sieger- und Erstplatzierungen und fünf Zweitplatzierungen. Diese Erfolge wiederholten sich bei späteren Ausstellungen in Stuttgart, Hamburg und München. Jedes Jahr verkaufte das Gestüt etwa 50 Pferde.

Das Gut Weedern besteht auch heute aus einem großen, neobarock umgestalteten Herrenhaus, umgeben von zahlreichen Stallungen und verschiedenen Nebengebäuden. Alle diese Bauten liegen in Form eines Rechtecks, in dessen Mitte sich ein Auslauf- und Präsentationsbereich für Pferde befindet.

Während des Ersten Weltkriegs erlitt Weedern große Verluste. Der wertvollste

Teil der Herde wurde jedoch rechtzeitig nach Pommern gerettet. Nach Kriegsende wurden die Ställe und Häuser für die Arbeiter rasch wieder aufgebaut und die Herde auf 80 Stuten aufgestockt. Hier wurden auch einige berühmte Pferde gezüchtet, unter anderem ein Spitzhengst, genannt Bulgarenzar, der zu einem der bekanntesten in Ostpreußen wurde.

1929, nach dem Tod seiner ersten Frau, heiratete Eberhard von Zitzewitz Anna von Sperber, die einer alten preußischen Adelsfamilie entstammte, die sich auch mit der Pferdezucht beschäftigte. Der Zusammenschluss zweier Pferdezüchter-Familien steigerte deren Effizienz. 1934 starb Zitzewitz, und seine Frau führte das gemeinsame Unternehmen weiter. Im Zweiten Weltkrieg, vor dem sowjetischen Vormarsch 1944, verließen Belegschaft und Pferde Weedern in Richtung Pommern. Damit endete die Geschichte eines der berühmtesten ostpreußischen Privatgestüte.

Nach dem Krieg wurde 1946 auf den Ländereien des ehemaligen Gutes ein staatlicher Landwirtschaftsbetrieb (Sowchose) gegründet. Hier lebten Neusiedler aus verschiedenen Teilen Russlands: aus den Regionen Smolensk, Pleskau und Nowgorod. Im Landwirtschaftsbetrieb züchteten sie Vieh und betrieben Ackerwirtschaft, hier wurde Gemüse und Getreide angebaut. Von 1947 bis 1962 hatte im ehemaligen Herrenhaus die Verwaltung der Sowchose ihren Sitz, seit 1963 befand sich dort die Grundschule, in der Kinder aus umliegenden Dörfern lernten. Außerdem beherbergte das Gebäude des ehemaligen Herrenhauses ein Gemeindezentrum, eine Kantine und ein Postamt. In den ehemaligen Gestütsgebäuden wurden in der Sowjetzeit Kuhställe und Werkstätten untergebracht.

INSTERBURG I

Denkmal für Trakehner

Pferdeskulptur erinnert an die Geschichte der Stadt



Finanziert mithilfe einer staatlichen Förderprämie: Skulptur eines Trakehners in Insterburg Foto: A. Oglesnjew

Seit Kurzem zieht eine neue Pferdeskulptur das Zentrum von Insterburg [Tscher-njachowsk]. Es handelt sich um die Metallfigur eines Trakehner Hengstes, der sich aufbaut. Zur Finanzierung der Skulptur erhielt die Stadt im Rahmen eines städtischen Renovierungs- und Verschönerungsprogramms staatliche För-

dermittel. „Die Figur aus poliertem Metall ist eine deutliche Erinnerung an die reiche Geschichte unserer Stadt, sie schlägt Brücken zum historischen Insterburg, das den ostpreußischen Züchtern von Trakehner Pferden als Hauptstadt galt“, sagte ein Sprecher der Stadt.

Hauptstadt für ostpreußische Züchter

Trakehner Pferde gelten als älteste Reitpferderasse Deutschlands. Die Rassepferde sind im Vielseitigkeitssport erfolgreich und eignen sich auch für den Dressursport. Die Anfänge der Zucht der edlen Warmblutrassen reichen in die Zeit des Deutschen Ritterordens ins 13. Jahrhundert zurück. Als Trakehner Pferde durften nur solche bezeichnet werden, die im ostpreußischen Hauptgestüt Trakehnen bei Insterburg geboren worden waren. Seit 1787 wird die siebenendige Elchschaufel als Brandzeichen verwendet. Am Ende des Zweiten Weltkriegs brach die Zucht in Ostpreußen zusammen. 575 Stuten und 45 Hengste erreichten mit Flüchtlingstrecks den Westen, wo die Zucht fortgesetzt werden konnte. Seit 2022 ist die Trakehner Zucht immaterielles Kulturerbe der UNESCO. KE/MRK

INSTERBURG II

Die Bauarbeiten schreiten voran

Historisches Erbe soll mit modernen Standards verbunden werden



Anlehnung an historische Ansichten: Straßenarbeiten an der Jordanstraße in Insterburg (l.), und die Straße, wie sie früher einmal ausgesehen hat



Fotos: A. Oglesnjew/Bildarchiv Ostpreußen

In der Jordanstraße [Komsomolskaja-] in Insterburg wird eine umfassende Instandsetzung von Gebäuden, Gehwegen und Straßen durchgeführt. Da der Gebäudekomplex, vor dem die Arbeiten durchgeführt werden, nach russischem Recht den Status eines Kulturerbes hat – er wurde im Jahr 1905 in Insterburg erbaut – werden alle Arbeiten auf der Grundlage historischer Dokumente durchgeführt.

Die Fassaden der Gebäude werden restauriert, der Kopfsteinpflasterbelag

wird erneuert, und im westlichen Teil der Straße soll ein schöner öffentlicher Park angelegt werden. So soll das historische Erbe mit modernen Standards verbunden werden. Nach dem Abschluss der umfassenden Instandsetzung soll sich die Jordanstraße zu einem der attraktivsten Teile der Stadt verwandeln.

Kostenlose Konzerte im Park

Um die Attraktion Insterburgs für Touristen zu erhöhen, haben die Stadtobere sich eine neue Tradition ausgedacht.

Künftig werden in der warmen Jahreszeit jeden Freitag im neuen öffentlichen Park in der Forchestraße [Kalininstraße] „Musikalische Freitage“ stattfinden. Vom Rockmusiker bis zum Volksänger finden sich Künstler dort ein, um kostenlos Live-Musik für die Bewohner und Gäste der Stadt zu spielen. Diese neue Tradition wurde bereits bei den ersten Auftritten gut angenommen. Die Besucher sagten, sie freuten sich darauf, mit den Musikern zu singen und an der frischen Luft zu tanzen. Manuela Rosenthal-Kappi

Wir gratulieren...



ZUM 101. GEBURTSTAG

Köck, Gerhard, aus Widitten, Kreis Fischhausen, am 13. November
Riechey, Hella, geb. **Ragozat**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 9. November

ZUM 100. GEBURTSTAG

Kairies, Hildegard, geb. **Brix**, aus Rauschenwalde, Kreis Lötzen, am 8. November
Schröder, Martin, aus Sargen, Kreis Heiligenbeil, am 10. November

ZUM 99. GEBURTSTAG

Dörffer, Margarete, aus Lyck, am 13. November
Junga, Herbert, aus Kukukswalde, Kreis Ortelsburg, am 12. November

ZUM 98. GEBURTSTAG

Betker, Gertrud, geb. **Sütterlin**, verw. **Ziegenhardt**, aus Grünsee, Kreis Lyck, am 10. November
Böttcher, Gerda, geb. **Spang**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 10. November
Bröhan, Edith, geb. **Nötzel**, aus Klemenswalde, Kreis Elchniederung, am 10. November
Honnacker, Irmgard, geb. **Zielasko**, aus Waldwerder, Kreis Lyck, am 10. November
Jäkel, Marta, geb. **Lork**, aus Niestoy, Kreis Neidenburg, am 11. November
Piotrowski, Irene, geb. **Hintz**, aus Strobjehnen, Kreis Fischhausen, am 10. November

ZUM 97. GEBURTSTAG

Kerstan, Waltraut, geb. **Nowottka**, aus Kornau, Kreis Ortelsburg, am 9. November
Zimmel, Adalbert, aus Rehwalde, Kreis Elchniederung, am 8. November

ZUM 96. GEBURTSTAG

Kirchhoff, Edith, geb. **Rettkowski**, aus Browina, Kreis Neidenburg, am 12. November
Kuberka, Margarete, geb. **Roters**, aus Soffen, Kreis Lyck, am 14. November
Tiska, Lucie, geb. **Reh**, aus Blumstein, Kreis Preußisch Eylau, am 12. November
Zimmermann, Eleonore, geb. **Pilz**, aus Haselberg, Kreis Schloßberg, am 14. November

ZUM 95. GEBURTSTAG

Heydemann, Meta, geb. **Wohnowski**, aus Neidenburg, am 14. November
Löffelholz, Ella, geb. **Ott**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 11. November
Salis, Marie, geb. **Willuda**, aus Plötzendorf, Kreis Lyck, am 13. November
Sauerland, Edith, geb. **Bloch**, aus Wilhelmsthal, Kreis Ortelsburg, am 10. November
Schäfer, Werner, aus Jagsten, Kreis Elchniederung, am 10. November
Simon, Gerda, geb. **Bolz**, aus Schakendorf, Kreis Elchniederung, am 12. November
Werner, Erna, geb. **Noetzel**, aus Groß Friedrichsdorf, Kreis Elchniederung, am 10. November

ZUM 94. GEBURTSTAG

Frei-Jortzik, Erna, geb. **Jortzik**, aus Grabnik, Kreis Lyck, am 9. November
Heynemann, Brigitte, geb. **Schorby**, aus Lyck, Danziger Straße 37, am 10. November
Hidde, Gerda, geb. **Bajohr**, aus Karkeln, Kreis Elchniederung, am 13. November

Glückwünsche an:

Ulrike Grodeck
Telefon (040) 4140080
E-Mail: grodeck@paz.de

Muhsal, Ruth, aus Lenzendorf, Kreis Lyck, am 11. November
Pirk, Ursula, geb. **Schirmacher**, aus Gut Oschekau, Kreis Neidenburg, am 12. November
Przyborowski, Edeltraut, geb. **Dziadek**, aus Plötzendorf, Kreis Lyck, am 9. November

ZUM 93. GEBURTSTAG

Burgfels, Hedwig, geb. **Komm**, aus Argemünde, Kreis Elchniederung, am 12. November
Kobus, Lucie, geb. **Streuer**, aus Hortlauken, Kreis Fischhausen, am 9. November
Koschorrek, Werner, aus Passenheim, Kreis Ortelsburg, am 8. November
Kullack, Martin, aus Grabnik, Kreis Lyck, am 12. November
Mahnke, Hildegard, geb. **Zander**, aus Groß Hermenau, Kreis Mohrungen, am 8. November
Nötzig, Edith, geb. **Langecker**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 10. November
Schiffer, Hans-Georg, aus Lucken, Kreis Ebenrode, am 10. November

ZUM 92. GEBURTSTAG

Buxa, Helga, geb. **Borowy**, aus Martinshöhe, Kreis Lyck, am 11. November
Ebner, Eva, geb. **Siebentritt**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 11. November
Freudenreich, Hans-Jürgen, aus Drugehnen, Kreis Fischhausen, am 13. November
Hoffmann, Helmuth, aus Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 12. November
Klossek, Erika, geb. **Friedriszik**, aus Preußenwalde, Kreis Ortelsburg, am 14. November
Krebstekies, Heinz, aus An-sorge, Kreis Elchniederung, am 8. November
Lange, Gerda, geb. **Dressler**, aus Bersbrüden, Kreis Ebenrode, am 13. November
Lange, Klaus, aus Rimlack, Kreis Preußisch Eylau, am 8. November

Peter, Erna, geb. **Knapp**, aus Les-gewangen, Kreis Tilsit-Ragnit, am 14. November
Schwarz, Anneliese, geb. **Karschau**, aus Germau, Kreis Fischhausen, am 8. November

ZUM 91. GEBURTSTAG

Fröhlich, Günter, aus Dippelsee, Kreis Lyck, am 14. November
Gerdely, Walter, aus Steinkendorf, Kreis Lyck, am 12. November
Kloss, Dora, geb. **Schirmacher**, aus Mohrungen, am 12. November
Murach, Ernst, aus Wallen, Kreis Ortelsburg, am 11. November
Raulin, Kurt, aus Richtenberg, Kreis Treuburg, am 11. November
Schönberger, Christel, geb. **Raudies**, aus Schakendorf, Kreis Elchniederung, am 8. November

ZUM 90. GEBURTSTAG

Kopka, Manfred, aus Jägersdorf, Kreis Neidenburg, am 12. November
Kröhnke, Manfred, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 8. November
Lilge, Anorte, geb. **Möbius**, aus Wallen, Kreis Ortelsburg, am 8. November
Luszik, Irmgard, geb. **Dombrowski**, aus Woinassen, Kreis Treuburg, am 8. November
Posdziech, Johanna, geb. **Art-schwager**, aus Klokten, Kreis Elchniederung, am 8. November
Schusters, Irmgard, geb. **Forde-rung**, aus Kraam, Kreis Fischhausen, am 9. November
Thiel, Günter, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 12. November

ZUM 85. GEBURTSTAG

Bankonin, Gerhard, aus Rein-kental, Kreis Treuburg, am 12. November
Dittmann, Renate, geb. **Bratka**, aus Freudengrund, Kreis Ortelsburg, am 8. November
Eisel, Ingrid, geb. **Burbulla**, aus Montwitz, Kreis Ortelsburg, am 10. November

Zusendungen für die Ausgabe 47/2024

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 47/2024 (Erstverkaufstag 22. November) **bis spätestens Dienstag, den 12. November**, an die Redaktion der PAZ:
E-Mail: rinser@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch:
Preußische Allgemeine Zeitung, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg

Hinweis

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Ankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit widersprechen.
Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchtstraße 4, 22087 Hamburg,
E-Mail: info@ostpreussen.de

Feihl, Lothar, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 11. November
Hannemann, Ilse, geb. **Czicowski**, aus Großepingen, Kreis Neidenburg, am 8. November
Hillbrunner, Bernd, aus Langheide, Kreis Lyck, am 10. November
Jacobs, Erika, geb. **Kröhnert**, aus Altengilge, Kreis Elchniederung, am 9. November
Jobski, Herfried, aus Seehag, Kreis Neidenburg, am 12. November
Messutat, Jochen, aus Lyck, am 14. November
Sollmann, Günter, aus Lyck, am 11. November
Thomas, Ingrid, geb. **Trinker**, aus Steintal, Kreis Lötzen, am 8. November
Wieschollek, Marie, geb. **Buttler**, aus Deutschheide, Kreis Ortelsburg, am 9. November

ZUM 80. GEBURTSTAG

Ihle, Hubert, aus Dreimühlen, Kreis Lyck, am 12. November
Klein, Heidrun, geb. **Ambrassat**, aus Wenzbach, Kreis Ebenrode, am 14. November

Rudnick, Hans-Peter, aus Lenzendorf, Kreis Lyck, am 8. November
Wöhler, Heidemarie, geb. **Schieweck**, aus Sausgörken, Kreis Rastenburg, am 9. November

ZUM 75. GEBURTSTAG

Bischoff, Josef, aus Rudau, Kreis Ortelsburg, am 8. November



Kulturzentrum Ostpreußen

Ausstellung „Kant & Königsberg“ bis 31. Januar. An Kant führt kein Weg vorbei. Sein Werk prägt das philosophische und politische Denken bis heute. Woher kam der am 22. April 1724 Geborene und wie sah seine Lebenswelt aus? Während

Kant für seine Nachwelt viele Fragen offenließ, will die Ausstellung „Kant & Königsberg“ Antworten zu seinem kulturgeschichtlichen Hintergrund anbieten.
Kulturzentrum Ostpreußen, Schloßstraße 9, 91792 Ellingen

ANZEIGE

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

☐ **Ja, ich abonniere** mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 216 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie 40 Euro auf mein Konto überwiesen.

Name: _____
Vorname: _____
Straße/Nr.: _____
PLZ/Ort: _____
Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde.
Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.paz.de

☐ Lastschrift ☐ Rechnung

IBAN: _____
Bank: _____
Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:
Preußische Allgemeine Zeitung
Buchtstraße 4 - 22087 Hamburg

AZ-02-R



Abonnieren Sie die PAZ
und sichern Sie sich Ihre Prämie

40 Euro
Prämie



Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

Aus den Landesgruppen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

Mitgliederversammlung

Duisburg – Sonnabend, 23. November, ab 10.30 Uhr (Einlass ab 10 Uhr), B & B Hotel Duisburg Hauptbahnhof-Nord, Portsmouthplatz 5: **ordentliche Mitgliederversammlung der PRUSSIA**, Gesellschaft für Geschichte, Archäologie und Landeskunde Ost- und Westpreußens e.V. (Kurzform PRUSSIA-Gesellschaft) mit vorangehender Vortragsveranstaltung. An den Vorträgen können interessierte Gäste auch ohne Anmeldung gerne teilnehmen. Programm: 10.30 Uhr: Begrüßung durch den Präsidenten der PRUSSIA-Gesellschaft, Totenehrung, Einführung in den Tagesablauf; 10.45 Uhr in Kooperation mit der Stadtgemeinschaft Königsberg e.V.: Vortrag von Prof. Dr. Hans-Peter Schwöbel, Mannheim, zu aktuellen Fragen der Aufklärung im Rahmen des Kant-Jahrs 2024 mit dem Thema „Sprache als Machtinstrument und als aufkläre-

rische Ressource“. Schwöbel nennt folgende Gedanken zur Einführung: Es gibt Marx und es gibt den Marxismus, und es gibt Kant, aber keinen Kantismus. Der Marxismus ist eine Ausrufezeichenkultur, die Aufklärung ist die Mutter der Fragezeichenkulturen. In der Langzeitwirkung ist der Marxismus steril, die Aufklärung ist fruchtbar. Unter Emanzipation versteht Schwöbel keinen verbissenen Wettbewerb zwischen Männlein, Weiblein und Divers, sondern das alltägliche Bemühen um den aufrechten Gang; 12.30 Uhr: Gedankenaustausch bei einem kleinen Imbiss; 13.30 Uhr: Vortrag von Dr. Christine Reich, Berlin, „Ostpreußen entziffert! – Die archäologischen Ortsakten aus Königsberg in Ostpreußen“. Der Vortrag stellt das gemeinsame Projekt der PRUSSIA-Gesellschaft und dem Berliner Museum für Vor- und Frühgeschichte vor, dass sich dem Trans-



kribieren, Erfassen und der digitalen Präsentation der archäologischen Ortsakten aus dem Königsberger Prussia-Museum widmet. Gut 2200 Aktenbände mit über 20.500 Einzelblättern zu etwa 2000 Fundorten aus 36 ostpreußischen Kreisen liegen dem Projekt zugrunde; 15 bis etwa 16 Uhr: Mitgliederversammlung mit folgender vorläufiger Tagesordnung: 1. Begrüßung, 2. Feststellung der Beschlussfähigkeit, Annahme der Tagesordnung, 3. Bericht des Vorstands, 4. Bericht des Schatz-

meisters, 5. Aussprache zu Ziffer 3 und 4, 6. Abstimmung über die Entlastung des Vorstands für das Jahr 2023, 7. Vorhaben, Mitgliederversammlung mit Vorstandswahl 2025, 8. Verschiedenes. Änderungen und Anträge zur Tagesordnung bitten wir per Brief, FAX, E-Mail bis zum 15. November an den Vorstand zu übermitteln. Der Vorstand würde sich über eine rege Teilnahme am 23. November freuen und wünscht eine gute Anreise.

Hans-Jörg Froese, Präsident der PRUSSIA-Gesellschaft



Die Künstlerkolonie Nidden auf der Kurischen Nehrung – Der neue Kalender „Ostpreußen und seine Maler 2025“ Der Kalender mit Bildern wie dieses von Hermann Wirth: Hohe Düne bei Nidden mit Vogelzug, aus dem Jahr 1930, kostet 25,50 Euro, einschließlich Portokosten, und kann bestellt werden bei: typeart satz&grafik GmbH, Südrandweg 15, 44139 Dortmund, Telefon (0231) 557378-0, per Telefax (0231) 557378-20 sowie per E-Mail: info@typeart-dortmund.de Foto: OL

ANZEIGEN

In liebevoller Erinnerung an die
Masuch-Schwestern
von denen wir Abschied nehmen mussten
Rautgunde Hera Dorothea **Frigga Erka**
* 12.05.1936 † 27.04.2024 * 12.12.1941 † 08.06.2024
Klein Schiemanen, Kreis Ortelsburg Rodefild, Kreis Ortelsburg
Für alle, die sie kannten und von Herzen mit Rautgunde und Frigga verbunden fühlten, werden sie eine große Lücke hinterlassen. Möge euch der Himmel nie langweilig werden ♥

Die Kreisgemeinschaft Angerapp/Darkehmen trauert um ihren plötzlich und unerwartet verstorbenen Kreisvertreter
Helmut Funder
* 01.02.1938 † 24.09.2024
Drachenberg Ahrensburg
Seit 2019 gehörte Helmut Funder dem Kreisausschuss an und seit Januar 2024 war er unser Kreisvertreter.
Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.
Fritz Pauluhn **Edeltraut Mai**
Kreisältester stellvertr. Kreisvertreterin

Unsere Mutter, Oma und Uroma ist friedlich eingeschlafen
Edeltraut Pahlow
geb. Romanowski
* 23. April 1930 in Millau/ Ostpreußen
† 9. September 2024 in Bad Doberan
Im Namen aller Angehörigen
Die Söhne Michael, Bernd und Uwe mit Familien
Die Trauerfeier findet am Freitag, den 8. November 2024, um 11:00 Uhr in der Kirche zu Hohen Luckow statt. Die Urnenbeisetzung erfolgt anschließend auf dem Neuen Friedhof in Rostock um 13:00 Uhr.
Zülów/ Güstrow/ Rostock, im September 2024

Hessen
Vorsitzender: Gerd-Helmut Schäfer, Rosenweg 28, 61381 Friedrichsdorf, Telefon (0170) 3086700, E-Mail: gerd-helmut.schaefer@t-online.de

Mitgliederversammlung

Wiesbaden – Sonnabend, 16. November, 15 Uhr, Haus der Heimat, Friedrichstraße 35: 300 Jahre Kant „Bilder einer Ausstellung“ und Mitgliederversammlung.

Mittagessen

Wiesbaden – Donnerstag, 21. November, 12 Uhr, Gaststätte Haus Waldlust, Ostpreußenstraße 46: gemeinsames Mittagessen à la carte. Wegen der Platzdisposition bitte anmelden bis spätestens 12. November bei Helga Kukwa unter Telefon (0611) 373521 oder bei Ilse Klausen unter Telefon (06122) 14808. Zu erreichen ist die Gaststätte mit der ESWE-Busverbindung Linie 16, Haltestelle Ostpreußenstraße.

Niedersachsen
Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Tel.: (04131) 42684, **Schriftführer** und **Schatzmeister:** Hilde Pottschien, Volgerstraße 38, 21335 Lüneburg, Tel.: (04131) 7684391. **Bezirksgruppe Lüneburg:** Helmut E. Papke, Süllweg 7, 29345 Unterrüß, Tel.: (05827) 4099850. **Bezirksgruppe Weser-Ems:** Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Tel.: (05901) 2968

Klopsessen

Holzminden – Sonntag, 17. November: Königsberger Klopsessen.

Museumsschließung

Bad Zwischenahn – Das „Museum Ostdeutsche Kulturgeschichte“ Bad Zwischenahn, Auf dem Winkel 8, schließt zum Ende des Jahres. Trotz des Paragraphen 96 BVFG konnte kein neuer Träger gefunden werden, weder bei Bund,

Land noch örtlichen Kommunen. Wegen Überalterung und Erkrankungen des Vorstandes und Schrumpfung der Mitgliederzahlen durch Tod und durch Corona-Maßnahmen schwindender Besucherzahlen sind auch die finanziellen Möglichkeiten erloschen. Wenigstens hilft die Gemeinde Bad Zwischenahn bei der Abwicklung. Nach 40-jähriger Vorsitzendentätigkeit im Ehrenamt ist das höchst schmerzhaft. R.G. Burmeister
1. Vorsitzender

Nordrhein-Westfalen
Erster Vorsitzender: Klaus-Arno Lemke, **Stellv. Vorsitzender:** Joachim Mross, **Schriftführerin:** Dr. Bärbel Beutner, **Geschäftsstelle:** Buchenring 21, 59929 Brilon, **Telefon** (02964) 1037, **Fax** (02964) 945459, **E-Mail:** Geschaef@Ostpreussen-NRW.de, **Internet:** Ostpreussen-NRW.de

75 Jahre

Wuppertal – Sonnabend 23. November, Hofaue 51, Wuppertal-Elberfeld: 75 Jahre Landsmannschaft Ostpreußen, Kreisgruppe Wuppertal - „Musikalischer Jubiläums-Nachmittag“, Mitwirkende sind: Mundharmonika: Ulla Busch, Harald Winkel, Klavier: Julia Strelcov, Sologesang: Harald Winkel, Hartmut Pfecht, Klavierbegleitung: Marharyta. Es werden Jubilare für 20, 25, 30, 35, 40 und 45 Jahre Mitgliedschaft geehrt. Für das leibliche Wohl ist mit Kaffee, Kuchen oder Brötchen gesorgt. Sigrid Kruschinski

Gerhart-Hauptmann-Haus Düsseldorf – Deutsch-osteuropäisches Forum: Stiftung Gerhart-Hauptmann-Haus, Bismarckstraße 90: Die Ausstellung „Der Warschauer Aufstand 1944“, die noch bis zum 31. März zu sehen ist, zeigt das dramatische Schicksal Warschaus – einer Stadt, die wie kaum eine andere während des Zweiten Weltkriegs von der Brutalität der deutschen Vernichtungsmaschinerie betroffen war. Sie beginnt mit einer Präsentation Warschaus in der Vorkriegszeit; die folgenden

Abschnitte zeigen das besetzte Warschau – die deutsche Politik gegenüber der polnischen Bevölkerung, auch gegenüber den jüdischen Mitbürgern, die Entscheidungen im NS-Staat, den Straßenterror, die Entstehung des Ghettos, die Lebensbedingungen und die kulturellen Aktivitäten, die sich unter extremen Bedingungen entwickelten. Warschau wird auch als Hauptstadt des polnischen Untergrundstaates vorgestellt, seine Strukturen, die Verwaltung, die Medien, das Bildungswesen, die Żegota (polnischer Rat zur Unterstützung der Juden, die einzige staatliche Organisation dieser Art in Europa während des Zweiten Weltkriegs). Auch das Militär und die Aktionen der Heimatarmee werden dargestellt.

Den Höhepunkt der Ausstellung bildet der Warschauer Aufstand in seiner ganzen Komplexität. Am Ende dieses Abschnitts wird der Film „Stadt der Ruinen“ gezeigt, der das ausgelöschte und zerstörte Warschau zeigt. Der letzte Teil der Ausstellung widmet sich der wiedergeborenen Stadt, einem Phänomen des Wiederaufbaus der Nachkriegszeit, die sich aus den Trümmern erhebt und heute eine moderne und dynamische Metropole ist.

Schleswig-Holstein
Vorsitzender: Dieter Wenskat, Horstheider Weg 17, 25365 Offenseth-Sparrieshoop, Tel.: (04121) 85501, E-Mail: dieter.wenskat@gmx.de

Mitgliederversammlung

Bad Schwartau – Zu Donnerstag, 10. Oktober, hatte der Vorsitzende Axel Simanowski zur Mitgliederversammlung der Landsmannschaft Ostpreußen, Ortsgruppe Bad Schwartau eingeladen, zu der 21 Teilnehmer erschienen waren. Nach der Begrüßung wünschte er zunächst zu Torte, Gebäck und Kaffee guten Appetit, ein Prozedere, mit dem alle unsere Zusammenkünfte beginnen, damit sich die Teilnehmer erst einmal austauschen können. Sodann eröffnete

Fortsetzung auf Seite 16

Heimatkreisgemeinschaften

zeitig, die Gewohnheiten, Bräuche und Traditionen ihrer neuen Heimat zu erlernen. Des Weiteren übernahm Diekneite die Moderation der Veranstaltung.

Offiziell eröffnet wurde die Veranstaltung von Stadtpräsidentin Schättiger. Mit einem Blick in die 1950er Jahre sprach Schättiger von der Ankunft der Geflüchteten in Neumünster und der ersten schweren Zeit, die damit verbunden war. Dass bereits damals die Charta der Heimatvertriebenen unterschrieben wurde, sei bewundernswert. Diese hänge in ihrem Büro und werde oft angeschaut. Ein besonderer Fokus ihrer Rede lag auf dem Begriff der Heimat. Heimat sei zum einen der Geburtsort einer Person und zum anderen der Ort, an dem man lebt. Auch Schättiger lobte am Ende ihrer Rede die Anwesenden, denn diese und ihre Familien seien ein „Musterbeispiel für Integration“.

Danach folgten eine Andacht von Pastor Wolfgang Miether aus der Vicelin-Kirchengemeinde und eine muntere Rede von Oberbürgermeister Bergmann.

Petra-Kathrin Karpowski, stellvertretende Vorsitzende der Kreisgemeinschaft Lötzen, vertrat den 1. Vorsitzenden Dieter Arno Milewski und trug dessen vorbereitete Rede vor. In seiner Rede bedankte sich Milewski bei der Stadt Neumünster für die jahrzehntelange Patenschaft. Die Kreisgemeinschaft Lötzen habe ihr Zuhause in der Stadt Neumünster, die ihre Geschäftsstelle, das Heimatmuseum und ihr Archiv beherberge. Der Verein, der bei seiner Gründung aus 5400 Mitgliedern bestand, habe heute noch 1700 Mitglieder – mit weiter sinkender Tendenz. Dennoch sei das Interesse an den Vorfahren weiterhin groß und das Heimatmuseum helfe dabei, sich an die Heimat zu erinnern.

Brigitte Stramm, Mitglied im Bundesvorstand der Landsmannschaft Ostpreußen sowie Kreisvertreterin der Kreisgemeinschaft Labiau/Ostpreußen, sieht es als wichtigste Aufgabe an, das kulturelle und historische Erbe zu bewahren, denn es seien die Menschen und die weitergegebenen Traditionen, durch die Ostpreußen weiterlebe. Die vielen Patenschaften, die während der 1950er Jahre entstanden, seien ein Licht am Ende des Tunnels in einer scheinbar aussichtslosen Situation. Es sei wichtig, weiterhin an Ostpreußen zu erinnern, weshalb Stramm an die Neumünsteraner Bürger und vor allem die Jugend appellierte: „Versäumen Sie bitte nicht, das Museum in der Sudetenlandstraße zu besuchen, das ist gelebte Geschichte.“ Zum Ende ihrer Rede folgte ein letzter großer Wunsch: „Es möge Frieden werden!“

Die Stimmung wurde feierlich, als Wolfgang Schnack das Ostpreußenlied anstimmte. Die Anwesenden erhoben sich, um über das „Land der dunklen Wälder und kristall’nen Seen“ zu singen.

Rolf Dreier, der 2. Vorsitzende der Pommerschen Landsmannschaft, trug ein altes pommersches Gedicht vor und beeindruckte damit die Gesellschaft.

Willi Treetzen, ebenfalls Mitglied der Pommerschen Landsmannschaft sowie seit 20 Jahren Vorsitzender der Ortsgruppe Neumünster, nahm Bezug auf die zu diesem Zeitpunkt laufende Ausstellung „Pommern vertrieben und vergessen“ und konterte folgenderweise: „für uns Neumünsteraner

gilt Pommern: gekommen und geblieben“. Anschließend blickte er in die Geschichte der Pommern in Neumünster zurück. Die 8999 geflüchteten und vertriebenen Pommern kämen aus 1625 Städten, Orten und Gemeinden. Jedoch bereits vor der Ankunft der geflüchteten Pommern seien es die pommerschen Weber und Tuchmacher gewesen, die 1927 den pommerschen Verein in Neumünster gründeten.

Für das Pommernlied „Wenn in stiller Stunde...“ trat erneut Schnack nach vorne.

Die Pause nutzten die Anwesenden für viele bereichernde Gespräche, neben einer Tasse Kaffee und einem Schnittchen vom Kie in! in Neumünster. Ebenfalls nahm sich der Oberbürgermeister die Zeit für Fotos.

Der abschließende Gastvortrag kam von Dr. Eckhard Schlemminger mit dem Titel „Meine Kontakte zur Kreisstadt Giżycko/Lötzen und zur evangelischen Kirchengemeinde dort“. Während seines Vortrags zeigte der Landesgruppenleiter Hamburg/Schleswig-Holstein und Nordniedersachsen des Salzburger Vereins die vielen Verbindungen seiner eigenen Salzburger Herkunft mit der Stadt Lötzen auf.

Am Ende der Veranstaltung wurde auf Anregung der Stadtpräsidentin Schättiger das Schleswig-Holstein-Lied angestimmt. P.-K. K.

Angerapp

Kreisvertreterin (kommiss.): Edeltraut Mai, Weißdornweg 8 22926 Ahrensburg, www.angerapp.com

Trauer

Die Kreisgemeinschaft Angerapp trauert um ihren Kreisvertreter Helmut Funder, der ganz plötzlich und unerwartet am 24. September im Alter von 86 Jahren verstorben ist.

Funder gehörte seit 2019 dem Kreisausschuss an und war seit Januar 2024 unser Kreisvertreter.

Er war, nachdem er den Vorsitz unserer Kreisgemeinschaft übernommen hatte, so voller Pläne und Tatendrang für dieses Amt. Die Zeit war einfach zu kurz für ihn, um seine Pläne und Visionen umsetzen zu können.

Wir werden ihn sehr vermissen und haben uns im Stillen von Helmut verabschiedet. Edeltraut Mai Kommissarische Kreisvertreterin

Lyck

Kreisvertreterin: Bärbel Wiesensee, Diesberg 6a, 41372 Niederkrüchten, Telefon (02163) 898313. Stellv. **Kreisvertreter:** Dieter Czudnochowski, Lärchenweg 23, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 61665

Reisebericht

Lyck – Nach einigen Verspätungen erreichte die Reisegruppe, die gemeinsam mit dem Partnerschaftsverein Nettetal-Elk vom 17. bis zum 20. Oktober nach Lyck reiste, abends das Hotel Rydzewski in Lyck. Der Stadtpräsident Tomasz Andrukiewicz hieß die Delegation aus Deutschland willkommen.

Am nächsten Tag war die offizielle Begrüßung und das Treffen

im Rathaus, anschließend bei einer Stadtpräsentation unter anderem im Technologie- und Wissenschaftspark die Führung durch Montagehallen der Yachtwerft Saxdor. Der Rundgang war sehr interessant; dort sind 600 Mitarbeiter beschäftigt. Die Yachten werden von Lyck aus international angeboten und geliefert. Die preiswerteste hätte man für 300.000 Euro bestellen können. Das Sportangebot ist in Lyck sehr vielfältig, es wurden verschiedene Sport- und Veranstaltungshallen gezeigt.

Ein Besuch in der Herz-Jesu-Kirche, die frühere evangelische Kirche, war auch vom Bürgermeister begleitet und anschließend stand ein Empfang im Kulturzentrum an. Die Direktorin Aneta Werla führte die Reisegruppe durch die Veranstaltungsräume und eine Bildausstellung. Auch bei der Probe einer Tanzgruppe wurde zugesehen.

Am Sonnabend stand ein Besuch der orthodoxen Kirche der Heiligen Apostel Peter und Paul in Lyck auf dem Programm. Dort gab die Kirchenleitung Informationen zur Kirche sowie zum orthodoxen Glauben und beantwortete Fragen. Der Besuch des Gottesdienstes danach war sehr interessant. Eigentlich waren den Teilnehmern sämtliche Kirchengebäude in Lyck bekannt, aber diese Kirche noch nicht.

Als Nächstes folgte die Präsentation des Historischen Museums durch den Direktor Dr. Rafal Zytyniec und seine Mitarbeiter. Sie zeigten die historischen Eisenbahnen, eine sehr alte Kutsche, die von Grund auf restauriert worden war, und die Ausstellung zum Ersten Weltkrieg „Der große Krieg in Masuren“. Auf Schautafeln dazu war das Thema „Die Schlacht an den Masurischen Seen“ sehr gut verfolgbar und verständlich.



Von Grund auf restauriert: Kutsche im Historischen Museum

In das Gästebuch des Historischen Museums hat der Bürgermeister von Nettetal Folgendes eingetragen: „Die gemeinsame Geschichte wird in besonderer Weise nahe gebracht mit dem Ziel, den Frieden zu erhalten.“ Diesen Eintrag hat die Kreisvertreterin der Kreisgemeinschaft Lyck mitunterschrieben.

Das Besuchsprogramm war so anstrengend wie bereichernd. Weitere Besuche sind geplant, da Lyck 2025 ein großes Fest zum 600-jährigen Bestehen der Stadt feiern wird. Zu erwähnen wäre noch, dass der Stadtpräsident die Kreisvertreterin bei den offiziellen Begrüßungen stets als Vorsitzende der Gesellschaft ehemaliger Einwohner des Landkreises Elk/Lyck vorstellte. Dem Vorstand des Partnerschaftsvereins gehört sie schon seit einigen Jahren an, da Nettetal in der Nähe ihres Wohnortes liegt.

Bärbel Wiesensee



Bitte füllen Sie das Anzeigenformular mit Ihrem persönlichen Gruß aus und bezahlen Sie später erst nach Rechnungserhalt!

- ☐ Kleine Grußanzeige zum Sonderpreis von 20,-€ (inkl. 19% Mwst.)
☐ Große Grußanzeige zum Sonderpreis von 30,-€ (inkl. 19% Mwst.)

Kleine Grußanzeige

Große Grußanzeige

Ihr Name: _____
Straße: _____
PLZ/Ort: _____
Telefon: _____

Bitte ausfüllen, ausschneiden und einsenden an:

Preußische Allgemeine Zeitung (Anzeigenabteilung)
Buchtstraße 4, 22087 Hamburg
E-Mail: anzeigen@paz.de
Fax an: 040/41 40 08 50

TAPIAU

Ostpreußische Naturschutzgebiete

Preußen blickt auf eine lange Tradition der Umwelt- und Naturpflege zurück – Das Zehlauer Moos war 1901 das erste seiner Art

VON WOLFGANG KAUFMANN

Am 10. April 1668 erließ Herzog Rudolf August zu Braunschweig und Lüneburg eine Verordnung, durch die er die Baumannhöhle im Harz zum ersten geschützten Naturdenkmal in Deutschland erklärte. Diesem Vorbild folgten später auch die preußischen Könige. Dadurch wurde 1836 unter anderem der Drachenfels im Siebengebirge vor der Vernichtung durch Steinbrucharbeiten bewahrt.

Erster grüner Flügel

Und dann sorgte Preußen im Jahre 1920 durch sein neues Feld- und Forstpolizeigesetz (PrFFPG) zudem für die offizielle Einführung der juristischen Kategorie „Naturschutzgebiet“. Kurz darauf gab es immerhin schon zwölf solcher Gebiete in Preußen. Am 26. Juli 1935 wiederum trat das Reichsnaturschutzgesetz in Kraft, durch das nun in ganz Deutschland Naturschutzgebiete festgelegt werden konnten – die Initiative hierzu ging vom sogenannten „Grünen Flügel der NSDAP“ um den Reichsbauernführer Walther Darré und den Hitler-Stellvertreter Rudolf Heß aus. Ein Jahr später zählte man reichsweit 98 Naturschutzgebiete, und 1940 waren es sogar über 800. Dazu kamen mehr als 50.000 einzelne Naturdenkmäler.

Anzeichen für Erdölsuche

Etliche der Naturschutzgebiete lagen dabei in Ostpreußen, wobei das allerälteste hier sogar noch vor der Einführung des PrFFPG ausgewiesen wurde. Denn das Zehlauer Moos erhielt seinen Schutzstatus bereits am 10. März 1901. Das Hochmoor südwestlich von Tapiau war damals das einzige noch wachsende Biotop seiner Art in Deutschland und bedeckte eine Fläche von 23 Quadratkilometern, auf der vor allem zahlreiche Kraniche nisteten. Nach der sowjetischen Besetzung des Königsberger Gebietes entstand um das



Die Kurische Nehrung: Was 1937 mit dem Schutz eines riesigen Waldgebietes südlich und östlich vom Kurischen Haff begann, wurde 1941 vollendet, als auch das restliche Areal ins Naturschutzgebiet Elchwald einbezogen wurde
Foto: imago/Zoonar

Moor herum ein Truppenübungsplatz, wodurch die Natur hier weiter unbehellig blieb. Neuerdings mehren sich allerdings die Anzeichen für Aktivitäten im Zusammenhang mit der Suche nach Erdöl.

Weitere sehr alte ostpreußische Naturschutzgebiete waren der Buchenwald in der Nähe des Striewer Sees südwestlich der Kreisstadt Rößel, der Drausensee westlich von Preußisch Holland mit seinen markanten schwimmenden Inseln, der uralte Eibenwald von Wensöwen bei Treuburg und das Zedmarbruch unweit von Astrawischken im Kreis Darkehmen. Das Letztere erstreckte sich über rund vier Quadratkilometer an der Stelle eines ehemaligen Sees mit zwei Inseln, die

mehr als einhundert Meter über Normalnull aufragten. Hier lebten in der Zeitspanne von der Steinzeit bis zur Eisenzeit (10.000 bis 500 v. Chr.) nahezu ununterbrochen Menschen. Damit ist das Zedmarbruch auch einer der ältesten Siedlungsplätze Ostpreußens.

Geschützte Kurische Nehrung

Nach dem Erlass des Reichsnaturschutzgesetzes wurde am 12. September 1937 zudem ein 46.550 Hektar großes Waldgebiet östlich und südöstlich des Kurischen Haffs unter Schutz gestellt. Dieser sogenannte Deutsche Elchwald umfasste anfangs die Forstämter Ibenhorst und Tawellningken im Regierungsbezirk Gum-

binnen sowie Pfeil, Klein Naujock, Neu-Sternberg, Alt-Sternberg, Gertlauken und Drusken im Regierungsbezirk Königsberg. 1939 beziehungsweise 1941 kamen dann noch die Oberförsterbezirke Rossitten und Schwarzort sowie Leipen und Papuschienen im Kreis Wehlau hinzu. Damit gehörte nun auch die komplette Kurische Nehrung zum ostpreußischen Naturschutzgebiet Elchwald.

Das wies aufgrund seiner Größe vier ganz unterschiedliche Landschaftsformen auf: Im Süden gab es fruchtbare Grundmoränenböden aus der Eiszeit mit den auf Lehm basierenden Biotopen des „Großen Baumwaldes“. Nördlich davon, also am Ufer des Kurischen Haffs, lagen

der Westteil des Großen Moorbruchs sowie die Erlenbruchwaldreviere des Memeldeltas. Und zwischen dem Haff und der Ostsee erstreckte sich die sogenannte Deutsche Wüste mit den Sanddünen der Kurischen Nehrung.

Russischer Naturschutz

Ein Teil des Gebietes wurde dem Reichsforst-beziehungsweise -jägermeister Hermann Göring zur direkten Verfügung überlassen, sodass hier des Öfteren große Jagden stattfanden. An diesen nahmen neben Göring auch ausländische Staatsgäste wie der finnische Armeechef und spätere Staatspräsident Freiherr Carl Gustaf Emil Mannerheim, der ungarische Reichsverweser Admiral Miklós Horthy von Nagybánya und der bulgarische Zar Boris III. aus dem Hause Sachsen-Coburg und Gotha teil.

Nach dem Zweiten Weltkrieg fiel der Elchwald mitsamt der Kurischen Nehrung an die Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik (RSFSR) und an die Litauische Sozialistische Sowjetrepublik (LSSR). Beide Teilrepubliken der UdSSR richteten dann ihrerseits 1950 und 1961 Naturschutzgebiete ein, die 1987 und 1991 in Nationalparks umgewandelt wurden. Und 2000 avancierte die Kurische Nehrung schließlich sogar zum UNESCO-Weltnaturerbe.

Alte Schutzgebiete

Der Südtail Ostpreußens wiederum geriet 1945 unter polnische Verwaltung und firmiert heute als Woiwodschaft Ermland-Masuren. Hier befinden sich ebenfalls zahlreiche Naturschutzgebiete, die oft schon vor der Annexion bestanden. Besonders hoch ist deren Dichte im Bereich der Masurischen Seeplatte, welche heute zu 40 Prozent unter Naturschutz steht, wobei allein in dem bereits 1977 gegründeten und mittlerweile 55.000 Hektar großen Masurischen Landschaftspark schon 114 einzelne Naturreservate liegen.

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Keine Angst vor Buchungen

Viele Stornos: Niederschlesien leidet unter der falschen Annahme von Touristen, dass die Flut zu großen Schäden angerichtet hätte

Reist man mit der Bahn durch Schlesien, wird man in den Zügen mit touristischen Werbefilmen berieselt. Gezeigt wird die Woiwodschaft Niederschlesien. Nach dem verheerenden Hochwasser im September werden Reisende derzeit fast angefleht, auf keinen Fall etwaige Buchungen in der Region zu stornieren. So heißt es, „wenn du diese Region liebst, sei ein wichtiger touristischer Entwicklungsfaktor, fahr hin, storniere nicht!“ Dies diene der Aufklärung, denn nach den Wassermassen käme nun die nächste Welle – die der Stornierungen, so Bartłomiej Rodak, Pressesprecher der Niederschlesischen Eisenbahnen. „Von den 169 Gemeinden der Woiwodschaft sind nur 25 vom Hochwasser betroffen ...“ Betroffen sind Bad Landek [Łądek-Zdrój], Seitenberg [Stronie Śląskie], Habelschwerdt [Bystrzyca Kłodzka], die alte Grafschaft Glatz [Kłodzko] sowie am Rande der Sudeten Hirschberg [Jelenia Góra] im Riesengebirge und Orte im an Hirschberg angrenzenden Bober [Bóbr]-Tal.

Das Hochwasser im September zerstörte 151 Schulgebäude, 39 Kindergärten und zwölf Kinderkrippen. 31 Polizeistationen, 95 Museen, Gemeindezentren und Bibliotheken sowie 31 Gesundheitszent-

ren wurden beschädigt. Mehr als 5200 Häuser weisen Schäden auf oder wurden gänzlich zerstört. Über 162.000 Einwohner Niederschlesiens waren vom Hochwasser betroffen. Dennoch sei die Woiwodschaft Niederschlesien attraktiv, heißt es aus dem Marschallamt. Auch unversehrte Tourismusziele wie Krummhübel [Karpacz], Schreiberhau [Szklarska Poręba] oder Bad Kudowa [Kudowa-Zdrój] im Glatzer Land leiden unter Touristenrückgang. Kudowa hat als einziger Ort der Grafschaft die Sache gut überstanden. Hoteliers und Reiseunternehmer appellieren: „Wenn Sie Niederschlesien helfen wollen, zur Normalität zurückzukehren, kommen Sie zu uns!“

Das Touristenportal Nocowanie.pl beklagt, dass sich derzeit zu wenig Urlauber für Niederschlesien entscheiden. Inzwischen seien Hotels, Pensionen und touristische Attraktionen wieder auf dem Level vor der Flut, wie etwa das 60 Kilometer nördlich von Breslau gelegene Bartschtal [Dolina Baryczy]. Selbst Bad Reinerz [Duszniki-Zdrój] oder Bad Altheide [Polanica-Zdrój] in der Grafschaft Glatz könnten wieder problemlos besucht werden.

„Was jetzt gebraucht wird, ist Arbeit, dass Touristikunternehmen und ihre Mit-



Wirbt mit Herz und viel Engagement für Niederschlesien und insbesondere für Reichenstein: Elżbieta Szumska
Foto: Wagner

arbeiter wieder zu Geld kommen“, sagt Elżbieta Szumska, die ihr Haus belich und 1996 eine Goldmine in Reichenstein [Złoty Stok] als Besuchermagnet kaufte.

Gleich am Eingang des Bergwerks dokumentiert Szumska Schlesiens Goldförderung. Besucher können hier in den unterirdischen Stollen auf Besichtigungstour gehen. Es erwartet sie neben einer

Fahrt mit der Grubenbahn eine Bootsfahrt in einem schiffbaren Stollen. Höhepunkt ist ein illuminiertes, in Europa wohl einzigartiges Schauspiel: der über zehn Meter herabstürzende unterirdische Wasserfall. Szumska gründete 2014 in Reichenstein ein Heimatmuseum, und sie publiziert zur Geschichte ihrer Heimatstadt. Sie und andere Fremdenführer sind

überzeugt, dass man Touristen die Angst nehmen müsse, da sich inzwischen gut 90 Prozent der touristischen Stätten auf „Normalnull“ befänden.

Reiseleiter, Journalist und Autor Marek Perzyński motiviert seine Leser im Portal dolnyslask.travel, schlesische Burgen und Schlösser zu besichtigen: „Sie sind der besondere Stolz Niederschlesiens. Dazu gehört das Schloss in Mittelwalde [Międzyzylesie], das vor Kurzem von zwei Enthusiasten übernommen wurde. Dank ihnen erstrahlt es langsam wieder in altem Glanz.“

Mittelwalde liegt unweit der Quellen der Glatzer Neiße im äußersten Süden der Grafschaft Glatz zwischen dem Habelschwerdter Gebirge [Góry Bystrzyckie] und dem Glatzer Schneegebirge [Masyw Śnieżnika] in den Mittelsudeten. Die Stadt ist ein perfekter Ausgangspunkt für Wanderungen. Auch Schloss Scharfeneck [Zamek Sarny] in Obersteine [Ścinawka Góra], in der Nähe des Wallfahrtsortes Albandorf [Wambierzyce], preist Perzyński an. „Letzteres ist bekannt als das niederschlesische Jerusalem; der Ort wartet wieder auf Gäste“, so der Autor von Wanderführern und Verfasser zahlreicher Zeitungsartikel. *Chris W. Wagner*

LITERATUR

Gemeinsam waren sie stark

Agathe Lindner-Welk – Die vielseitige Schriftstellerin schuf ein Museum für ihren Ehemann Ehm Welk

VON MARTIN STOLZENAU

Ehm Welk hat sich als kritischer Journalist, Dramatiker und vor allem als Erzähler einen Namen gemacht. Er knüpfte mit seiner Erzählkunst an Vorbilder wie Charles Dickens, Wilhelm Raabe sowie Fritz Reuter an und offenbarte dabei eine reiche Menschenkenntnis, große Volksverbundenheit sowie eine beispielhafte Heimatliebe.

Mit seiner humanistischen Gesinnung und gekonnten Erzählweise schuf der Autor aus der Uckermark mit Werken wie der „Kummerow-Trilogie“ und dem autobiographischen Erzählbuch „Mein Land, das ferne leuchtet“ wahre Bestseller. Seine „Heiden von Kummerow“ wurden als einer der wenigen Koproduktionen fürs West- und DDR-Fernsehen verfilmt. Die Fortsetzung „Die Gerechten von Kummerow“ wurde später allein von der DEFA verfilmt. Sein Werk gilt über alle Zeitenwechsel hinweg bis heute als fester Bestandteil der deutschen Nationalliteratur.

Wie bei den meisten erfolgreichen Männern stand an der Seite von Welk ebenfalls eine herausragende Frauenpersönlichkeit. Das war Agathe Lindner-Welk. Sie stellte über Jahrzehnte ihre eigenen schriftstellerischen Fähigkeiten in den Dienst ihres Mannes, fungierte als seine Sekretärin sowie „erste Kritikerin“. Nach dessen Tod ordnete sie seinen Nachlass und half tatkräftig beim Aufbau des „Ehm-Welk-Literaturmuseums“ in Angermünde mit.

Doch in allen bekannten Biographien über Welk wird Agathe Lindner-Welk nur am Rande erwähnt. Allein im „Bad Döberaner Jahrbuch“ von 1999 ist ihr von Monika Schürmann auf den Seiten 47 bis 57 eine biographische Skizze gewidmet, welche die Ehefrau Welks nach ihrem eigenen Tod vor 50 Jahren aus dem Schatten ihres Mannes hebt und ihren Anteil an seinem Wirken würdigt.

Welks Ehefrau wurde am 27. April 1892 in Berlin als Agathe Lindner geboren. Sie war das älteste von drei Kindern der Familie. Ihr Vater war der Berliner Brauerei-



In Neuenkirchen in der Ueckermünder Heide: Das Ehepaar Welk mit Vierbeiner

direktor Otto Lindner, die Mutter eine Tochter von Friedrich Castorf, dem damaligen Obermeister der Berliner Tischlerinnung. Die Familie lebte zunächst im Wohlstand.

Doch das änderte sich nach dem frühen Tod des Vaters 1902. Die besonders begabte Tochter, die vielgestaltige Interessen offenbarte und sich zur Literatur hingezogen fühlte, konnte die inzwischen verbesserten Möglichkeiten für eine erweiterte Frauenbildung nicht nutzen, weil das Geld fehlte. Sie besuchte ab 1907 die Handelsschule der Berliner Kaufmannschaft, arbeitete dann in einem Handelsunternehmen und heiratete nach dem Erlebnis des Krieges und des Zusammenbruches der Hohenzollern-Monarchie 1922 Otto Hofmeister, der nach dem Krieg mit gesellschaftskritischen Texten hervorgetreten war.

Die „Heiden“ gemeinsam erarbeitet

Hofmeister und Welk waren Freunde. So lernte Agathe Lindner durch Hofmeister auch Welk kennen. Das hatte Folgen: Als Hofmeister noch 1922 überraschend starb, stand Welk der trauernden Witwe bei. Beide pflegten zudem ähnliche Interessen. Sie liebten die Literatur und Tiere.

Über einen intensiven Briefwechsel entwickelte sich zunächst eine enge Freundschaft und schließlich Liebe. Im

Jahr 1924 entschlossen sich die Hofmeister-Witwe und Welk zur Heirat. Parallel veröffentlichte die junge Frau erste eigene Gedichte und Reiseberichte. Welk wirkte als Chefredakteur einer Zeitschrift und löste mit seinen gesellschaftskritischen Dramen eine öffentliche Kontroverse aus.

Seine linke Haltung trug ihm unter den Nationalsozialisten eine kurzzeitige Haft und berufliche Einschränkungen ein. Deshalb zog das Paar zunächst nach Lübbenau im Spreewald, wo Welk mit der Arbeit an seiner „Kummerow“-Trilogie begann. Seine Frau assistierte ihm. Daneben verfasste sie eigene Gedichte sowie Prosa wie „Madonna an der Treppe“ und „Die Stimme Irgendwo“. Dennoch stellte sie ihre Fähigkeiten im wachsenden Maße in den Dienst ihres Ehemannes.

Ab 1940 lebte das Ehepaar dann in Neuenkirchen am Rande der Ueckermünder Heide im östlichen Vorpommern. Der Ort nahe Stettin, der lange zu den Landkreisen von Randow und Ueckermünde gehörte, ist heute Teil der polnischen Gemeinde Dobra im Kreis Police, dem früheren Pölitz.

In Neuenkirchen verschanzte sich das Schriftstellerepaar in der Inneren Emigration. Welk setzte seine „Kummerow“-Trilogie fort, und seine Ehefrau half ihm bei der Arbeit. Allein seine 1937 erschienenen „Heiden von Kummerow“ erreichten bis

zum Kriegsende eine Auflage von 750.000 Exemplaren. Die Nationalsozialisten ließen diese heimatbezogene Existenznische zu. Doch als die Rote Armee nahte, floh das Paar Anfang 1945 über Ueckermünde nach Schwerin, wo der unbelastete Schriftsteller Welk beim Aufbau eines neuen Volksschulwesens in Mecklenburg-Vorpommern einbezogen wurde.

Bemerkenswerte eigene Werke

Ab 1950 arbeitete Welk wieder als freischaffender Schriftsteller in Bad Doberan. Seine Frau assistierte weiter und schuf dazu auch wieder eigene Prosa. 1962 erschien von Agathe Lindner-Welk der Roman „Juliane Wied“. Darin wird die Entwicklung einer jungen Frau in einem Prozess der Selbstfindung als Lehrerin und Malerin geschildert. Die Heldin kämpft in diesem Werk für die Rechte der Frauen, für mehr Menschenliebe und für einen hoffnungsvollen Aufbruch in eine bessere Zukunft nach 1945. Dabei gelangte die Autorin mit ihrer Heldin zu der Erkenntnis: „In seinem Werk reicht der Mensch sich weiter.“

Doch Agathe Lindner-Welk empfahl sich nicht nur mit ihren veröffentlichten Arbeiten weiter, sondern auch mit ihrem Beitrag zum Werk ihres Mannes, der 1966 in Bad Doberan starb. Nach dem Tod Welks blieb sie in seinem Sinne tätig. Sie ordnete seinen Nachlass, initiierte Neuveröffentlichungen seiner Werke und engagierte sich für das Ehm-Welk-Museum in Angermünde

Lindner-Welk starb am 8. November 1974 in Bad Doberan, acht Jahre nach ihrem berühmten Mann. Kurz zuvor war zum 90. Geburtstag Ehm Welks eine Briefmarke zu ihm veröffentlicht worden. Ihre letzte Ruhe fand die engagierte Schriftstellerin auf dem Friedhof in Bad Doberan neben ihrem Ehemann. Ihr gemeinsames Grab mit Stein blieb erhalten.

● Literaturverein Ehm Welk-Haus in Bad Doberan: www.ehm-welk-haus.de; Museum Angermünde: www.museumangermuende.de

● MELDUNGEN

Stadttore, Münzfund und Orgelkonzert

Stettin – Wie aktuell berichtet wird, sollen in Hinterpommern bis 2028 alle Provinzstraßen saniert werden. Bei dem Netz handelt es sich um 2181 Kilometer Straße, von dem etwa 1500 Kilometer bereits in den letzten Jahren erneuert wurden. Die EU zahlte dazu 260 von 410 Millionen Euro. TS

Grimmen – Zu „Halloween“ wurde am 31. Oktober zu einer Hexenwanderung für Jung und Alt eingeladen, die auch Heimatkunde barg: Grimmener Sagen und Geschichten aus der 737-jährigen Stadtgeschichte wurden dazu gruselig verpackt und fantasievoll wiederbelebt. TS

Stargard – Teile der alten Befestigung der Stadt Stargard, zu der auch das Pyritzer Tor, Mühlentor, Weißkopf und der Gefangenturm gehören, werden derzeit im Bereich Nordmauerstraße/Mampestraße ausgebessert und verstärkt. Die Arbeiten werden Anfang 2025 beendet. TS

Stralsund – Anlässlich des Reformationstages hatte der Pommersche Evangelische Kirchenkreis (PEK) am 31. Oktober zum traditionellen Orgelkonzert eingeladen. Kirchenmusikdirektor M. Pesch spielte unter dem Titel „Das Heilige“ Werke von Bach, Böhm, Alain und Messiaen. TS

Cammin – Bei Arbeiten im Gutshaus von Tribrow, dem einstigen Stammsitz der Familie von Witten, ist es zu einem Münzfund gekommen. Dabei soll es sich um eine Silbermünze (Dirham) aus dem Mittelalter handeln. TS

Stettin – Am 28. Oktober wurde im Alten Schlachthof auf der Lastadie anlässlich des 140. Geburtstages von Admiral Joseph von Unruh (1884–1973) ein Vortrag zu seinem Leben gehalten. Unruh galt als „Vater der polnischen Marine“, deren Aufbau auf deutscher Grundlage erfolgte. TS

JUBILÄEN

Gekommen um zu bleiben

Pommern und Ostpreußen in Neumünster – Zwei Patenschaftsjubiläen wurden feierlich begangen

Die Stadt Neumünster hatte eingeladen, es galt zwei Patenschaftsjubiläen zu feiern: 75 Jahre Pommersche Landsmannschaft, Stadtgruppe Neumünster, und 70 Jahre Patenschaft mit der ostpreußischen Kreisgemeinschaft Lötzen. Die Feier fand im historischen Ratssaal im Alten Rathaus Neumünster am 18. Oktober statt.

Zu diesen Anlässen kamen Stadtpräsidentin Anna-Katharina Schättiger, Oberbürgermeister Tobias Bergmann und die Beauftragte für Städtepartnerschaften, Claudia Diekneite, zusammen und verbrachten einen anregenden Nachmittag mit vielen Vertretern aus Pommern und Ostpreußen. Die Veranstaltung begann mit einem kurzen Grußwort von Claudia Diekneite, die auch die Moderatorin der Veranstaltung war, in dem sie sich mit großem Lob an die Anwesenden richtete. Diese hätten es geschafft, sich in der Stadt zu integrieren. Dies sei nicht einfach gewesen, denn es hatte viele Aufgaben gegeben, die nur schwer zu bewältigen waren. Das Bestreben war, zwar Bräuche und Traditionen der Heimat zu bewahren, aber auch gleichzeitig, die Gewohnheiten,

Bräuche und Traditionen in der neuen Heimat anzunehmen.

Offiziell eröffnet wurde die Veranstaltung von Stadtpräsidentin Schättiger. Mit einem Blick in die 1950er Jahre sprach sie von der Ankunft der Geflüchteten in Neumünster und der ersten schweren Zeit, die damit verbunden war. Dass bereits damals die Charta der Heimatvertriebenen unterschrieben wurde, sei bewundernswert gewesen. Ein besonderer Fokus ihrer Rede lag auf dem Begriff der Heimat. Heimat sei zum einen der Geburtsort einer Person und zum anderen der Ort, an dem man lebt. Auch Schättiger lobte am Ende ihrer Rede die Anwesenden, denn diese und ihre Familien seien ein „Musterbeispiel für Integration“.

Danach folgten eine Andacht von Pastor Wolfgang Miether aus der Vicelin-Kirchengemeinde und eine muntere Rede von Oberbürgermeister Tobias Bergmann, der familiäre Wurzeln in Gumbinnen hat. Petra-Kathrin Karpowski, stellvertretende Vorsitzende der Kreisgemeinschaft Lötzen, vertrat den erkrankten Kreisvertreter Dieter Arno Milewski



Im Alten Ratssaal: Pommern und Ostpreußen begingen ihre Patenschaftsjubiläen

und trug dessen vorbereitete Rede vor. Das Grußwort für die Landsmannschaft Ostpreußen sprach Brigitte Stramm, Mitglied im Bundesvorstand der Landsmannschaft Ostpreußen. Sie betonte, wie wichtig es ist, das kulturelle und historische Erbe zu bewahren. Der Beitrag von Rolf Dreier, 2. Vorsitzender der Pommerschen

Landsmannschaft Schleswig-Holstein, war ein emotionales Gedicht. Willi Treetzen, seit 20 Jahren Vorsitzender der Ortsgruppe Neumünster, ließ in seinem interessanten Vortrag die Geschichte der Pommern in Neumünster und Umgebung Revue passieren. 1949 gehörten circa 1500 Mitglieder zur Stadtgruppe Neumünster.

Inzwischen kräftig geschrumpft, gibt es nach wie vor Veranstaltungen, Gedenktage und jahreszeitliche Feste, ganz im Sinne der pommerschen Tradition.

Hingewiesen wurde auf die aktuelle Ausstellung „Pommern – vertrieben und vergessen“ im Rathaus. Bekräftigt wurde: „Für uns Neumünsteraner Pommern gilt: nach Neumünster gekommen und geblieben.“ Das galt besonders für die pommerschen Weber und Tuchmacher, die bereits 1927 den pommerschen Verein in Neumünster gründeten und durch die gestickte prunkvolle Pommernfahne, die 1933 feierlich geweiht wurde und die auch jetzt den Raum zierte, die Verbindung bekräftigten. Einen Gastvortrag hielt Dr. Schlemminger vom Salzburger Verein.

Bei einem Imbiss wurden nette Gespräche geführt, so klang ein sehr schöner Nachmittag aus. Selbstverständlich wurden das Pommernlied und das Ostpreußenlied gesungen und am Ende der Veranstaltung auf Anregung der Stadtpräsidentin das Schleswig-Holstein-Lied angestimmt. Da bleibt der Wunsch auf weitere fruchtbare Jahre der Patenschaften. BS

„Deutschland fällt schon wieder unangenehm auf“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben

„

„Ein Text, den sich alle Feministinnen einrahmen sollten. Einfach glänzend, Frau Kelle!“

Nicole Funke, Krefeld

zum Thema: Selbstbestimmt gegen die Frauen (Nr. 43)



Ausgabe Nr. 43

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

DIE FALSCH E BAHNSTRECKE

ZU: WENN EIN PAAR GLEISE ZUM JAHRHUNDERTPROJEKT WERDEN (NR. 43)

Mit großem Interesse las ich den Artikel betreffend der Ostbahneisenbahnlinie Berlin-Küstrin. Die Kapazitätsprobleme auf dieser Bahnverbindung sind schon seit vielen Jahren bekannt und sorgen bei den Fahrgästen dort ständig für Ärger. Immerhin wurde nun nach vier Jahren Bauzeit die neue Brücke über den Grenzfluss Oder fertiggestellt. Der dringend notwendige weitere Ausbau dieser Strecke liegt jedoch noch in weiter Ferne. Andere Projekte sind wohl wichtiger und die Finanzmittel sind eben in diesen schwierigen Zeiten begrenzt. Die alte Ostbahn ist da leider keineswegs ein Einzelfall.

Beim Betrachten des zugehörigen Fotos fiel mir auf, dass hier nicht die Ostbahn im Bereich der Staatsgrenze Deutschland/Polen abgebildet ist, sondern die Strecke Züssow-Wolgast-Heringsdorf-Swinemünde. Bei der Ostbahn liegt die Staatsgrenze über der Oderbrücke bei Kilometer 83,0, und hier hat die Bahn auch zwei Gleise. Bei Kilometer 204,2 schneidet die Bahnlinie Berlin-Ducherow-Swinemünde-Wolgaster Fährse seit 1945 die deutsch-polnische Grenze. Der eine oder andere aufmerksame Leser mag den Fehler wohl auch bemerkt haben.

Thomas Strobel, Wesseling

SELEKTIVE EINSCHRÄNKUNGEN

ZU: DIE DEUTSCHE LUST AM DENUNZIEREN (NR. 43)

Der Autor hat sicher recht, dass die EU-Initiative, der Digital Services Act, in Deutschland nicht an mangelnder Frequenzierung (von bereitwilligen „Pettern“, d. Red.) leiden wird. Es wäre naiv zu glauben, dass es Brüssel bei dieser auf Intransparenz angelegten Aktion um die guten Sitten geht.

Deshalb ist zu hoffen, dass die Plattformen über die Löschungen Buch führen und öffentlich machen, zu wessen Güns-

ten und zu wessen Ungunsten „(ge)flagged“ wurde. Dann könnte sich herausstellen, dass Hass und Hetze nur sehr selektiv nach Brüsseler und Berliner Interessenslage eingeschränkt werden.

Jörg Neubauer, Neu-Isenburg

LEKTIONEN DES KRIEGES

ZU: DAS ERSTE DOKUMENTIERTE VERBRECHEN DER ROTEN ARMEE AUF DEUTSCHEM BODEN (NR. 42)

Kriege sind von Natur aus grausam, und alle Beteiligten gehören am Ende zu den Verlierern, auch wenn gerne die „Kreativität“ und die Produktivität von Kriegen zitiert wird.

Von allen Kriegsteilnehmern des Zweiten Weltkriegs hatten die Russen die größten Blutopfer zu erbringen. Eigenartigerweise haben die Russen den Sieg gegen Deutschland am wenigsten ideologisch ausgeschlachtet, während die westlichen Alliierten noch heute das Image des „bösen Deutschen“ pflegen wie einen guten englischen Rasen.

Das gegenseitige Aufrechnen muss aber endlich aufhören, die Opfer beider Seiten gleichermaßen respektiert und geehrt sowie die Ursachen der beiden Weltkriege unvoreingenommen betrachtet werden. Nur dann können die nachfolgenden Generationen dazulernen.

Peter Wendt, Hamburg

CDU VOR DER ENTSCHEIDUNG

ZU: DEUTSCHLAND ERLEBT TAGE DER RUHE VOR DEM GROSSEN STURM (NR. 42)

Nicht die AfD ist in der Pflicht, „koalitionstauglich“ zu werden, sondern eine radikal gewandelte CDU. Das setzt voraus, Merz & Co hinauszubefördern und alte Standards, die längst nicht mehr funktionieren, über Bord zu werfen.

Sollte Donald Trump – und damit der wichtigere J.D. Vance – gewinnen, dann könnten als gesichert geltende Standards verabschiedet werden. Das dürfte dann

auch hierzulande und in Gesamt-Europa die politischen Kräfte zwingen, zu neuen Ufern aufzubrechen. Eine CDU aktuellen Zuschnitts wird das nicht überleben, wenn sie sich nicht von Ewiggestrigen trennt.

Chris Benthé, Dresden

DISKRIMINIERT E WÄHLER?

ZU: DEUTSCHLAND ERLEBT TAGE DER RUHE VOR DEM GROSSEN STURM (NR. 42)

Der PAZ-Titel (über die deutsche Innenpolitik, d. Red.) klingt spannend, da aktuell, daher begann ich neugierig zu lesen. Doch bald war ich mehr als erstaunt und vor allem verärgert über Ihre Ausführungen zur AfD. Jeder, der sich für diese Partei interessiert und sie gewählt hat beziehungsweise wählen wird, weiß sehr genau, wie das Programm dieser Partei aussieht.

Im Artikel heißt es: „Und noch immer ist nicht im Ansatz erkennbar, mit welchen Angeboten die AfD ihre etablierten Wettbewerber davon überzeugen könnte, mit ihr vielleicht doch irgendwann ein Bündnis einzugehen.“ Mit dieser Aussage diskriminieren Sie alle AfD-Wähler. Sorry, aber Ihre Ausführungen passen nicht in mein bisheriges Bild der kritischen Berichterstattung der PAZ.

Gisela Löffelmacher, Flensburg

ISRAEL MACHT ES RICHTIG

ZU: NETANJAHUS DILEMMA (NR. 41)

Israel macht es richtig: Das Land bekämpft die Terroristen gezielt, und das erschreckende daran ist, wie viele überall schwer bewaffnet versteckt sind.

Ein klassischer Krieg sieht wie ein Fußballmatch aus: Zwei Armeen treffen aufeinander. Dieser Kampf gegen Terrorismus ist dagegen tückisch und hinterhältig, weil die Hamas-Gegner überall versteckt sind im Wohngebiet. Es sollte eigentlich nicht erlaubt sein, Bomben, Raketen und Handgranaten in Wohnhäusern

aufzubewahren. Diese Art der Kriegsführung haben die Kinder der Nationalsozialisten, die RAF-Terroristen, von den Guerrillas aus Südamerika übernommen. In Deutschland wurde so die Demokratie bekämpft, aber so wurden es hier auch Israelis, wie die Olympiamannschaft 1972 in München.

Ich nehme an, dass deutsche Nachfahren der Nationalsozialisten an der Bewaffnung der Terroristen rund um Israel beteiligt sind, auch Österreich.

Der terroristische Anschlag auf Israel war Barbarei. Inzwischen wird der Terrorismus weltweit sogar von der Mafia übernommen, und der Drogenhandel kommt mit Handgranaten und Waffen nach Europa, die sogar Minderjährige benutzen.

Kindersoldaten – es ist wirklich grauenhaft, was sich durch den Terrorismus in Südamerika und Deutschland entwickelt hat. Dagegen hilft nur der bedingungslose Kampf gegen diese Menschen, und das macht Israel gerade. Es gibt bei Terroristen unschuldige Opfer, das ist leider so. Aber die Ursache ist und bleibt der barbarische Anschlag auf Israel.

Der Verfassungsschutz in Deutschland hat leider den bedingungslosen Kampf gegen die RAF-Terroristen versäumt. Inzwischen gibt es eine „Reunion“ ehemaliger RAF-Mitglieder, welche die verhaftete Terroristin Daniela Klette im Knast besuchen wollte.

Warum ist Deutschland nicht gewillt, den internationalen Terrorismus bedingungslos zu bekämpfen? Sie hätten die Pflicht, das zu tun, denn schon wieder fällt Deutschland unangenehm auf.

Parallel dazu entwickelt das Weltwirtschaftsforum mit dem Deutschen Klaus Schwab an der Spitze einen weltweiten Machtanspruch. Auch Ursula von der Leyen klebt am Sessel der EU. Die Ostdeutschen werden unterdrückt. Das alles zusammen ist eine sehr brisante Mischung, bei der man sich berechtigt fragen kann, warum das Ausland das hinnimmt.

Israel wird Beweise finden über die Bewaffnung der Hamas-Terroristen. Das Ergebnis wird sehr interessant werden.

Valentina Selge, Jork

ANZEIGE

Jetzt endlich wieder lieferbar!
Neue Auflage beim Kopp Verlag!

Die korrupten Geschäfte des Biden-Clans in der Ukraine und wie die westlichen Medien sie verschweigen

■ In seinem neuesten Buch enthüllt Thomas Röper sachlich und neutral, basierend auf Hunderten von Quellen, bislang verschwiegene Fakten und Beweise über die milli-onenschweren Geschäfte der Familie des US-Präsidenten Joe Biden in der Ukraine. Angesichts der aktuellen Ereignisse stellt sich die Frage: Ist eine kleine Gruppe gieriger Geschäftemacher möglicherweise bereit, uns für ihren persönlichen Profit an den Rand eines Dritten Weltkriegs zu bringen?

Der renommierte Journalist und Bestsellerautor Thomas Röper spricht Russisch und Englisch und versteht auch Ukrainisch, weshalb er in der Lage ist, dieses Buch mit Informationen zu füllen, die den meisten Menschen in der westlichen Welt verschlossen bleiben. Basierend auf akribischer Recherche und beeindruckender Faktendarstellung bietet er Einblicke in ein korruptes Syndikat und dessen bisher nicht veröffentlichte Machenschaften.

Dieses Buch ist für Thomas Röper eine Herzensangelegenheit. Bereits seit Jahren recherchiert er zu den korrupten Geschäften des Biden-

Clans in der Ukraine. Dabei geht es keineswegs nur um die Bidens, sondern es geht auch um alle US-Skandale der letzten Jahre (die angebliche russische Wahleinmischung 2016, das Amtsenthebungsverfahren gegen Trump, die Einmischung des FBI und der Internetkonzerne in die US-Wahlen 2020, usw.), denn alle diese Dinge hängen eng miteinander zusammen.

Am Ende haben die illegalen Geschäfte der Bidens ihren Teil dazu beigetragen, dass die Lage in der Ukraine im Februar 2022 eskaliert ist, denn es war die Politik von Joe Biden, die die Ukraine 2021 zu den Schritten gedrängt hat, die am Ende zur Eskalation des seit 2014 im Donbass tobenden Krieges geführt haben.

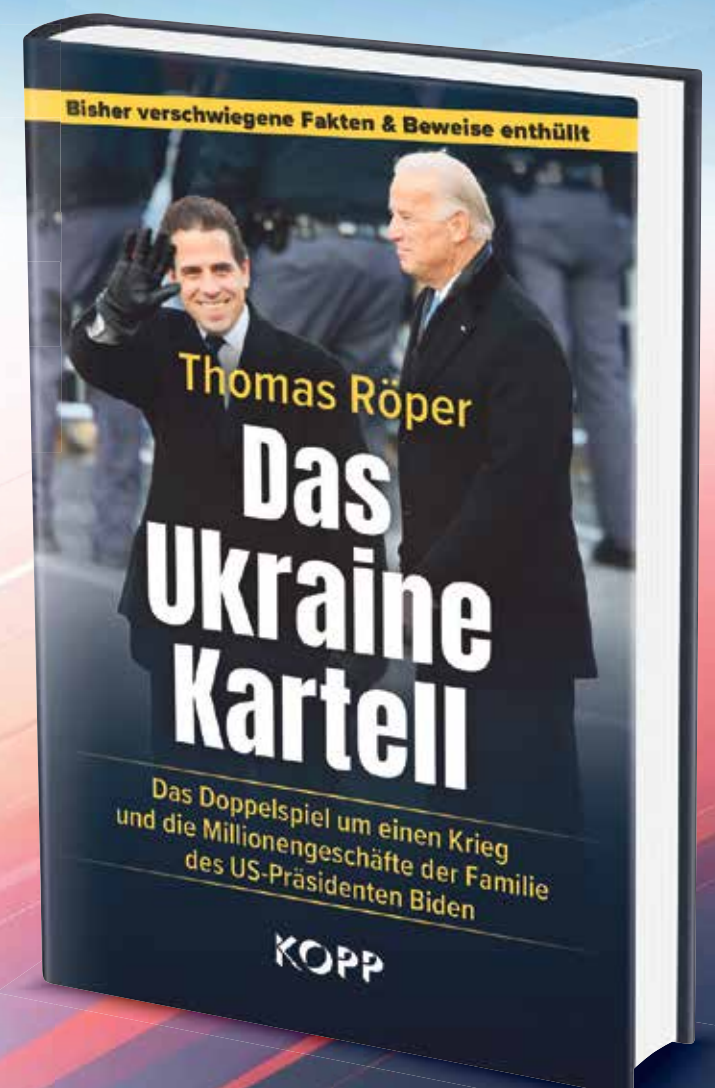
Eine unschätzbare Fundgrube!

Da viele der Veröffentlichungen aus der Ukraine leider inzwischen aus dem Internet gelöscht worden und nicht einmal mehr im Internetarchiv auffindbar sind, ist dieses Buch eine unschätzbare Fundgrube an wichtigsten Informationen!

Thomas Röper: Das Ukraine-Kartell

gebunden • 304 Seiten • zahlreiche Abbildungen • Best.-Nr. 991 130 • 23,- €

www.kopp-verlag.de



STADTGESCHICHTE

Blick durchs Tor der Uckermark

Wo der Hauptmann von Köpenick wegen Betrugs einsaß und der Stasi-Chef ein Jagdschloss besaß – Zu Besuch in Angermünde

VON BETTINA MÜLLER

Die beiden Durchreisenden aus Köln sind schlecht gelaunt. Nach einer langen Fahrt knurrt ihnen der Magen, der nach regionalen Gerichten verlangt. Sie befinden sich in Angermünde, einer Kleinstadt in der Uckermark, deren Gründung um 1233 angenommen wird und die sich im Laufe der Jahrhunderte zu einer soliden Handwerkerstadt entwickeln sollte.

Heute gilt der Ort mit seinen rund 13.700 Einwohnern als „Tor der Uckermark“, doch das interessiert die Besucher in diesem Moment wenig. Alles, was sie jetzt wollen, ist eine uckermärkische Mahlzeit, da kann „Hassan“ am Bahnhof den Bewohnern einer Millionenstadt nur ein müdes Lächeln abringen.

Nach einigem Herumirren finden sie endlich das, wonach sie gesucht haben: ein Restaurant mit regionaler Küche. Sie bestellen den „Pfaffenwürger“. Hinter diesem antikerischen Namen verbirgt sich ein guter Sauerbraten. Doch das Karma scheint nun irgendwie angeschlagen zu sein. Als die beiden im Laufe der Woche mehrmals Einlass in die mächtige, im 13. Jahrhundert erbaute Stadtkirche St. Marien begehren, kommen sie jedes Mal zu spät, die Tür ist immer verschlossen. Ebenso werden sie auch nicht das Innere der altherwürdigen, um 1250 mit Feldsteinen errichteten und im 15. Jahrhundert mit Backsteinen fertiggestellten Klosterkirche der Franziskaner besichtigen können, die eigentlich als Kulturstätte genutzt wird. Sie ist derzeit aus Sicherheitsgründen eingerüstet und auf unbestimmte Zeit nicht begehbar.

Doch es gibt Alternativen. Angermünde hat seit 2003 insgesamt 23 eingemeindete Ortsteile, in denen sich zahlreiche kulturhistorische Entdeckungen machen lassen. Zudem ist die ehemalige Kreisstadt umrahmt von herrlicher Natur des Biosphärenreservats Schorfheide-Chorin, zu dem auch der „Grumsin“ gehört, während sich im Südosten des Stadtgebietes ein Teil des Nationalparks Unteres Oderthal erstreckt.



Flaggenreiches Bekenntnis zur EU und zur Ukraine: Das Alte Rathaus am Markt von Angermünde

Foto: imago/Schöning

Mit den Menschen kommt man schnell ins Gespräch. Am nächsten Tag lernen sie in Dobberzin, einem Ortsteil von Angermünde, einen gesprächigen Senior kennen, der sie sein Alter raten lässt. Sie schätzen ihn deutlich jünger als seine 96 Jahre. Der Mann erzählt vom Krieg, wie das bei Menschen in seinem Alter manchmal so ist.

Aus Königsberg in der Neumark sei er Anfang 1945 nach Angermünde geflohen. Als Soldat sei er mehrmals verwundet gewesen und habe auch Granatsplitter im Bein gehabt, die sich aber erst nach Jahrzehnten bemerkbar gemacht hätten, sodass man sie hätte entfernen müssen. Singen im Chor halte ihn jung, man müsse sich ja irgendwie beschäftigen, plaudert er weiter.

Der Zufall will es, dass die beiden Touristen ihn Tage später in genau jenem Res-

taurant am Mündesee wiedertreffen, in dem er seinen 97. Geburtstag feiert. Und das alles im Schatten des „Hauptmanns von Köpenick“, der in Bildform an der Wand hängt, weil der gute Mann – damals noch als Wilhelm Voigt und noch vor seiner Köpenickiade – Ende Januar 1887 auf dem örtlichen Postamt wegen Scheckbetruges festgenommen wurde.

Zwei Helden retteten Angermünde

Die Rechtsprechung für Voigt war zu dieser Zeit gewiss eher harmlos. Das hatte in der Vergangenheit mitunter ganz anders ausgesehen. Zum Beispiel damals, als die Glaubensflüchtlinge der Waldenser verfolgt und Inquisitionsprozesse geführt wurden. 1336 wurden 14 Menschen zum Tode verurteilt und auf dem Marktplatz verbrannt. Das waren ziemlich raue Sitten für eine ansonsten friedliche märkische

Kleinstadt, die sich bei einem „Stummen Rundgang“, geleitet von dunkelroten Emaille-Schildern, entdecken lässt. Und das auch an der alten Stadtmauer entlang, welche die Zeit überdauert hat.

Dass Mauer und Stadt den Zweiten Weltkrieg überhaupt so gut überstanden haben, haben sie dem Bäckermeister Otto Miers und dem Juwelier Walter Kurt Nölte zu verdanken. Mit weißen Fahnen ausgestattet, gingen sie am 27. April 1945 den einmarschierenden Soldaten der Roten Armee entgegen und konnten durch die kampfbefähigte Übergabe die historische Bausubstanz mehr oder weniger vor ihrer Zerstörung bewahren.

Nach der friedlichen Revolution – und vor allem als Gründungsmitglied der Arbeitsgemeinschaft „Städte mit historischen Stadtkernen im Land Brandenburg“ – konnte die Stadt zügig mit der Sanie-

rung der Bauten beginnen und sie so für eine neue Nutzbarkeit wieder beleben. Das Ergebnis im Altstadtkern präsentiert sich heute gediegen und in hellen Farben. Relikte aus der DDR-Vergangenheit sind fast nicht mehr zu sehen; es scheint, als hätte es sie nie gegeben.

Mielkes Jagdparadies

Auch in Wolletz, einem weiteren Ortsteil Angermündes, der idyllisch am gleichnamigen See liegt, würde man, wenn man es nicht wüsste, zunächst nicht merken, dass das Jagdhaus auf dem Gelände der Klinik ein Teil dieser jüngeren Vergangenheit war. Der letzte Bewohner war Erich Mielke, der das Haus als Jagdschloss nutzte. Der Stasi-Chef der DDR kopierte in gewisser Weise die brandenburgischen Markgrafen, die in der waldreichen Umgebung nur allzu gerne auf die Jagd gingen, so auch von der Angermünder Burg aus, von der nur noch Fragmente übrig geblieben sind und die sich im Schatten der Alten Mälzerei am Mündesee befindet.

Geht man ein Stück am Wolletzsee entlang, so sieht man noch die gebogenen Pfeiler des ehemaligen Abschirmzauns. Einen davon hat jemand – warum auch immer – liebevoll mit einer gehäkelten Kreation ummantelt. Doch ein Hinweisschild auf den letzten Bewohner des Jagdschlosses und dessen zahlreiche prominente Gäste, die in der Umgebung nach Herzenslust ungestört Tiere erlegen konnten, gibt es vor dem Schloss nicht. Vergessen durch Verdrängen?



Heute eine Klinik: Mielkes Jagdschloss

Foto: Müller

DORFIDYLLE

Kann Niedereimer Kanzler?

In dem sauerländischen Ort ist CDU-Chef Friedrich Merz zu Hause – Von hier aus will er nächstes Jahr ins Bundeskanzleramt einziehen

„In Niedereimer ist gut wohnen, da gibt es Erbsen und dicke Bohnen, und Gemüse aller Art liefert uns das Wannetal.“ Es ist nicht überliefert, ob Friedrich Merz diese Zeilen der „Niedereimerhymne“ kannte, als er vor etlichen Jahren mit seiner Frau und den Kindern in das idyllische Dorf im Sauerland zog, das von der Ruhr und dem Arnberger Wald umgeben ist. Da es nicht unwahrscheinlich ist, dass der derzeitige CDU-Partei- und Fraktionsvorsitzende im kommenden Jahr zum Kanzler gewählt wird, sollte man einen Blick auf das 2000-Seelen-Dorf werfen, durch das der Wannebach fließt. So wie man Rhöndorf mit Konrad Adenauer verbindet, könnte man dereinst vielleicht diesen Ortsteil von Arnberg mit Merz assoziieren.

Niedereimer wurde erstmals im Jahr 1193 oder 1207 urkundlich erwähnt. Im Rahmen der kommunalen Neugliederung wurde das Dorf am 1. Januar 1975 in die Stadt Arnberg eingemeindet.

Auf den ersten Blick ist Niedereimer ein ganz normales Dorf. Dort gibt es eine Schützenhalle, einen Sportplatz mit

Kunstrasen, einen Kindergarten und eine Grundschule. Entsprechend dem Klischee, dass im Sauerland die Zeit in Ordnung beziehungsweise stillgestanden sei,

findet sonntags um 9.30 Uhr in der Sankt-Stephanus-Kirche ein katholischer Gottesdienst statt. Hin und wieder trifft man dort auch auf den CDU-Politiker.



Wegweiser zur Macht: Ob in Niedereimer schon eine Straße nach Friedrich Merz benannt ist? Das wäre ja die Höhe!

Foto: Lange

Doch auf den zweiten Blick hat sich der Charakter des Dorfes stark verändert. Das gilt ja vielleicht auch für Merz, der eine Wandlung vom konservativen Heißsporn zum mehr staatsmännisch auftretenden Politiker vollzogen hat. Manche, insbesondere Journalisten und Frauen sowie der politische Gegner, nehmen ihm diese Wandlung nicht ab. Andere beklagen sie als Profilverlust.

Zu Beginn des 19. Jahrhunderts waren die Dorfbewohner zunächst Selbstversorger durch Kleintierhaltung und Gartenanbau. Später arbeiteten die Männer in den benachbarten Hüttenwerken und den Eisenbahnwerkstätten.

In den 1960er und 1980er Jahren hat Niedereimer einen regelrechten Bauboom erlebt und ist inzwischen auch von einem großen Gewerbegebiet umgeben. Dort befinden sich der Campus der Stadtwerke, verschiedene Autohändler und andere Gewerbebetriebe. Sogar ein Bordell namens „Traumraum“ ist dort ansässig. Für den Verbleib eines Discountermarktes im Dorf hat sich vor allem die örtliche

CDU-Vorsitzende erfolgreich stark gemacht.

Im Jahr 1843 oder 1853 besuchte sogar der preußische König Friedrich Wilhelm IV. den Ort. Er bestaunte die sogenannte „Dicke Eiche“, die auf königlichen Befehl unter Schutz gestellt, 1923 wahrscheinlich durch Brandstiftung zerstört wurde und heute das Gemeindewappen ziert. Sie war mehrere hundert Jahre alt und galt als eine der dicksten Eichen ganz Deutschlands.

Niedereimer verbindet Tradition und Moderne. Hier gibt es viel Natur und wenig Kriminalität, hier kann man gut wohnen und auch Arbeit finden. Niedereimer ist also kanzlertauglich. Ob der berühmteste Dorfbewohner dies auch ist, entscheiden demnächst die Wähler. Wie schließt das Niedereimerlied so passend? „Schön ist das Wannetal, schön ist Niedereimer am Wannestrand.“ *Ansgar Lange*

Der Autor Ansgar Lange wurde in Niedereimer geboren und wohnt seit einiger Zeit auch wieder dort.

FÜR SIE GELESEN

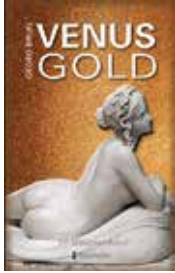
Ein neuer Fall für Zwei

Nach dem tragischen Verlust ihres Partners Alex hat die Anwältin Olga Swatschuk ihre Kanzlei aufgegeben und lehrt an der Universität, bis sich eines Tages eine ihrer Studentinnen hilfesuchend an sie wendet. Die junge Frau arbeitet als Escort-Dame und wird von einem undurchsichtigen Banker verfolgt. Zunächst will Olga sich nicht für einen Fall im horizontalen Gewerbe einspannen lassen – sie wittert Gefahr – doch ihre Lebensgefährtin Sonja drängt sie, der jungen Frau zu helfen.

Was folgt, ist die Erzählung eines nur teilweise spannenden Kriminalfalls, bei dem es um Geldwäsche und obskure Wirtschaftspraktiken geht. Wie sich herausstellt, ist der Sohn der Escort-Agentur-Chefin maßgeblich in die kriminellen Machenschaften verwickelt, die bis zur russischen Mafia reichen.

Georg Brun ist von Hause aus Jurist, er arbeitete im Bayerischen Landeskriminalamt und im Wissenschaftsministerium. Seit 1988 schreibt er Kriminalromane. „Venusgold“ ist der vierte Fall der Anwältin Olga Swatschuk.

MRK



Georg Brun: „Venusgold. Ein München-Krimi“, Bookspot Verlag, München 2024, broschiert, 304 Seiten, 15,95 Euro

Fesselnd und teils gruselig

Boston 1830 – Ein schäbiger Holzwagen schaukelt knarrend durch die nebelige eiskalte Nacht. Seine Fracht sind Leichen kürzlich Verstorbener. Der Kutscher Jack ist auf dem Weg zu einem Apotheker, der die Toten gewinnbringend an die pathologische Abteilung der Universität weiterverkauft. Die Studenten sollen anhand der Toten lernen, woran die Menschen gestorben sind.

Besonders viele Frauen sterben am Kindbettfieber. So auch eine junge Irin. Ihre Schwester Rose kümmert sich nach dem Tod der Mutter trotz großer Armut um das kleine Mädchen. Seltsam ist, dass ein brutaler Mord an einer Krankenschwester begangen wird, die sich zunächst um das Kind gekümmert hatte. Der Mörder begeht weitere grauenhafte Verbrechen, sehr zur Freude des Leichenräubers, denn so kann er der Pathologie noch mehr Exemplare liefern. Seine Geldgier überwindet sogar den Horror, kürzlich Bestattete wieder auszugraben.

Tess Gerritsen ist mit „Leichenraub“ ein fesselnder und gruseliger Roman gelungen. Mit Rückblenden in die Zeit um 1830 und Schwenks die Gegenwart ist es ihr gelungen, historische Hintergründe zu liefern, die nebenbei ungemein spannend sind. Ein wahrer Lesegenuss für Krimifans. *Angela Selke*



Tess Gerritsen: „Leichenraub“, Blanvalet Verlag, München 2024, Taschenbuch, 443 Seiten, 12 Euro

RATGEBER DER WOCHE

Gewinnen lernen in zehn Lektionen

Eine umfangreiche Schachschule führt ein in die Welt der 64 Karos



FOTO: SHUTTERSTOCK

Grundlagen vermittelt „Die große Schachschule“ ebenso wie die Ruy-Lopez-Theorie oder die Sizilianische Verteidigung. Jonathan Carlstedt ist seit 2011 Internationaler Meister im Schach – nur ein Jahr nach seinem Ab-

itur. Er gibt leicht verständlich und in einem sehr höflichen Ton Einblick in die Spielregeln des Brettspiels und hat ein besonderes Augenmerk auf den Übungsteil, der sehr reichhaltig ist.

CRS



Jonathan Carlstedt: „Die große Schachschule“, Humboldt Verlag, Hannover 2022, gebunden, 271 Seiten, 22 Euro

GESELLSCHAFT

Gefahren des „Great Resets“

Der Molekulargenetiker und Genom-Experte Michael Nehls warnt vor dem Einfluss einer skrupellosen Elite

VON WOLFGANG KAUFMANN

Derzeit finde „ein gezielter, meisterhaft ausgeführter globaler Angriff auf unsere Denkfähigkeit“ statt. So lautet die Kernaussage des Buches „Das indoktrinierte Gehirn“, welche noch vor wenigen Jahren als pure „Verschwörungstheorie“ abgetan worden wäre. Seit 2020 gab es allerdings etliche Ereignisse, die nahelegen, dass der Verfasser des Werkes tatsächlich Recht haben könnte.

Michael Nehls ist dabei auch nicht irgendwer, sondern eine ernstzunehmende Stimme aus der Wissenschaft, der wir bekanntlich in Fragen der körperlichen und geistigen Gesundheit folgen sollen. Der Arzt und habilitierte Molekulargenetiker war elf Jahre lang leitender Genom-Experte in zwei Biotechnologie-Unternehmen und forschte über die Ursachen von Krankheiten wie Alzheimer, was ihm mehrere Preise und die Beachtung der internationalen Fachwelt eintrug.

Eine ernstzunehmende Stimme

Nehls weiß also, wovon er spricht, wenn er sich zu den „vielfältigen, aktuellen Einflussfaktoren“ äußert, die „allesamt unser autobiographisches Gedächtnis und damit das neuronale Zentrum unserer Individualität und Kreativität schwächen und verändern“. Dabei zeigt der Mediziner, mit welcher großen Präzision die neurobiologischen Mechanismen zur Identitätsbildung beeinflusst werden können und wer die Protagonisten sind, die eine solche „Umprogrammierung“ anstreben.

Laut Nehls handelt es sich hier um „milliardenschwere Technokraten, Wirtschaftsbosse und Superreiche“, die beispielsweise das Weltwirtschaftsforum (WEF) organisiert haben und den sogenannten „Great Reset“ (Großen Neustart)

anstreben, wobei sie sich zur Umsetzung ihrer Utopie „gezielt aufgebauter und in ihre Positionen gehievt einflussreicher Politiker“ bedienen. Das sind die sogenannten Young Global Leaders, zu denen unter anderem die ehemalige dänische Umweltministerin Ida Auken gehört, die bereits 2016 in einer WEF-Publikation schwärmte: „Willkommen im Jahr 2030: Ich besitze nichts, habe keine Privatsphäre, und das Leben war noch nie besser.“ Es gehe also, so Nehls, „beim Great Reset um Enteignung, Kontrolle und die totale digitale Überwachung“. Dabei solle das Ganze „unter dem Deckmantel einer globalen Gesundheitsfürsorge“ daherkommen. Deshalb sei die Corona-Pandemie der entscheidende Katalysator gewesen, um diesen Prozess voranzutreiben.

Flächendeckende Eindämmung des Corona-Virus wäre möglich gewesen

Für derartige Behauptungen liefert Nehls auch Belege. So wäre es ein Leichtes gewesen, durch die „Behebung des teilweise gravierenden Vitamin-D-Mangels in der breiten Bevölkerung“ eine flächendeckende Eindämmung der Coronavirus-Infektionen zu erreichen. Stattdessen habe man voll und ganz auf die Impfungen und rigide Maßnahmen zur sozialen Isolation gesetzt, die sich später als eher unwirksam und überdies auch nebenwirkungslastig beziehungsweise schädlich für die menschliche Psyche erwiesen hätten.

Das freilich war laut Nehls keine Fehlentscheidung, sondern geschah mit voller Absicht, um noch mehr Macht über die Menschen zu erlangen, „indem man ihre geistige Leistungsfähigkeit vermindert“. Dabei geht der Autor von einem „zweigleisigen Angriff auf die menschliche Seele“ aus: Zum Ersten sei chronische Angst geweckt worden, welche die Produktion von neurotoxischen Stresshormonen und

damit ein Nachlassen der psychischen Widerstandsfähigkeit bis hin zur prätraumatischen Belastungsstörung gefördert habe. Zum Zweiten sollten dann unablässig propagierte Parolen wie „Lockdowns retten Leben“ für eine Akzeptanz der staatlichen Maßnahmen und der dahinterstehenden Ziele des WEF sorgen.

Anschließend kommt Nehls auf die mRNA-Impfstoffe zu sprechen, für die während der Pandemie so eindringlich geworben wurde. Deren Einsatz gegen ein mit großer Wahrscheinlichkeit im Forschungslabor gezüchtetes Virus hatte dem Autor zufolge schwere Konsequenzen: Beim Einbringen des Spike-Proteins in den Körper der Geimpften zum Zwecke der Bildung von Antikörpern gegen den Corona-Erreger gelangte „ein nicht unerheblicher Teil des injizierten Genmaterials direkt ins Gehirn“ und verursachte dort oftmals neurotoxische Schäden und daraus resultierende kognitive Funktionsstörungen wie Intelligenzmindering, Beeinträchtigungen des Gedächtnisses, Psychosen und Demenz. Aber wie gesagt: Das waren laut Nehls keine unbeabsichtigten Kollateralschäden, sondern vielmehr erwünschte Effekte. Daran lässt der medizinische Experte keinen Zweifel: Für eine Impfung gegen ein Virus, das primär die Atemwege befallt, hätte es keiner Nanopartikel bedurft, welche das Spike-Protein dazu befähigen, die Blut-Hirn-Schranke zu überwinden.

Mit den Gehirnschädlichen Auswirkungen der Coronamaßnahmen und -impfungen erklärt Nehls dann auch, dass derzeit „keine kritische Masse ... zur Gegenwehr“ gegen die Pläne der Protagonisten des Great Reset mobilisiert werden könne, weswegen die reale Gefahr bestehe, dass „der von ihnen eingeleitete Prozess der Enteignung und KI-gesteuerten Totalüberwachung sein geplantes Ziel er-

reichen wird“. Andererseits sieht der Autor trotz der weit fortgeschrittenen „mental-ten Umprogrammierung oder zumindest ... mentalen Ermüdung in weiten Teilen der Gesellschaft“ Grund zur Hoffnung: „Noch ist es nicht zu spät. Noch können wir uns erfolgreich wehren.“

Soziales Miteinander zur Verteidigung

Dies begründet er mit den ziemlich beschränkten Fähigkeiten der Technokraten und Ultrareichen, die keineswegs über ausreichend „geniale Intelligenz“ verfügten, „um in ‚göttlicher Allmacht‘ die ganze Welt zu regieren“. Daher sollten sich die Menschen „von dem falschen Bild der mentalen Überlegenheit der Mächtigen ebenso verabschieden wie von ihrer eigenen vermeintlichen Macht- und Einflusslosigkeit“.

Oder anders ausgedrückt: Da das Schlachtfeld des Krieges der vermeintlichen Eliten gegen den Rest der Menschheit in unserem Gehirn liege, müsse die Verteidigung auch vorrangig dort stattfinden. Dazu brauche es unter anderem ein echtes soziales Miteinander und eine vernünftige Lebensweise, die nicht durch chronischen Bewegungs- und Schlafmangel, Fehlernährung, Genussmittelmisbrauch und permanente Berieselung mit Informationen über Belanglosigkeiten geprägt sei.



Michael Nehls: „Das indoktrinierte Gehirn. Wie wir den globalen Angriff auf unsere mentale Freiheit erfolgreich abwehren“, Mental Enterprises Verlag, Vörsstetten 2023, broschiert, 383 Seiten, 22,90 Euro

KUNSTGESCHICHTE I

Was vom Berliner Schloss erhalten blieb

Wie eine Führung auf Filzpantoffeln lädt ein opulenter Band zur Entdeckung der überlieferten Möbel, Skulpturen und Gemälde ein

VON WULF D. WAGNER

Alles Schöne in Berlin ist preußisch. Von der Staatsoper und den Bauten der Museumsinsel bis zur Husemannstraße, vom Charlottenburger Schloss und dem Brandenburger Tor bis zur Hufeisensiedlung – Preußen. Und doch lebt die auch architektonisch geschundene Hauptstadt im stetigen Gefecht um und gegen alles Preußische, selbst dessen Kunst. So nehmen auch die Diskussionen um den Wiederaufbau ihres bedeutendsten Barockbaus, des Schlosses an der Spree, kein Ende.

Es ist ein Kampf, auch gegen das Schöne an sich, denn „die moderne und Gegenwartskunst hat ob der Platitüden oder auch Brutalisierung ihrer Produkte zu einer allgemeinen Vergröberung der Sinne beigetragen und sie für das Sehen und Verstehen klassischer Schönheit unempfindlich gemacht“ (Reinhard Liess). Um ein verstehendes Sehen aber geht es auch beim Schloss. Das Verständnis für jene in einer langen Geschichte gewachsene harmonische Schönheit, die Idee einer mit der eigenen Vergangenheit verbundenen lebenswert-menschlichen Stadtgestaltung stand von Anfang an bei denen im Mittelpunkt ihres Wirkens, die sich als verantwortungsbewusste Bürger für den heilsamen Wiederaufbau ihrer Stadt und damit des Schlosses einsetzten.

Idealismus der Schönheit

Die Gegenargumente der Kritiker bleiben kleinlich, zeitideologisch-flach, die preußische Vergangenheit ablehnend. Fragen wir einfach: Was wäre der Gegenentwurf zur nebst den Barockfassaden nunmehr wieder aufgerichteten Kuppel denn gewesen? Wir brauchen uns nur umzuschauen, da sehen wir, welche glatte Öde jeder „moderne“ Gegenentwurf gewesen wäre. Und eine derartige gestalterische Leere findet sich nun an der modernen Ostseite und im Inneren, dem man seine „bunte Vielfalt“ zwischen Renaissance, Barock und Wilhelminischer Kaiserzeit genommen hat.



„Alles Schöne in Berlin in preußisch“: Blick auf das als Humboldtforum wiederaufgebaute Schloss an der Spree. Dessen historische, nun über mehrere Museen verteilte Innenausstattung zeigt der prachtvoll Band von Guido Hinterkeuser Foto: IMAGO/Schöning

Aber der Idealismus derer, die sich für den Reichtum der Schlossräume und ihre mögliche Rekonstruktion einsetzen, erlischt nicht. Einer, der in seinen Werken, etwa seiner Forschung zum Barockbaumeister Andreas Schlüter, von jeher engagiert für das Schloss eintrat, ist der Kunsthistoriker Guido Hinterkeuser. Er lässt sich nicht abbringen, weiter für das Innere zu werben. Er weitet sein und zugleich unser Wissen aus. 2012 publizierte er in einem dünnen Band Beispiele zur erhaltenen Innenausstattung. Jetzt liegt das Buch in völlig überarbeiteter und umfangreicherer Form wie vergrößertem Format neu und noch reicher bebildert vor: „Das Berliner Schloss. Die erhaltene Innenausstattung und ihre Geschichte“.

Hinterkeuser beginnt mit einer Geschichte des Schlosses von den Tagen der Revolution 1918/19, über den langen Weg zur Einrichtung desselben zum Museum. Anhand alter Museumsführer und Inventare führt uns Hinterkeuser, so als folgten wir seiner Schlossführung in großen Filzpantoffeln, durch die Museums- und die historischen Wohnräume der preußischen Könige und deutschen Kaiser. Raum für Raum, immer wieder auf Decken und Wände, doch vor allem auf Möbel und Gemälde hinweisend, geht es durch Säle und kleine Zimmer, durch Galerien und über Treppen auf und ab.

Dabei wird dem Leser niemals langweilig, denn Hinterkeuser schreibt nicht als trockener Kunsthistoriker. Er will be-

geistern, die Augen für die Details öffnen. Hier lässt er uns die Gemälde zweier schöner Hofdamen auf dem schwarz-weißen Foto der Braunschweigischen Galerie suchen, daneben zeigt er sie – da erhalten – in Farbe. Dort stellt er uns riesige Wandteppiche aus der Zeit König Friedrichs I. vor, um im nächsten Saal unsere Aufmerksamkeit auf vergoldete Armlehnstühle oder das neubaroocke Bett Kaiser Wilhelms II. hinzulenken.

Was den Krieg überdauerte

Da vor allem Kleinkunst den Krieg überdauert hat, folgen in ausführlichen Exkursen Plastiken, Silberarbeiten oder die technisch ausgetüftelten Möbel David Roentgens. Vor allem aber präsentiert Hinter-

keuser den großen Gemäldeschatz, der von Lucas Cranach, Carl Blechen bis Caspar David Friedrich einst im Schloss hing.

Hinterkeuser trägt zusammen, was heute in den anderen Schlössern der Stiftung Preussische Schlösser und Gärten ausgestellt wird, welche Gemälde wo in Museen hängen oder was unbeachtet in Depots auf seine Aufstellung wartet. Er hofft auf die Rückführung in das Schloss, dies – so der Rezensent – müsste aber doch Stück für Stück diskutiert werden, zumal die auf Fotos gezeigte frühere Aufstellung und Hängung nicht immer überzeugt.

Anhand der Innenansichten und der Farbfotos einzelner Gegenstände macht sich der Leser selbst auf den Weg, die Räume genauer kennenzulernen. Wer Schlossbesuche liebt, der wird mit Freuden lesen und blättern. Wer das kunstgeschichtliche Detail wünscht, der wird genau – auch mit einem umfassenden Anmerkungsapparat und Literaturverzeichnis – unterrichtet. Am Ende des Rundganges und des Buches angekommen, folgt ein Kapitel, das sich der Zerstörung, der Auslagerung und der Bergung im und nach dem Krieg zuwendet.

In seinem abschließenden Plädoyer hofft Hinterkeuser, dass „an ihrem eigentlichen Ort [...] die Kunstwerke ihre einstige Aura zurück[erlangen], und die Rekonstruktion der Fassaden [...] damit einen tieferen, auch inneren Sinn ergeben [würden].“ Das Nachdenken um den Bau, der Berlins Mitte ziert, ist – so zeigt dies rundum zu empfehlende Buch – nicht beendet.



Guido Hinterkeuser
Das Berliner Schloss. Die erhaltene Innenausstattung und ihre Geschichte

2., völlig neu überarbeitete Auflage,

Verlag Schnell & Steiner, Regensburg 2023, 383 Seiten, 276 Abbildungen und sechs Grundrisstafeln, ISBN 978-3-7954-3529-5

KUNSTGESCHICHTE II

Ein neuer Blick auf einen Klassiker preußischer Baugeschichte

Von der Marienburg zum Friedrichsdenkmal – Ein reich bebildeter Katalogband würdigt Friedrich Gilly, sein Werk und seine Freunde

Ein Buch über Friedrich Gilly kann nur schön sein. Sein Werk strahlt bis in die kleinsten Entwürfe Schönheit aus. Und auch wenn die Ausstellung, deren Katalog hier besprochen wird, schon zwei Jahre zurückliegt, so bleibt dieses reich bebilderte Buch. Fünfundzwanzig (Kunst-) Historiker taten sich für die Stiftung Stadtmuseum Berlin zusammen, um einen neuen Blick auf Friedrich Gilly zu werfen. Der Sohn des Baumeisters David Gilly, der im Alter von gerade einmal 28 Jahren im August 1800 im böhmischen Karlsbad starb, galt und gilt, obwohl er kaum ein Bauwerk, aber viele Entwürfe hinterlassen hat, als Künstlergenie, auch als „liebenswürdiger Mensch“, als Retter des im Verfall begriffenen Hochmeistersitzes des Deutschen Ordens, der Marienburg, und als Verherrlicher Friedrichs des Großen, dem er einen monumentalen Denkmalsentwurf für Berlin widmete.

Aufbauend auf dem grundlegenden Werk von Alste Oncken „Friedrich Gilly 1772–1800“ von 1935, in dem bereits der Großteil des Planmaterials veröffentlicht wurde, hatte sich das Berlin Museum 1984 mit Gilly befasst, waren 1997 von Fritz

Neumeyer Gillys „Essays zur Architektur“ herausgegeben worden oder wandte sich 2007 die Kunstbibliothek zu Berlin in der Ausstellung „Neue Baukunst – Berlin um 1800“ Gilly wie seinem Umfeld zu. Dennoch ruht das Nachdenken nicht, und „Friedrich Gilly 1772–1800. Kubus, Licht und Schatten“ kann durchaus mit Neuem aufwarten, vor allem aber – und schon deshalb sei der Band allen Liebhabern nicht allein Gillys, sondern des Klassizismus schlechthin empfohlen – ist der Band hervorragend bebildert.

Architekt in großer Zeit

Die einleitenden Texte von Jan Mende und Fritz Neumeyer führen in Leben und Werk sowie die Zeit um 1800 ein, die Begegnung mit Goethe 1797, die Bedeutung von Schillers „Ästhetische Erziehung des Menschen“, die vereitelte Reise nach Italien und natürlich die Fahrt mit dem Vater nach Ostpreußen sind zu nennen. Barry Bergdoll geht auf Englisch der Rezeptionsgeschichte nach, lobt Onckens Doktorarbeit als „new standard of scholarly objectivity“ und zeigt die Bedeutung Gillys für viele Architekten noch des 20. Jahrhun-

derts. Typisch für Genauigkeit und Ehrlichkeit Christofer Hermanns, des großen Forschers der Architektur des Deutschen Ordens, ist es zu fragen, ob sich denn zu den berühmten Marienburg-Ansichten „noch etwas grundsätzlich Neues“ sagen lässt. So fasst er zusammen. Anders Jerzy K. Kos; er bleibt mehr bei Vermutungen für das verlorene Mausoleum im schlesischen Dyhernfurt, schweift sich wiederholend ab und liefert trotz jener gerne von polnischen Historikern geäußerten negativen Hinweise auf ältere deutsche Historiker selbst nichts Neues.

Uwe Quilitzsch bringt Gilly mit dem Gartenreich Dessau-Wörlitz zusammen, Ulrich Leben beschreibt die Reise nach Paris und London sowie Gillys Beobachtungen zur Möbelkunst, während Eduard Wätjen Gillys Friedrichsdenkmal neben Entwürfe französischer wie deutscher Zeitgenossen stellt. Die 2022 verstorbene große Berliner Kunsthistorikerin Eva Börsch-Supan widmet sich Museumsentwürfen, darunter dem von Karl Friedrich Schinkel für die Kunsthalle in Königsberg.

Aus dem Freundeskreis Gillys stellt uns Berthold Freiherr Haller von Haller-

stein den Baumeister Carl Haller von Hallerstein mit Planmaterial aus Privatbesitz vor. Gabriele Oswald rettet den Künstler Martin Friedrich Rabe und seine Möbel, die „fast vollständig in Vergessenheit geraten[en]“ sind.

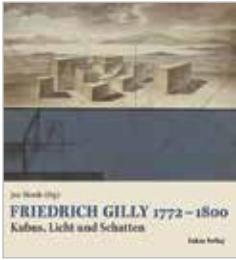
Doch es müssen hier nicht alle Aufsätze genannt werden. Die sicherlich interessantesten Beiträge folgen unter „Interieur, Design und Skulptur“. Hier führt uns der brandenburg-preussische Schlösserforscher Guido Hinterkeuser in das nach 1945 abgerissene Schloss zu Schwedt an der Oder. Mit der ihm eigenen Gründlichkeit beschreibt er die entzückende „Rosenlaube“ und das „Chinesische Kabinett“. Das mit einem „[?]“ versehene Wort in: „Die Tapeten im Flügel wurden der Frangen [?] wegen abgenommen, und verkauft“, heißt übrigens „Wanzen“.

Heraus ragt des Kunsthändlers Frank C. Möllers „Friedrich Gilly als Entwerfer von Vasen und Gefäßen“ mit der Vorstellung eleganter Flussglasgefäße. Wir erfahren, dass das preußische Königshaus die „arten und zerbrechlichen Tafelaufsätze von Werner & Mieth gegenüber jenen der KPM“ bevorzugte und staunen

über die Schönheit zahlreicher erhaltener Stücke. Engagiert ist der Text von Christina Petersen zu dem heute nur eingeladenen Fries der alten Münze zu Berlin, der längst ausgestellt gehört.

Der Band, den ein ansprechender Katalogteil mit farbigen Abbildungen abschließt, bereitet bis in Details Freude und auch Vergnügen, so jene Zeichnung Gillys eines „Kindes in ‚antikem‘ Wannen-Bett“, so wenn Christoph von Wolzogen uns nicht nur einen Kinderbrief zitiert, sondern auf versteckte zeichnerische Hinweise zur Freundschaft zwischen Gilly und Schinkel auf einem Buchtitel hinweist. Es gilt mit Freude zu entdecken.

Wulf D. Wagner



Jan Mende (Hg.)
Friedrich Gilly 1772–1800 Kubus, Licht und Schatten

Lukas Verlag, Berlin 2023,

320 Seiten, 202 Abbildungen + Farbtafeln + Katalogteil. ISBN 978-3-86732-427-4

● AUFGESCHNAPPT

Hilflosigkeit hat viele Gesichter. Der grasierenden Messergewalt in seinem Bundesland will NRW-Innenminister Herbert Reul (CDU) nun mit der Plakataktion „Besser ohne Messer“ entgegentreten. Ob sich Leute, die bereit sind, andere Menschen mit einem Messer zu attackieren, von ihrem Tun durch den Anblick eines Plakats abbringen lassen? Das kann der Politiker selbst nicht glauben. Man nennt es Aktionismus. Auch Reul muss klar sein, dass die Ursache der ansteigenden Messergewalt ganz wesentlich in der massiven Zuwanderung aus bestimmten Kulturkreisen liegt. Dies anzusprechen aber gilt in Düsseldorf wohl noch immer als unfein. Interessant ist, dass das Plakat in neun Sprachen erscheinen soll. Neben Deutsch sowie den Weltsprachen Englisch und Französisch nämlich auf Arabisch, Persisch und Türkisch sowie auf Rumänisch, Polnisch und Serbisch. Warum nicht auch auf Dänisch oder Spanisch? So kriecht die Wahrheit doch an die Oberfläche, ohne dass Politiker sie ausdrücklich benennen müssen. *H.H.*



● STIMMEN ZUR ZEIT

Anna Diouf beschreibt bei „Tichys Einblick“ (31. Oktober), wie Feministinnen in eine selbstgestellte Falle gelaufen sind, die mit dem am 1. November in Kraft getretenen „Selbstbestimmungsgesetz“ zugeschnappt sei:

„Tragisch ist die Rolle jener Frauen, die mittlerweile als ‚Radikalfeministinnen‘ bezeichnet werden, und verzweifelt gegen das Gesetz demonstrieren: Jahrzehntelang hat der Feminismus das System mit-erarbeitet, das nun den Übergriff des Mannes auf das Frausein erst möglich gemacht hat. Jahrzehntelang haben sich Frauen solidarisiert mit anderen angeblich oder tatsächlich Marginalisierten, und haben eine gesellschaftliche Atmosphäre geschaffen, in der Opfertum zum Ticket wurde, mit dem jeglicher Wunsch, jegliches Anliegen erpresst werden kann.“

Oliver Stock macht im „Focus“ (31. Oktober) eine interessante Entdeckung zum Wandel des Zeitgeistes öffentlich:

„Die Verunglimpfungs-Unkultur ist immer ein Zeichen für den Dämmerzustand der Eliten. Einst waren es die Linken, die als von Moskau ferngesteuert galten, und die zu Hause die Rebellen gaben. Jetzt sind es die Rechten, die von Moskau ferngesteuert sein sollen, und hierzulande als Störenfriede gelten. Das Pendel schlägt allerdings gerade um und das ist gut so, denn es ist ein vitales Lebenszeichen der Demokratie.“

Max Roland rechnet bei „Apollo News“ (2. November) mit der FDP ab:

„Ein klarer, liberaler Kurs in ihrem Sinne wäre für die Partei besser gewesen. Stattdessen ist die FDP in der Ampel zur links-liberalen Partei geworden. Man hat die Expansion des Sozialstaates, linksradikale Gesellschaftspolitik und illegale Staatsverschuldung mitgetragen – die Erfolge für den Liberalismus sollen hingegen das ‚Selbstbestimmungsgesetz‘ und das katastrophal schlechte Cannabis-Gesetz sein? Was für eine hohle Idee von Liberalismus.“

Schauspieler Jan Josef Liefers (derzeit zu sehen im Kinofilm „Alter weißer Mann“) äußert sich in der „Frankfurter Allgemeinen“ (2. November) zum Gendern:

„Es zerstört die Melodie unserer ohnehin nicht besonders melodiosen Sprache und klingt in meinen Ohren sperrig und ausgedacht ... Ich bleibe auch für meine Kinder lieber der Papa als die ‚nicht gebärende Bezugsperson‘.“

Christiane Brunk, Chefin von „Braun Büffel“, einem der letzten Lederwarenhersteller in Deutschland, klagt im „Handelsblatt“ (3. November):

„Mir tut das wirklich körperlich weh, wohin sich unser Land entwickelt. Die Politik ist immer mehr geprägt von Ideologie und parteipolitischen Zwängen. Die Wirtschaft wird mit Füßen getreten.“

● WORT DER WOCHE

„Die Zustimmungswerte für die Ampel sind nicht im Keller. Sie sind unterm Haus begraben.“

Mario Thurnes auf „Tichys Einblick“ vom 1. November

DER WOCHENRÜCKBLICK

Ruinen ohne Bomben

Wie die eigene Politik schafft, was feindliche Armeen lange nicht versucht haben, und wie das endet

VON HANS HECKEL

Sie kennen das Gefühl bestimmt auch: Eigentlich möchte man nur noch lachen über den Zirkus in Berlin. Mit jeder Umdrehung wird es absurder. Aber dann bleibt einem die Heiterkeit im Halse stecken. Das wäre ganz anders, wenn sich dieses Polittheater in einem weit entfernten und mit Deutschland zutiefst verfeindeten Land abspielte. Freunde, was hätten wir für einen Spaß!

Aber leider findet das alles bei uns statt, und wir müssen es auslöfeln. Dabei kriecht der Nonsens, den uns die Regierenden aufdrücken, in immer mehr Lebensbereiche ein. Möchten Sie im Frühjahr nach der langen Kälte in den Süden entfliehen? Achten Sie mal drauf, ob es im Ferienflieger nach Pommestube müffelt. Das hat dann nämlich nichts mit der Bordküche zu tun. Der Gestank kommt aus den Triebwerken, aus denen manchmal ja auch etwas Kerosingeruch in die Kabine dringt.

Ab 2025 müssen nämlich zwei Prozent des Treibstoffs für Flugzeuge aus „nachhaltigen Luftkraftstoffen“ bestehen. Der soll eigentlich aus Wasserstoff gewonnen werden. Den gibt es aber noch gar nicht in der nötigen Menge. Außerdem wäre das daraus gewonnene „Klimakerosin“ dreimal so teuer wie fossiles, rechnet der Energie-Experte und frühere Hamburger Umweltsenator Fritz Vahrenholt vor. Kerosin aus Raps- oder Sonnenblumenöl sei aber verboten. Nur „biogene Abfälle“ dürfen verarbeitet werden, so Vahrenholt. Also kaufen die deutschen Fluggesellschaften den ganzen Markt für gebrauchtes Frittenfett auf.

Das Verbot für Raps oder Ähnliches stammt übrigens von der EU, wo CDU und FDP das gemeinsam mit Rot und Grün so beschlossen haben. Das nur zur Vollständigkeit und Erinnerung für diejenigen, die für den Fall einer Regierung unter Unionsführung den plötzlichen Abbruch des absurden Theaters befürchten: Kein Grund zur Panik, die Aufführung geht im Wesentlichen weiter, auch wenn sich die Dialoge hier und da unterscheiden mögen.

Der Anteil von Frittenfett und Co. soll sich bis 2030 sogar auf sechs Prozent verdreifachen. Ob so viel Pommes noch gesund sind? Nein, weshalb auch von 2026 an ein halbes Prozent aus Wasserstoff kommen soll, womit wir wieder bei den Preisen wären. Die sind zumindest für einige gesund, nämlich für die

außereuropäische Konkurrenz der EU-Fluggesellschaften, die sich die Hände reiben darüber, wie Brüssel ihnen die EU-Mitbewerber per Klimapolitik vom Felde fegt. Also haben zumindest die was zu lachen.

Angefressen von solchen Beobachtungen möchten wir uns die Regierenden vorknöpfen. Die haben uns den Mist ja eingebracht. Verschwörungstheoretiker sind sich sowieso sicher, dass diese Typen von feindlichen ausländischen Mächten gesteuert werden, weshalb das mit dem Lachen über das zutiefst verfeindete Land schon wieder hinkäme.

Aber das ist natürlich Quatsch. Wir Deutsche hatten es immer schon drauf, uns selbst tiefer ins Knie zu schießen, als es die meisten fremdländischen Widersacher je zuwege brachten. Dafür benötigen wir die gar nicht. Deshalb kriegen unsere eigenen Regierenden auch ohne fremde Hilfe eine Politik hin, die sich immer ausnimmt, als seien sie tatsächlich im Krieg mit dem eigenen Volk.

Was macht man in einem Krieg? Man zerstört erst einmal die industrielle Basis des Feindes, klassischerweise mittels Luftangriffen. Luftangriffe erleiden wir immerhin nicht. Dafür haben sie sich in Berlin und Brüssel subtilere Methoden ausgedacht, deren Wirkung beinahe ebenso beeindruckend erscheint. Jeden Tag zermalmen sie ein weiteres Glied der einst so stolzen deutschen Industrie, ganz ohne Bomben.

Neue Hoffnung aus Paris

Und wie ist es mit den Straßen, Schienen und Brücken? Die Brücken lässt man einfach zusammenstürzen. Dauert zwar länger als die Sprengung, kostet aber auch weniger. Und ob der Schienenverkehr heute besser funktioniert als während des Bombenkriegs? Das müssten Zeitzeugen beantworten, die leider kaum noch zu finden sind. Für den Fahrgast der Bahn indes ist es ziemlich wurst, ob die britische Luftwaffe oder die deutsche Verkehrspolitik ihre Finger im Spiel hat, wenn er nur noch zufällig da ankommt, wo er hinwollte. Ähnliches gilt für das Straßennetz, bei dem Baustellen, an denen verdächtig oft kaum etwas passiert, die Rolle von Sperren und Bombenkratern übernommen haben.

So stolpern wir durch unser zerbröselndes Land und fragen uns, ob „die da oben“ wohl jetzt so richtig triumphieren angesichts ihres grandiosen Erfolgs. Wenn ja, dann können sie das sehr gut verstecken, denn glücklich sehen die nicht aus – nicht mal Scholz,

—
Böse Mächte aus dem Ausland sind gar nicht nötig. Das schaffen wir Deutsche schon selbst



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter www.paz.de